

1980

Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg

Terrorismus
Linksextremismus
Rechtsextremismus
Ausländerextremismus
Spionageabwehr

Antifaschistische
und Bildungsvereine
e.V. (1980)

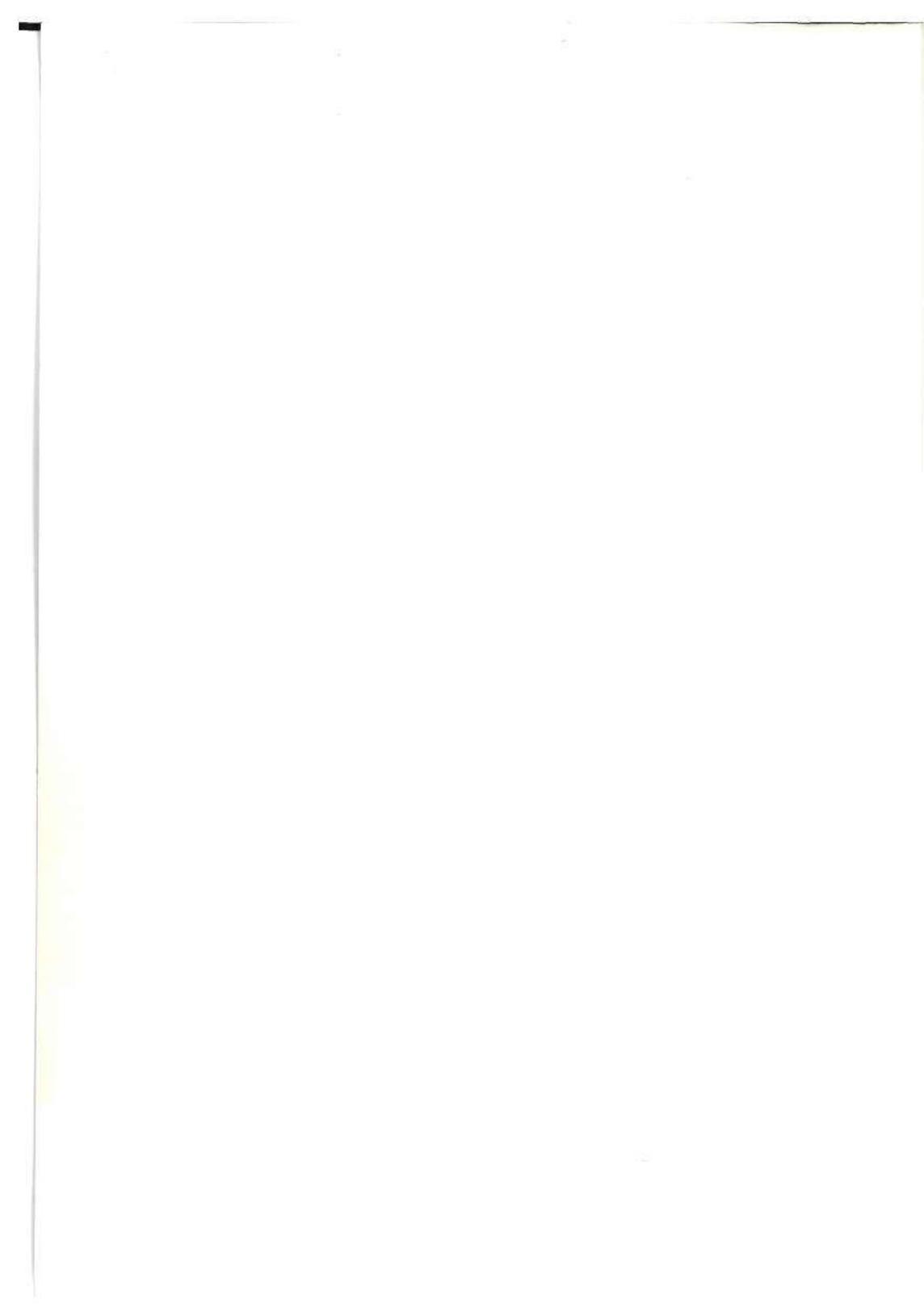
Vertriebs: 10
von 75: 030
mailto:spatz.de



Baden-
Württemberg



INNENMINISTERIUM
ISSN 0720-3381



Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1980

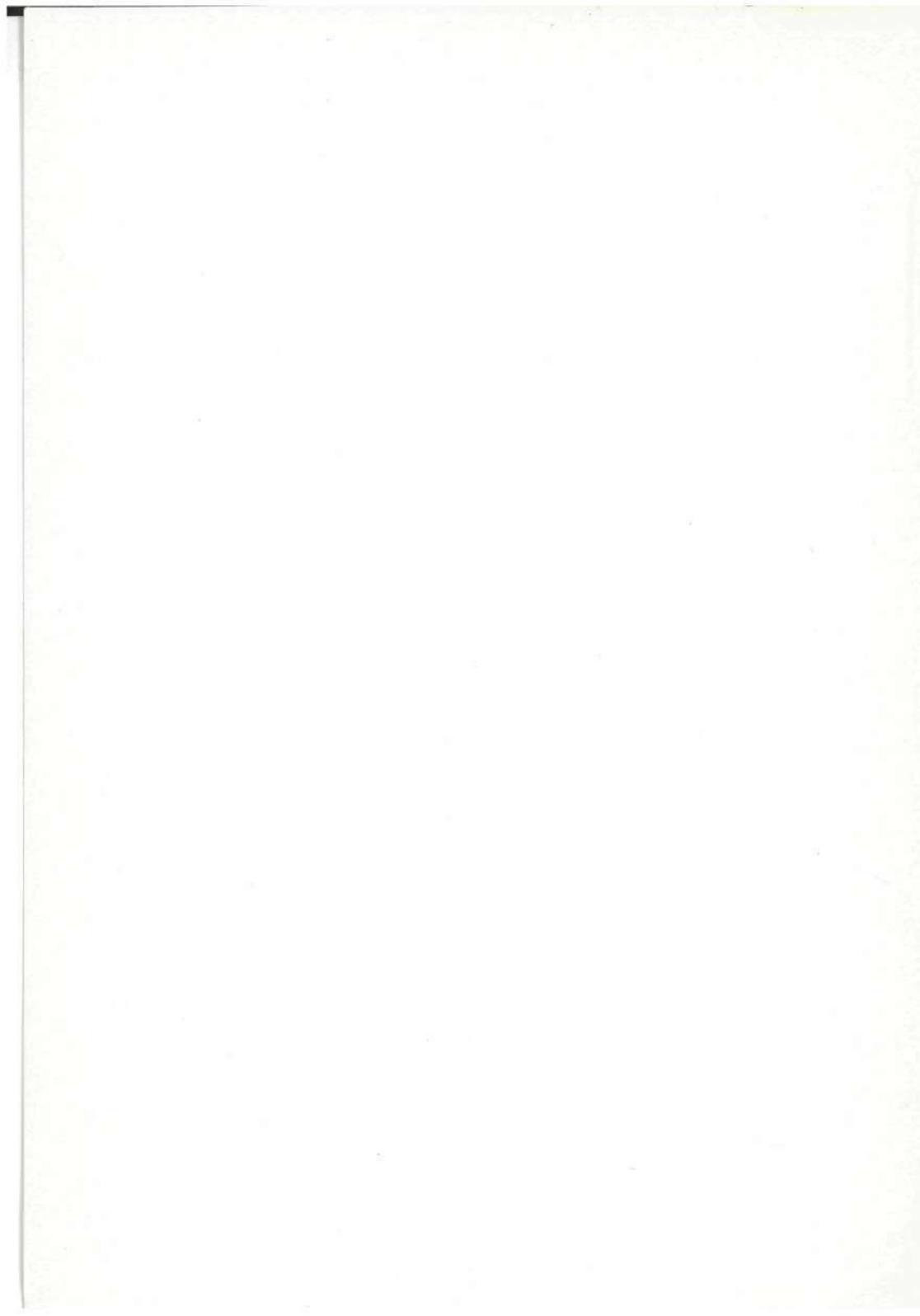
Mit freundlicher Empfehlung
von Dr. Eberhard Schwarz
überreicht

SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Stuttgart *. 13. 7. 81*

Haus des Landtags

A. Falterbaas



Vorwort



Prof. Dr. Roman Herzog MdL
Innenminister



Robert Ruder MdL
Staatssekretär

Die vielfältigen Aktivitäten terroristischer und extremistischer Gruppen sind, auch wenn sie teilweise nur auf geringe Resonanz bei den Bürgern stoßen, eine ständige Herausforderung an unseren freiheitlichen Rechtsstaat und seine demokratische Ordnung. Der Rechtsstaat stellt sich dieser Herausforderung mit den vom Grundgesetz vorgesehenen Mitteln der „streitbaren Demokratie“, zu denen auch die Aufklärungstätigkeit der Ämter für Verfassungsschutz zählt. Diese ermöglicht es der Regierung, die erforderlichen Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit zu treffen und die Bürger über die Gefahren zu informieren, welche der freiheitlichen demokratischen Grundordnung von innen wie von außen drohen.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes vollzieht sich mit Augenmaß: Seine Bediensteten wissen zu unterscheiden zwischen spontanem Protest gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen und gewalttätigen Aktionen, die extremistische Kadergruppen von langer Hand vorbereiten und bei denen sie den Rechtsbruch mit einkalkulieren.

Es wäre für die freiheitliche Demokratie verhängnisvoll, wenn bei einem Teil der jungen Bürger der Eindruck entstehen sollte, die Sicherungseinrichtungen dieses Staates würden sich nur graduell von denen totalitärer Systeme unterscheiden. Diese jungen Leute haben Unfreiheit noch nicht erlebt. Ihnen fehlt die

Erfahrung der Väter des Grundgesetzes, daß die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates bei uneingeschränkter Toleranz gegenüber verfassungsfeindlichen Gruppierungen nicht aufrechterhalten werden kann.

Den Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz, deren Erfolge nur in begrenztem Umfang in der Öffentlichkeit dargestellt werden können, danken wir für die Erfüllung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben. Ihre Arbeit verdient besondere Anerkennung.

Stuttgart, im Mai 1981



Prof. Dr. Roman Herzog,
Innenminister



Robert Ruder,
Staatssekretär

Inhalt

	Seite
A. Rechtliche Grundlagen	9
1. Grundgesetz	9
2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg	9
3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes	12
B. Verfassungsschutz durch Aufklärung	15
Angebot des Innenministeriums, an Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu Themen des Verfassungsschutzes mitzuwirken	15
C. Bericht	
I. Linksextremistische Bestrebungen	17
1. Allgemeiner Überblick	17
2. Deutscher linksextremistischer Terrorismus	20
2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützerbereich	20
2.1.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)	20
2.1.2 Unterstützerbereich der RAF	22
2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)	31
3. Aktivitäten der undogmatischen „Neuen Linken“	33
4. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“	38
4.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)	38
4.2 „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	43
4.3 „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS)	45
4.4 „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten – Leninisten)“ – KPD –	46
4.5 „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD)	50
4.6 „Kommunistischer Bund“ (KB)	52
4.7 Trotzistische Vereinigungen	53
5. Organisationen der „Alten Linken“	54

	Seite
5.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	54
5.1.1 Ideologisch-politischer Standort	54
5.1.2 Organisation, Mitgliederentwicklung und Finanzierung	55
5.1.3 Schwerpunkte der Agitation	59
5.1.4 Publikationswesen und Schulung	60
5.1.5 Beteiligung an Wahlen	64
5.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	66
5.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	69
5.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen	70
5.4.1 „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	72
5.4.2 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)	73
5.4.3 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)	73
6. Linksextremistische Bestrebungen an den Hochschulen des Landes	74
6.1 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)	74
6.2 „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)	75
6.3 „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)	75
6.4 „Kommunistische Studentengruppen“ (KSG)	76
6.5 „Marxistisch-Reichistische Initiative“ (MRI)	76
6.6 „Marxistische Gruppen“ (MG)	76
II. Rechtsextremistische Bestrebungen	78
1. Allgemeiner Überblick	78
2. Neonazistische Bestrebungen	79
2.1 Allgemeiner Überblick	79
2.2 Neonazistischer Terrorismus	81
2.3 NS-Gruppen im Bundesgebiet	84
2.4 NS-Gruppen in Baden-Württemberg	86
2.5 Neonazistische Ausschreitungen	88
2.6 Maßnahmen gegen rechtsextreme Aktivisten	90
2.7 Internationale Verflechtungen des Rechtsextremismus	90
3. Nationaldemokratische Organisationen	93
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	93
3.2 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)	96
3.3 „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)	99
4. „National-Freiheitliche Rechte“	99
5. Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen	102

	Seite
5.1 „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)	102
5.2 „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)	103
5.3 Kreisgemeinschaft Ostalb des „Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V.“ (HIAG)	103
6. Rechtsextremistische Publizistik	105
<hr/>	
III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer	107
1. Allgemeiner Überblick	107
2. Türken	113
2.1 Orthodox-kommunistische türkische Organisationen	114
2.2 Türkische Organisationen der „Neuen Linken“	115
2.3 Linksextremistische kurdische Gruppierungen	118
2.4 Türkische rechtsextremistische und extrem nationalistische Vereinigungen	118
2.5 Ausschreitungen unter Beteiligung in Baden-Württemberg ansässiger türkischer Staatsangehöriger	120
3. Iraner	122
4. Palästinenser	124
5. Griechen	125
6. Italiener	127
7. Jugoslawen	127
<hr/>	
IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung	129
1. Allgemeiner Überblick	129
2. Der Umfang der erkannten Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste	131
2.1 Werbungen und Werbungsversuche 1980	132
2.2 Aufträge	132
2.3 Erkenntnisfälle 1980	132
3. Werbungen von Agenten	132
3.1 Kontaktanlässe	132
3.2 Kontaktaufnahme	133
3.3 Zielpersonen	133
3.4 Werbungsverfahren	133
3.5 Hinweise für das Verhalten	134
3.5.1 vor Antritt einer Reise in den kommunistischen Machtbereich	134
3.5.2 nach Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland	134

	Seite
4. Die Führung von Agenten	134
5. Einzelfälle	135
5.1 Nachrichtendienste der DDR	135
5.2 Nachrichtendienst der Sozialistischen Republik Rumänien	136
6. Folgerungen	136
Gruppen-, Organisations- und Publikationsregister	137

A. Rechtliche Grundlagen

1. Grundgesetz

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ... zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg (Landesverfassungsschutzgesetz – LVSG) vom 17. Oktober 1978 (GBl. S. 553)

§ 1

Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder.

§ 2

Zuständigkeit

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden vom Landesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen. Das Amt hat seinen Sitz in Stuttgart; es untersteht dem Innenministerium und ist ausschließlich für die Wahrnehmung dieser Aufgaben zuständig.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden. Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

§ 3

Aufgaben des Verfassungsschutzes

(1) Die Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimzuhaltende Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimzuhaltenden Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Anforderung der Einstellungsbehörde bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei denen der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, daß sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen.

§ 4

Befugnisse des Verfassungsschutzes

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, ist das Landesamt

für Verfassungsschutz innerhalb der durch das Recht gesetzten Schranken berechtigt, bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlich erscheinen.

(2) Dem Landesamt für Verfassungsschutz und seinen Angehörigen stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.

§ 5

Amtshilfe und Auskunftserteilung

(1) Die Behörden und Einrichtungen des Landes, die Gemeinden, die Gemeindeverbände, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie die Gerichte des Landes und das Landesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Die in Absatz 1 genannten Stellen unterrichten von sich aus das Landesamt für Verfassungsschutz über alle Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder dahin gehende Vorbereitungshandlungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind; die Polizeidienststellen und -behörden übermitteln darüber hinaus auch alle ihnen bekannten Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1

§ 6

Weitergabe von Erkenntnissen an Dritte

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf seine Erkenntnisse nicht an andere als staatliche Stellen weitergeben, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist. Die Entscheidung über die Weitergabe trifft der Innenminister oder sein ständiger Vertreter.

§ 7

Parlamentarische Kontrolle

(1) Das Innenministerium unterrichtet den Ständigen Ausschuß des Landtags über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes halb-

jährlich sowie auf Verlangen des Ausschusses und aus besonderem Anlaß.

(2) Art und Umfang der Unterrichtung des Ständigen Ausschusses werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzuganges durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Ständigen Ausschuß bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Ständigen Ausschuß oder aus dem Landtag.

(4) Die Unterrichtung umfaßt nicht Angelegenheiten, über die das Innenministerium das Gremium nach Artikel 10 Grundgesetz zu unterrichten hat.

§ 8

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der vorläufigen Regierung über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz vom 10. November 1952 (GBl. S. 49) außer Kraft.

3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682),
geändert durch Gesetz vom 7. August 1972
(BGBl. I S. 1380)

§ 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündigung in Kraft.

B. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Vorträge und Diskussionen zu Themen des politischen Extremismus und des Verfassungsschutzes.

*Kontaktanschrift:
Innenministerium
Baden-Württemberg –
Referat ‚Verfassungsschutz‘ – Postfach 277
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/20723768
oder 20723743*

Der Schutz unserer Verfassungsordnung wird nicht nur dadurch erreicht, daß die Verfassungsschutzbehörden Aktivitäten verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen beobachten, auswerten und Regierung und Parlament davon unterrichten, sondern insbesondere auch dadurch, daß die Bürger selbst über Strategie und Taktiken extremistischer Vereinigungen informiert werden.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus kann auf lange Sicht wirkungsvoll nicht nur repressiv vom Staat, sie muß auch geistig-politisch von den Bürgern geführt werden. Dies setzt qualifizierte Information voraus.

Von dieser Überlegung ausgehend beschloß die Innenministerkonferenz am 9. Dezember 1974 die Konzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung“. Sie umfaßt Information und Aufklärung über

– die Verfassung, insbesondere über die Rechte, Pflichten und politische Beteiligungsmöglichkeiten, die sie den Bürgern einräumt,

– extremistische Strategien und Aktionen, über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen im Sinne der Verfassungsschutzgesetze und ihre ideologischen Hintergründe,

– gesetzliche Grundlagen, Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise und Probleme des Verfassungsschutzes.

In Baden-Württemberg werden die Aufgaben des Verfassungsschutzes durch Aufklärung vom Referat „Verfassungsschutz“ im Innenministerium wahrgenommen. Im Rahmen der Konzeption bietet das Innenministerium an, einen Referenten zu Vorträgen und Diskussionen über Themen des politischen Extremismus und des Verfassungsschutzes zu entsenden. Die entstehenden Kosten trägt das Innenministerium. **Das Angebot richtet sich an alle Träger der politischen Bildungsarbeit, an Lehrer, Studenten und Schüler, an Einrichtungen der Erwachsenen- und Jugendbildung, an politische Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie an kirchliche Institutionen.**

Vorschläge für Vortrags- bzw. Diskussionsthemen:

- Verfassungsschutz und Grundrechte
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise der Ämter für Verfassungsschutz
- Das Landesverfassungsschutzgesetz vom 17. Oktober 1978
- Befugnisse und parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes
- Verfassungsschutz und Datenschutz

- Extremistenbeschluß: Rechtslage und Durchführung
 - Spionageabwehr der Ämter für Verfassungsschutz
 - Terrorismus
 - K-Gruppen
 - Orthodoxer Kommunismus
 - Alte Rechte
 - Neonazistische Gruppen
 - Ausländerextremismus.
- } Strategien
und ideologische
Hintergründe

Interessenten für Vorträge oder Diskussionen können sich an die oben angegebene Kontaktanschrift wenden.

C. Der Bericht

I. Linksextremistische Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Die bewaffneten Kader der „Roten Armee Fraktion“ sind logistisch und personell nach wie vor fähig, neue Gewalttaten durchzuführen.

Die stärkste Gefährdung der inneren Sicherheit geht im Bereich des Linksextremismus noch immer von den terroristischen Kommandos der **„Roten Armee Fraktion“ (RAF)** und den **„Revolutionären Zellen“ (RZ)** aus. Zwar ist es den Sicherheitsorganen unseres Staates gelungen, seit der von der RAF sogenannten „Offensive '77“ – gemeint sind die Terroranschläge auf Generalbundesanwalt BUBACK und seine Begleiter am 7. April 1977, auf den Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen PONTO, am 30. Juli 1977 und auf Dr. Hanns-Martin SCHLEYER und seine Begleitpersonen am 5. September 1977 – neuerliche Gewaltakte zu verhindern, doch kann an der unveränderten Entschlossenheit der „bewaffneten Kader der RAF“, Gewaltakte vorzubereiten und durchzuführen, kein Zweifel bestehen. Die angefallenen Erkenntnisse erbrachten neue Beweise und Anhaltspunkte für die logistische Vorbereitung, die personelle Stärke und die operativen Möglichkeiten dieser Terrorgruppe.

Die Tatsache, daß Grenzen zwischen dem sogenannten harten Kern, den Unterstützern und den Angehörigen des terroristischen Umfelds aus diesen und anderen Gründen fließend geworden und mitunter nur schwer erkennbar sind, läßt nur die Feststellung zu, daß die Lage auf dem Gebiet des Linksterrorismus sich keinesfalls entspannt hat.

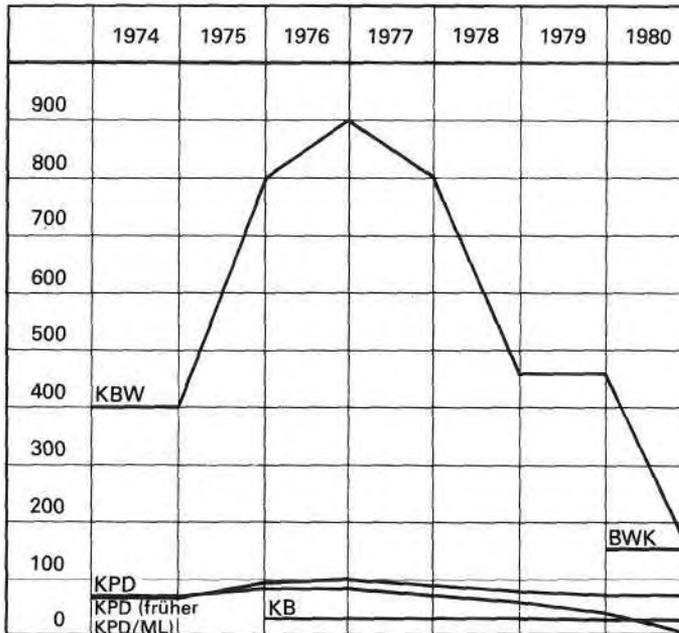
„Revolutionäre Zellen“: Konzept der „Guerilla als Massenperspektive“.

Auch die „Revolutionären Zellen“ konnten nach einer zeitweiligen Schwächung durch Aufklärungserfolge der Sicherheitsbehörden ihre Aktivitäten wieder steigern. Anschläge „Revolutionärer Zellen“, die seit Jahren das Konzept der „Stadtguerilla als Massenperspektive“ propagieren, haben an Zahl und Wirkung erneut zugenommen. Besondere Beachtung muß dabei dem Umstand geschenkt werden, daß das in seiner Militanz abgestufte taktische Konzept inzwischen von zahlreichen Gruppierungen aus dem **undogmatischen Bereich der „Neuen Linken“** übernommen worden ist. Die von den oft nur lockeren Zusammenschlüssen ohne feste Mitgliedschaft und Programm immer häufiger befolgten Aufrufe zu „**militantem Widerstandsverhalten**“ orientieren sich ganz offensichtlich an der seit Mitte der siebziger Jahre erkennbaren Absicht der „Revolutionären Zellen“, „**bestehende Machtverhältnisse auf allen möglichen Ebenen anzugreifen**“. Unter Parolen wie „**Widerstand ist machbar, Herr Nachbar!**“ formiert sich eine neue, teilweise gewalttätig vorgehende Protestbewegung, die mit dem Thema „**Häuserkampf**“ die Massen zu mobilisieren versucht.

Wachsende Militanz der undogmatischen „Neuen Linken“.

Die Parteien und Organisationen der **dogmatischen „Neuen Linken“** sind im Vergleich zur Situation Mitte der siebziger Jahre zwar generell in ihrer Schlagkraft geschwächt; sie stellen aber noch immer ein Potential dar, das Gewalt nicht nur propagiert, sondern auch anwendet. Hieran hat auch die Selbstauflösung der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) mit ihren Hilfs- und Nebenorganisationen nichts geändert.

Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“ stagnieren.



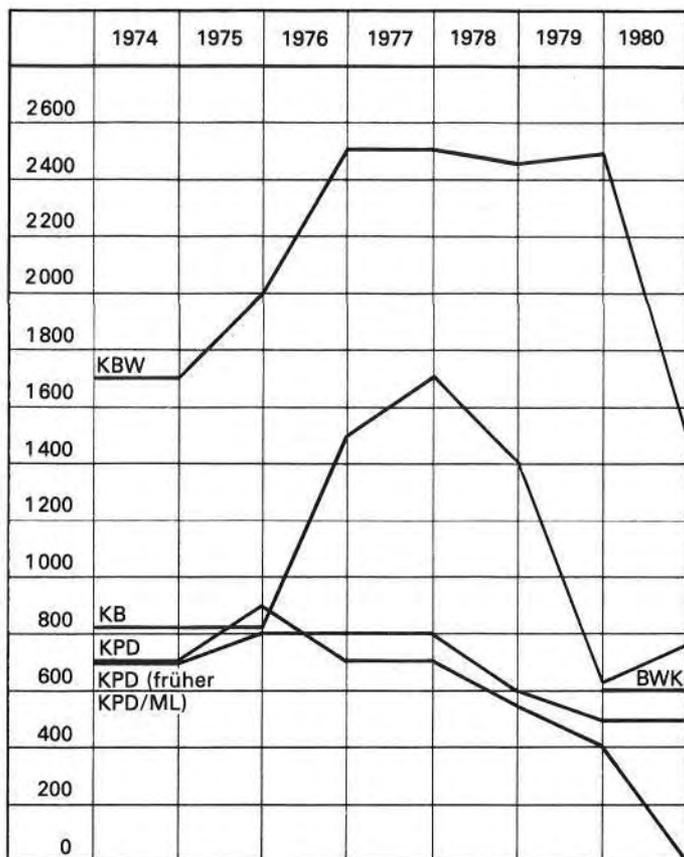
Mitgliederentwicklung der wichtigsten Gruppierungen der dogmatischen „Neuen Linken“ in Baden-Württemberg.

Der „**Kommunistische Bund Westdeutschlands**“ (KBW), seit Jahren die mitgliederstärkste und finanzkräftigste linksextremistische Splitterpartei, mußte 1980 durch die Abspaltung etwa eines Viertels seiner insgesamt 2 400 Mitglieder, die im September 1980 den „**Bund Westdeutscher Kommunisten**“ (BWK) gründeten, einen ersten Rückschlag hinnehmen. Der KBW blieb jedoch die aktivste aller dogmatischen Kadergruppen der „Neuen Linken“.

Von der Auflösung der maoistisch ausgerichteten KPD erhoffte sich die „**Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten**“ (KPD/ML) – wenn auch vergebens – eine Stärkung ihrer Position. Daß sie sich umgehend in „**Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)**“ – KPD – umbenannte, dürfte mit einiger Wahrscheinlichkeit damit im Zusammenhang stehen.

Einzig der „**Kommunistische Bund**“ (KB), der 1979 mehr als die Hälfte seiner Mitglieder an die abgespaltene **Gruppe „Z“** verloren hatte, konnte die Zahl seiner Aktivisten bundesweit wieder leicht steigern. Dagegen gelang es den linksextremisti-

*Mitgliederentwicklung
der wichtigsten Gruppie-
rungen der dogmatischen
„Neuen Linken“ im
Bundesgebiet.*



schen „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS) sowie mehreren trotzkistischen Gruppierungen nicht, sich weiter zu festigen.

Orthodox-kommunistische DKP mit Abstand stärkste extremistische Gruppierung.

Der Kommunismus sowjetischer Prägung wird im Bundesgebiet nach wie vor von der „**Deutschen Kommunistischen Partei**“ (DKP) sowie deren zahlreichen Hilfs- und Nebenorganisationen vertreten. Die Partei hat jedoch ihre Organisation trotz erheblicher Anstrengungen nicht weiter ausbauen können: Die Zahl ihrer Mitglieder beträgt unverändert etwa 40 000 Personen. In „unverbrüchlicher Treue“ orientiert sich die DKP seit vielen Jahren an den von den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der DDR, der KPdSU und der SED, verkündeten „ideologischen Leitlinien“. Eine auch nur verhaltene Kritik der DKP an Entscheidungen oder Erklärungen der beiden „Bruderparteien“ war nicht zu verzeichnen.

Die DKP setzte ihre Bemühungen fort, aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Probleme in „klassenkämpferischer“ Weise aufzugreifen, um damit ihrem eigentlichen Ziel, der „sozialistischen Revolution“ näherzukommen. Einige Einzelergebnisse der Kommunalwahlen des Jahres 1980 zeigen, daß es

der Partei punktuell auch gelungen ist, aus vorrangig in örtlichen Bereichen auftretenden Mißhelligkeiten oder Schwierigkeiten für sich Nutzen in Gestalt von Stimmengewinnen zu ziehen. Bei den Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1980 mußte die DKP allerdings empfindliche Stimmenverluste hinnehmen.

2. Deutscher linksextremistischer Terrorismus

Der Verkehrsunfall bei **Bietigheim-Bissingen**, bei dem am 25. Juli 1980 zwei mutmaßliche Terroristen ums Leben kamen, sowie die im Oktober 1980 in **Heidelberg** entdeckte konspirative Wohnung haben erneut die anhaltende Aktivität terroristischer Kader auch in unserem Land verdeutlicht. Obwohl die „bewaffneten Kommandos“ der RAF in den letzten Jahren Rückschläge sowohl im logistischen als auch im personellen Bereich hinnehmen mußten, ist dieser Personenkreis unverändert zu terroristischen Aktionen willens.

Vorbereitungen terroristischer Kader auch in Baden-Württemberg.

2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützsbereich

2.1.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Die Fahndungserfolge der letzten Jahre, die auch 1980 durch eine Reihe von Festnahmen mutmaßlicher Terroristen sowie durch das Auffinden mehrerer konspirativer Wohnungen im In- und Ausland zu einer weiteren personellen und logistischen Schwächung der illegalen „Kommandos“ der RAF führten, haben den „harten Kern“ dieser linksextremistischen Terrorgruppe offensichtlich weiter zusammenschmelzen lassen.

Dennoch muß unverändert davon ausgegangen werden, daß dieses Potential, insbesondere auch aufgrund weitreichender internationaler Verbindungen und Unterstützung, ausreicht, um Anschläge durchzuführen. Hinzu kommt die Unterstützung, die Gruppierungen des terroristischen Umfelds, namentlich auch in Baden-Württemberg, den „bewaffneten Kämpfern“ angedeihen lassen.

Wenn es auch im Vergleich zu früheren Jahren bei der Rekrutierung neuer Mitglieder zu einem zahlenmäßigen Rückgang gekommen ist, so bestätigen doch die in jüngster Zeit gewonnenen Erkenntnisse, daß immer wieder Personen aus der von Angehörigen der RAF sogenannten „legalen Ebene“ zu im Untergrund operierenden Kadern vorstoßen: Sowohl der am 25. Juli 1980 zusammen mit Juliane PLAMBECK ums Leben gekommene Wolfgang BEER als auch die am 5. Mai 1980 in einer konspirativen Wohnung in Paris, 4. rue Flatters, zusammen mit Sieglinde HOFMANN und Ingrid BARABASS festgenommenen Personen waren bis dahin nicht dem Kernbereich der „Roten Armee Fraktion“ zugerechnet worden.

Terroristen

	ALBRECHT Susanne 29 Jahre Größe: 176 bis 178 cm grünbraune Augen; 2 Leberflecke links am Kinn; Leberfleck neben dem linken Nasenflügel; Sommergespinnst		KLAR Christian 29 Jahre Größe: 180 bis 182 cm braune Augen; eingesenkte Atemschleim; zahnlose Brötchenagen		SCHULZ Adelheid 25 Jahre Größe: 162 bis 165 cm braune Augen; 2 Muttermale auf rechte Wange; zerstreute Blühnarben
	BOOCK Peter, Jürgen 29 Jahre Größe: 172 cm grünbraune Augen; Muttermal auf rechter Halsseite		KRABBE Friederike 30 Jahre Größe: 172 cm blau-braune Augen; trägt rotbraun gefärbte Büste		SECKENDORFF- GUDENT Freiherr Ekkehard von 40 Jahre Größe: 178 cm blaugraue Augen; Wimpern des linken Auges neben dem Ohr; Blühnarben
	DÜMLEIN Christine 31 Jahre Größe: 162 cm braune Augen; Leberfleck rechts neben Wangenrands		LOTZE Werner, Bernhard 39 Jahre Größe: 177 bis 178 cm braune Augen; Leberfleck am linken Wangenrand		SIEPMANN Ingrid 30 Jahre Größe: 173 cm blaugraue Augen; 1 Leberfleck links neben dem Nasenflügel; 2 kleine Augenringe; zerstreute Blühnarben; dunkler Blühnarben rechts
	FRIEDRICH Baptist-Ralf 34 Jahre Größe: 181 cm braune Augen; Muttermal am linken Arm und Wangenrands		MAIER-WITT Silke 30 Jahre Größe: 177 cm blau- braune Augen		STERNEBECK Sigrid 31 Jahre Größe: 163 cm braune Augen
	HELBING Monika 27 Jahre Größe: 170 cm grünbraune Augen; 2 Muttermale (Wangen) oberhalb des linken Münderlaufs; Muttermal links vom Kehlkopf; trägt zerstreute gefärbte Ohrring		MOHNHAUPT Brigitte 31 Jahre Größe: 160 bis 162 cm blaugraue Augen; Blühnarben		VIETT Inge 30 Jahre Größe: 163 cm braune Augen; Narben am rechten Zugelbogen 11 cm lang; 3 Glanz-Fingerhaken; zerstreute Blühnarben

Für Hinweise, die zur Ermittlung eines der geschilderten Personen führen, sind je 50.000 DM als Belohnung ausgesetzt; die unter Ausschluß des Rechtsweges zuerkannt und
entgelt werden. Die Belohnungen sind nicht für Personen bestimmt, zu deren Berufspflichten die Verfügung strafbarer Handlungen gehört.

Vorsicht Schußwaffen!

Hinweist, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, können jede Polizeidienststelle erfragen.

**Zusammengehen eines
Teiles der „Bewegung
2. Juni“ mit der RAF
führt zu personeller und
finanzieller Stärkung im
Kaderbereich.**

Eine Stärkung der RAF ist durch das Zusammengehen mit einem Teil der „**Bewegung 2. Juni**“ zustande gekommen. In einem Flugblatt, das am 2. Juni 1980 in mehreren Städten des Bundesgebietes verbreitet worden war, hatte die „Bewegung 2. Juni“ ihre Auflösung und die gleichzeitige Angliederung an die „Rote Armee Fraktion“ bekanntgegeben:

„... Wir lösen die Bewegung 2. Juni als Organisation auf und führen in der RAF – als RAF – den antiimperialistischen Kampf weiter“.

Wenngleich dieser Anschluß nicht von allen Angehörigen der seit Anfang der siebziger Jahre vor allem in Berlin operierenden „Bewegung 2. Juni“ mitgetragen wurde, dürfte er doch durch das Einbringen eines Teils der Lösegeldsumme aus der PALMERS-Entführung – für die Freilassung des im November 1977 als Geisel genommenen österreichischen Industriellen PAL-

MERS war ein Betrag von etwa 4,5 Millionen Mark gezahlt worden – jedenfalls die finanzielle Lage der RAF verbessert haben.

Obwohl der politische Anspruch der Ideologen der frühen RAF noch immer als verbindlich gilt, wird aus einer mit „Rote Armee Fraktion“ unterzeichneten Erklärung zum Tode von Juliane PLAMBECK und Wolfgang BEER eine gewisse Neuorientierung deutlich:

„... Die Offensive 77 hat die Perspektive für einen neuen Abschnitt eröffnet, konkret die Notwendigkeit einer Umstrukturierung für uns und die nächsten Schritte der Strategie zu entwickeln, die die bewaffnete illegale und die legale Struktur zur politisch-militärischen Einheit des antiimperialistischen Widerstands werden läßt ...“

In der Praxis bedeutet das – neben der immer offensichtlicheren spezifischen Bedeutung der Unterstützerguppen – den Versuch, die bisher überwiegend internationalistisch ausgerichteten Aktionen der RAF und ihres Umfeldes um die „nationale Komponente“ zu erweitern. Die von den Illegalen angekündigte „Offensive auf verschiedenen Ebenen: der militärischen, der politischen und der ökonomischen“, soll die „Isolation der Guerilla“ durchbrechen und ihr einen breiten Rückhalt in der „linken Szene“ verschaffen. Die mit einiger Sicherheit auf Veranlassung der „bewaffneten Kämpfer“ erfolgte Beteiligung terroristischer Randgruppen an der sich im Jahr 1980 rasch verbreiternden Kampagne gegen die NATO und die Bundeswehr, die in dem militanten Protest anlässlich der NATO-Herbstmanöver einen einstweiligen Höhepunkt erreichte, ist ein bezeichnendes Beispiel für die sich abzeichnende Taktikänderung.

2.1.2 Unterstützerbereich der RAF

Der seit Jahren aktive Unterstützerbereich der „Rote Armee Fraktion“, dem in Baden-Württemberg ein nicht präzise zu umgrenzender Personenkreis vor allem in den Städten **Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe** und **Stuttgart** zuzurechnen ist, hat 1980 seine Agitation weiter verstärkt und geht zusehends zu militanten Aktionen über. Im Gegensatz zu den Vorjahren bekennen sich inzwischen die Angehörigen der verschiedenen Gruppen des terroristischen Umfelds in zahlreichen Flugschriften, Aufklebern und Transparenten nahezu vorbehaltlos zum „Kampf der RAF“. So hieß es in einer im August 1980 im Zusammenhang mit dem tödlichen Verkehrsunfall von Juliane PLAMBECK und Wolfgang BEER veröffentlichten Erklärung:

„... Heute tun sich wieder diejenigen lautstark hervor, die immer da, wo's um Solidarität im Kampf geht, schweigen: Ob der Unfall wirklich ein Unfall war, philosophiert dieser Teil der Linken. Nicht nur, daß damit suggeriert werden soll, die Guerilla lebe hier in einem Meer von Bullen, wird damit genau die Auseinandersetzung umgangen, was Kampf hier eigent-

Versuch der Illegalen, die selbsterkannte „Isolation der Guerilla im Volk“ zu durchbrechen.

Unterstützerbereich stellt sich immer vorbehaltloser hinter den Kampf der RAF.

lich heißt: Anstrengung, immer weitermachen, bis an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten gehen, den Punkt, wo du vor den Schwierigkeiten kapitulieren willst, durchbrechen – das ist auch etwas, wo die Genossen der RAF für uns Orientierung sind.“

In einer anlässlich der „Antiimperialistischen Aktionswoche“ im Juli 1980 in Hamburg verbreiteten Schrift wurde ausgeführt:

„... orientierung ist für uns aber auch die kompromißlosigkeit, die entschlossenheit der genossen, unter allen bedingungen weiterzukämpfen – die subjektive entscheidung jedes einzelnen: sieg oder tod ...“

In welchem starkem Maße sich die auf mehreren Ebenen arbeitenden Unterstützergruppen inzwischen zur RAF bekennen, verdeutlicht die Erklärung der Amerikahaus-Besetzer vom 2. Juni 1980 in Frankfurt/Main:

„wir begreifen unseren kampf gegen den imperialistischen krieg zusammen mit der raf, weil das bloße friedensgeschrei gegen die imperialistischen kriegstreiber nur hilflos ist. wir lassen uns nicht von den bewaffneten gruppen isolieren, weil ne antiimperialistische bewegung nur ne perspektive hat, wenn teile von ihr in der lage sind, den apparat militärisch zu treffen.
SOLIDARITÄT MIT DER RAF“

Zahlreiche Erklärungen und Aktionen signalisieren zunehmende Militanz des terroristischen Umfeldes.

Die Hauptzielrichtung der aggressiv betriebenen Kampagnen des terroristischen Umfelds galt – wie bereits seit Jahren – den angeblich unerträglichen Haftbedingungen der „Gefangenen aus der RAF“. Zugleich wurden die Bemühungen weiter verstärkt, dem „antiimperialistischen Widerstand“ in Gestalt von Aktionen mit begrenzter Militanz Wirkung zu verleihen. So kam es 1980 bundesweit zu Besetzungsaktionen, bei denen Angehörige des terroristischen Unterstützungsbereiches versuchten, mit militanten Forderungen eine breite Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen:

– Am 9. April 1980 stürten RAF-Sympathisanten die Eröffnungsveranstaltung des 5. Internationalen Kolloquiums über die Europäische Menschenrechtskonvention in der Frankfurter Paulskirche. Die Störergruppe bekannte sich in einem bei dieser Aktion verteilten Flugblatt erneut und unmißverständlich zur „Solidarität mit dem bewaffneten Widerstand in Westeuropa“:

„Wir sind heute hier, um diese Absicht (Anm.: über Menschenrechte zu diskutieren) zu durchkreuzen und um unsere Solidarität mit den bewaffneten antiimperialistischen Gruppen auszudrücken, die gegen das Europa der Bullen unter der Hegemonie der USA und der BRD kämpfen ...
Die entwickelte Kraft in dem von drinnen und draußen gemeinsam begriffenen Kampf um Zusammenlegung der

Gefangenen muß an Kontinuität gewinnen, um zusammen mit den Gefangenen den Druck zu schaffen, der den Staatsschutz dazu zwingt, auch die drei Frauen aus den Trakten von Ossendorf und Preungesheim nach Lübeck zu verlegen. Widerstand zusammen mit den Gefangenen aus der RAF bedeutet den ‚Staat‘ angreifen . . . hier im Zentrum des imperialistischen Molochs mit der Guerilla und ihren Gefangenen eine gemeinsame antiimperialistische Front aufbauen!“

– Eine mit der Überschrift „Es herrscht immer Krieg in den Städten“ versehene Erklärung anlässlich einer Kirchenbesetzung am 8./9. Mai 1980 in Hamburg besagt:

„. . . wir sind hier, daß wir es wieder lernen, anzugreifen und aus unmittelbarer betroffenheit heraus zu handeln, daß wir zu einer praxis kommen, die sich im zusammenhang mit den bewaffnet kämpfenden gruppen, den kommandos der raf begreift, weil die grenzen, die legaler politik durch die machterhältnisse gesetzt sind, nur durch den angriff der guerilla durchbrochen werden können . . .“

– In **Karlsruhe** besetzten am 4. März 1980 Sympathisanten terroristischer Gewalttäter das „Haus des Kunstvereins“, um ihren Forderungen nach Verbesserung der Haftbedingungen der „Gefangenen aus der RAF“ Nachdruck zu verleihen.

– Für eine „Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla in Gruppen“ demonstrierten am 17. Mai 1980 in **Stuttgart** mehrere Hundert zumeist jugendliche Personen.



*Demonstration am
17. Mai 1980 in Stuttgart
(Pressefoto: Kraufmann)*

In Aufrufen im ganzen Land war bereits Wochen zuvor zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgefordert worden, „um unsere Solidarität mit unseren gefangenen Genossen aus der Guerilla offensiv auf die Straße zu tragen“.

Aufruf zur Demonstration
am 17. Mai 1980 in Stuttgart.

**Es kann keine Versöhnung mit diesem Staat
geben, sondern nur den gemeinsamen
Kampf gegen die organisierte
Unmenschlichkeit und Vernichtung.**



**DEMONSTRATION
am 17.5. in STUTTGART**

Treffpunkt am Mahnmahl, Karlsplatz 11.00 Uhr

**Zusammenlegung der Gefangenen
aus der Guerilla in Gruppen
Organisieren wir den
antiimperialistischen Widerstand!**

Agitationsschwerpunkte der „legalen Szene“: Prozeßarbeit und Haftbedingungen.

Breiten Raum in der Tätigkeit der terroristischen Randszene nahm im Jahre 1980 die „Prozeßarbeit“ ein, das heißt, die agitatorische und die direkte persönliche und materielle Unterstützung von Personen, gegen die Straf- oder Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in oder der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung anhängig waren. Im Mittelpunkt dieser „Prozeß-Kampagne“ stand dabei das Verfahren gegen fünf Angehörige der Stuttgarter „FANTASIA“-Druckerei, die sich wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung zu verantworten hatten. Während der gesamten Hauptverhandlung, insbesondere aber in den Wochen vor und

nach der Urteilsverkündung (21. März 1980) kam es zu zahlreichen Sprüh- und Klebeaktionen im Stadtgebiet von **Stuttgart**. Daneben wurde auf verschiedenen „Solidaritätsveranstaltungen“ immer wieder versucht, eine breitere Öffentlichkeit auf das angebliche Ziel des „Verfahrens gegen die fünf Drucker“, nämlich die „Kriminalisierung der Schriften politischer Gefangener“ und die „Durchsetzung der staatlichen Selbstmordlüge“, hinzuweisen.

**DAS LETZTE WORT WIRD NICHT
IM GERICHTSSAAL GESPROCHEN**
Veranstaltung zum Ende des Prozesses gegen
fantasia/IVK in der Gaststätte Friedenau, Stuttgart
Rotenbergstr. 127 am 11.3.80 19.30

Zur Entwicklung im Prozess und seinem politischen Zusammenhang:
Beiträge zu
-Kriminalisierung der Schriften politischer Gefangener/
Durchsetzung der staatlichen Selbstmordlüge
- Liberalisierung, Hochsicherheitsstrafe, Forderungen der Gefangenen
-Krise des Imperialismus
Diskussion!



**DIE FRAGE IST, WAS WIR TUN
ANGESICHTS DER TATSACHE, DASS DER
US-IMPERIALISMUS NICHT AUFGEHÖRT HAT,
DER TODFEIND DER MENSCHHEIT ZU SEIN.**

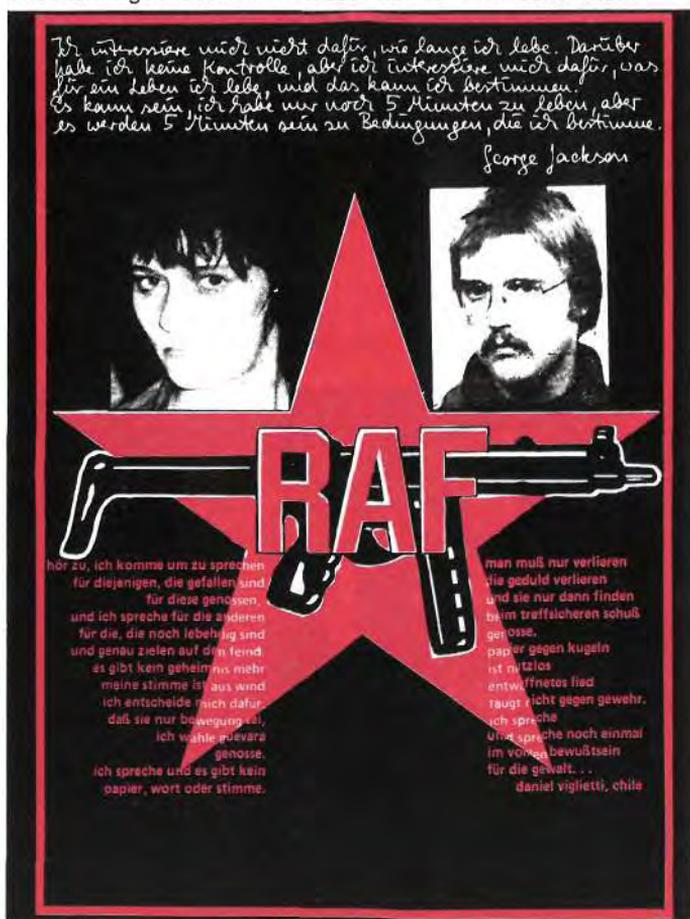
Plakataufruf im März
1980 in Stuttgart.

Eine ähnlich starke Resonanz innerhalb des terroristischen Umfelds wie der Prozeß gegen die fünf Angehörigen der „FANTASIA“-Druckerei fand die Hauptverhandlung gegen Knut FOLKERTS, die am 20. Mai 1980 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart begonnen hatte. Bereits während der ersten Verhandlungstage kam es im Verhandlungssaal zu Sympathiekundgebungen für den Angeklagten. In **Stuttgart** wurden zahlreiche Plakate geklebt und Sprühaktionen durchgeführt, mit denen

unter der Parole „Das einzig gerechte Verfahren ist die Revolution“ zur Solidarität mit Knut FOLKERTS und zur Organisation des „antiimperialistischen Widerstandes“ aufgerufen wurde. FOLKERTS wurde am 31. Juli 1980 vom 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart wegen Mordes in drei Fällen, des versuchten Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist inzwischen vom BGH bestätigt worden.

Insbesondere seit dem Verkehrsunfall am 25. Juli 1980 bei **Bietigheim-Bissingen**, bei dem die mutmaßlichen Terroristen Juliane PLAMBECK und Wolfgang BEER den Tod fanden, haben die Angehörigen der terroristischen Randszene ihre betont aggressive Agitation, die die staatlichen Organe offensichtlich provozieren soll, weiter verstärkt. Die Zahl der Sprüh- und Klebeaktionen mit terroristischem Hintergrund ist seitdem stark angestiegen. Bereits unmittelbar nach dem Tod der beiden RAF-Mitglieder wurden in zahlreichen Städten des Landes Flugschriften und Plakate in großer Zahl verbreitet, in denen sich die unbekannt gebliebenen Verfasser klar zur RAF bekannten.

Plakat zum Tod von
Juliane Plambeck und
Wolfgang Beer.



Während der Beisetzung von Juliane PLAMBECK in **Karlsruhe** entfalteten einige der Anwesenden am Grab ein Leintuch mit der Aufschrift:

„Wolfgang – RAF – Juliane
unsere Trauer wird zu Widerstand“.

Ein am 29. Juli 1980 bei der „Frankfurter Rundschau“ eingegangenes, von Stuttgarter Sympathisanten verfaßtes Schreiben lautete:

„Um unserer Trauer, unserer Wut und unserem Schmerz über den Tod von Juliane und Wolfgang einen Ausdruck zu geben, haben wir heute am ‚Mahnmal gegen den Faschismus‘ in Stuttgart Kränze und rote Nelken niedergelegt. Die Stelle an der sie starben, ist nach wie vor militärisch abgeriegelt, so daß wir uns selbst kein Bild davon verschaffen können. Für uns ist nicht ausgemacht, ob es sich bei ihrem Tod um einen tragischen Unglücksfall handelt oder um einen verdeckten Mord von BKA und Bundesregierung. Unabhängig davon sagen wir: Der Kampf geht weiter – solidarisch mit der RAF! Sabotiert die Fahndung! Wir waren hier für Viele.“

28. 7. 80“

Unter diesem Text war ein Foto vom Mahnmal für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in **Stuttgart** angebracht, das von drei großen Granitblöcken gebildet wird. An zwei Blöcken waren helle Stofftransparente befestigt mit der Aufschrift:

„Wut, Trauer, Aufbruch“
„Juliane, Wolfgang, wir werden nichts vergessen“



Am Mahnmal für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Stuttgart befestigte Stofftransparente zum Tod von Juliane Plambeck und Wolfgang Beer.

[Aus: „Die Tageszeitung“ (TAZ) vom 1. 8. 1980]

In den folgenden Wochen wurden – neben zahllosen Sprühaktionen im ganzen Land – insbesondere im nordbadischen Raum verschiedene Aufkleber festgestellt, in denen unter dem Symbol

der RAF dazu aufgefordert wurde, die „Fahndung (zu)sabotieren“:

Im nordbadischen Raum
festgestellte Aufkleber.

SABOTIERT DIE FAHNDUNG !!!

setzt dem ziel der herrschenden-
die verfügungsgevalt über den ganzen
menschen zu erlangen-
eure wut und eure kraft
für unser ziel - kommunismus -
- ende der herrschaft des menschen
über den menschen - entgegen
SOLIDARITÄT mit der guerilla
- keine hinweise an die bullen



Besonders hinzuweisen ist auf das Bestreben der Urheber, mit Aufrufen ähnlichen Inhalts gezielt Frauen anzusprechen:

SABOTIERT DIE FAHNDUNG !

- Keine Hinweise an die Bullen
- Vernichtet Handzettel und Fahndungsplakate
- Entlarvt die Zivilbullen

REVOLUTION und
SELBSTBESTIMMUNG
SOLIDARITÄT mit der



**Weiteres Angriffsziel
des terroristischen
Umfeldes: Bundes-
wehr und NATO.**

Angriffe gegen die Bundeswehr und die NATO haben sich im Spätjahr 1980 zu einem neuen Agitationsschwerpunkt auch der Gruppen des terroristischen Umfelds entwickelt. Den einstweiligen Höhepunkt dieser auf Massenbeteiligung zielenden Kampagne bildete eine bundesweit angekündigte „Nationale Demonstration gegen die NATO-Herbstanöver“ am 20. September 1980 in Hildesheim, auf die bereits Wochen zuvor durch zahlreiche Plakataufrufe hingewiesen worden war. Sprühpapole wie „Die NATO zerschlagen – selbstbestimmt leben – die Yankees verjagen – solidarisch mit der RAF“ und entsprechende Aussagen auf Plakaten belegen die Mitwirkung von RAF-

Sympathisanten an den Vorbereitungen der im wesentlichen von anderen linksextremistischen Gruppen getragenen Aktion. In den Monaten November und Dezember 1980 fand im gesamten Bundesgebiet eine von deutschen terroristischen Randgruppen mitgetragene Veranstaltungsreihe mit Angehörigen der der „Irishen Republikanischen Armee“ (IRA) nahestehenden Organisation „Sinn Fein“ statt. Anlaß der „Rundreise“ war, bei deutschen Gesinnungsgenossen um Unterstützung für die Forderung nach „Anerkennung des politischen Status der

Plakataufruf im Dezember 1980 in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg.

GEFANGENE IRISCHE FREIHEITSKÄMPFER

★ IM HUNGERSTREIK ★ FÜR POLITISCHEN STATUS



SEIT 4 JAHREN KÄMPFEN DIE IRISCHEN GEFANGENEN FÜR DIE WIEDERERLANGUNG DES POLITISCHEN STATUS. DURCH DEN DRUCK BESCHLOSSEN 2000 GEFANGENE, IHRE FORDERUNG MIT EINEM HUNGERSTREIK ZU ERKÄMPFEN. DIESE OFFENSIVE GEGEN DIE BRITISCHE REGIERUNG HABEN 7 GEFANGENE IN LONG VESH AM 26.10. UND 1 GEFANGENE IN ARMAGH AM 1.12. BEGINNEN.

POLITISCHER STATUS HEISST FOLGEND:

- KEINE GEFANGENENKLÄUUNG
- KEINE ARBEIT IM GEFANGNIS
- VEREINIGUNGSFREIHEIT MIT ANDEREN POLITISCHEN GEFANGENEN (RECHT, SCHULEN, HOCHSCHULEN BEFRIEGT SELBST ZU BUCHEN)
- EINEN BREITEN BESUCH, DER NICHT MIT WAFFENMITTELN ABGEBROCHEN WIRD
- WIDERHERSTELLUNG DES BEGRIFFSRECHTS



AUCH HIER KÄMPFEN UNSERE GEFANGENEN AUS DER RAF SEIT JAHREN GEGEN DAS VERHÖRVERFAHREN. AUF GEFANGENELEI FREIHEITSKÄMPFEREN LÄSST IHRE POLITIK LEGES ENTFRANTENBERG, MINIMALISIERUNG, KONTAKTSTREIFEN FÜR BEDINGUNGEN, IM KAUFT, UM SCHNEIDEN LEBEN UND ARBEITEN IN 4 QUARTIEREN ZU SCHNITTEN FÜR UNS HEISST DAS ÜBERLEBEN, WIE WIRD WIDERSTAND GEGEN DIE VERNICHTUNG POLITISCHER GEFANGENER ORGANISIERT.

FÜR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

WENN WIR ZUSAMMEN KÄMPFEN, DANN IST AUSGEMACHT, DASS EINES TAGES ALLE KZs AUF DER WELT, ALLE LAGER, ALLE FOLTER UND BARBARIE ZU ASCHEN VERBRENNT WERDEN.

AUS DER ERKLÄRUNG DER BELFAST BRIGADE DER IRA ZUR ERMORDUNG VON HOLGER MEINS.
*GEFANGENER AUS DER RAF, WÄHREND EINES HUNGERSTREIKS GEGEN DIE VERNICHTUNGSHAFTE, 1974

VERANSTALTUNG: DEMONSTRATION

STUTTART - 05.12.80
KARLSRUHE - 16.12.80
FREIBURG - 19.12.80

BEI EMMAS, HEDENBERGERSTR. 25, SCHLACHTHOF, SCHLACHTHOFSTRASSE 60, SCHWARZENBACH

IN FRANKFURT AM 20.12.
UM 14 UHR / TREFFPUNKT:
FRIEDBERGER PLATZ

gefangenen irischen Freiheitskämpfer“ zu werben. Im Rahmen dieser Aktion wurden auch in mehreren Städten Baden-Württembergs Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt. Dabei versuchten die zumeist in größerer Zahl anwesenden Angehörigen der terroristischen Randszene, auf Parallelen zur Situation der „Gefangenen aus der RAF“ hinzuweisen. Ein Flugblatt, das im Dezember 1980 in **Heidelberg** verbreitet wurde, gibt dieser eigenen Zielrichtung deutlich Ausdruck:

„wir wollen auf der veranstaltung zusammen mit den irischen genossen darüber diskutieren, wie wir ihren kampf praktisch unterstützen können . . .

wir wollen auch darüber diskutieren, was der kampf der gefangenen aus der raf, die die zusammenlegung in gruppen für sich fordern, für unseren widerstand hier heißt.“

Auf einem am 16. Dezember 1980 im Stadtgebiet von **Stuttgart** festgestellten Plakat wurde das Ziel der Kampagne, die Verbindung zwischen der IRA und „unseren Genossen aus der RAF“ herzustellen, noch sichtbarer akzentuiert.

Insgesamt ist im Jahr 1980 die Bedeutung der dem terroristischen Umfeld zuzurechnenden Gruppierungen als politisches Sprachrohr der „bewaffnet kämpfenden Genossen der RAF“ weiter gewachsen. Beträchtlich zugenommen hat nicht nur die Zahl der Aktionen, sondern auch der Grad an Militanz, mit der diese betrieben werden. In seiner Eindeutigkeit neu ist darüber hinaus das klare öffentliche Bekenntnis der „Szene“ zur „Solidarität mit der RAF“. Die bereits 1979 ausgegebene Parole „Drinne und draußen – legal und illegal: ein Kampf!“ hat damit weiter an realem Gehalt gewonnen.

Dem von den Illegalen anvisierten Ziel der Basisverbreiterung durch Einbeziehung von Angehörigen militanter linksextremer Randgruppen sind sie allerdings lediglich in Ansätzen nähergekommen. Zwar gelang mehrfach ein punktuelles Zusammenwirken mit entsprechenden Gruppierungen, unter anderem auch mit ausländischen Extremisten. Bisher sind jedoch keine dauerhaften Kontakte erkennbar geworden. Selbst einige Zirkel der undogmatischen „Neuen Linken“, die ihre Publikationsorgane terroristischen Gruppen gelegentlich als Plattform zur Verfügung gestellt haben, finden sich inzwischen seltener bereit, Beiträge des Sympathisantenfeldes zu übernehmen und abzudrucken. So distanzierte sich etwa das Stuttgarter Alternativorgan „s'Blätle – Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung“ von einigen Beiträgen aus dem Kreis der Angehörigen der „FANTASIA“-Druckerei und übte mehrfach offene Kritik an deren „elitärer“ Einstellung:

„Das FANTASIA-Kollektiv macht eine Politik, die wir für elitär halten . . .

. . . Es ist einfach diffamierend, alle von RAF-Gefangenen abweichenden Verhaltensweisen als Spaltung zu begreifen und als ‚Resozialisierung‘ abzuqualifizieren.

Das Politikverständnis von FANTASIA ist unhistorisch und eingleisig, ihr Verständnis von Antiimperialismus an der RAF-Politik orientiert . . .“

Konzept der terroristischen „Revolutionären Zellen“ zielt auf Massenwirksamkeit“.

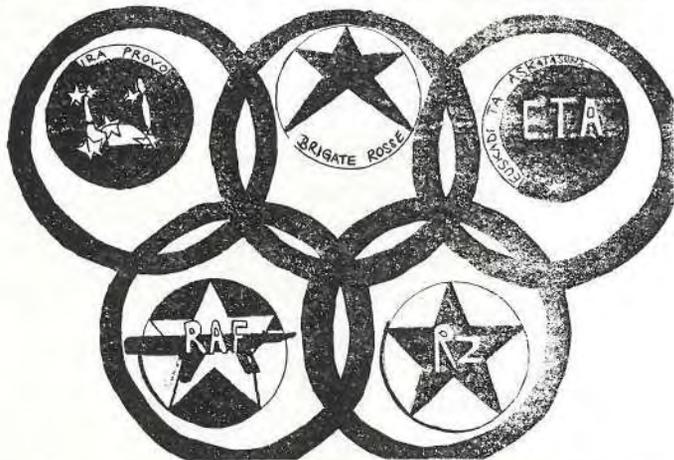
2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Bei den seit den frühen siebziger Jahren neben der „Roten Armee Fraktion“ und der inzwischen praktisch aufgelösten „Bewegung 2. Juni“ weitgehend eigenständig und unabhängig operierenden „Revolutionären Zellen“ (RZ) handelt es sich um eine terroristische Gruppierung, die bei ihren Aktionen zwar

nicht in derselben Weise wie die RAF vorgeht, deren auf „Massenwirksamkeit“ angelegtes Konzept freilich längerfristig ebenfalls eine ernste Gefahr für unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat bedeuten kann. Daß das in der Intensität des Angriffs abgestufte taktische Vorgehen der „Revolutionären Zellen“, das inzwischen in vielfach publizierten „Anleitungen zu militantem Widerstandsverhalten“ eine gewisse Verbreiterung im Sinne des propagierten Prinzips der „Guerilla als Massenperspektive“ gefunden hat, zeigen zahlreiche weniger folgenschwere Gewaltakte, bei denen die Täter sich an dem Konzept der „Revolutionären Zellen“ orientiert haben. Damit beginnt die seit Jahren immer wieder öffentlich artikuliert Aufforderung „Schafft eine, zwei, drei . . . viele Revolutionäre Zellen“ allmählich vor allem bei den militanten Zirkeln der undogmatischen „Neuen Linken“, insbesondere bei Teilen der Sponti- und Alternativbewegung, soweit sie politisch extremen Einflüssen unterliegen, ihre Wirkung zu entfalten. Das taktische Nahziel wurde noch einmal in der im April 1980 konspirativ gedruckten



Konspirativ verbreitete Zeitschrift der terroristischen „Revolutionären Zellen“, 7. Ausgabe, April 1980.



und verbreiteten Zeitschrift der „RZ“, dem „Revolutionären Zorn“ Nummer 7, präzisiert:

„ . . . Die tatsächliche Gefährdung besteht für den Staat darin, daß sein Gewaltmonopol nicht mehr heilig ist, daß aus der Handvoll Leute, die gewaltsam subversiv tätig sind, zwei, drei, viele Hände voll werden . . .“

Prinzip der „abgestuften Militanz“ findet Nachahmung in den Reihen der undogmatischen „Neuen Linken“.

Schlüsselwort der undogmatischen Gruppierungen: Widerstand.

Anschläge „Revolutionärer Zellen“, die vorgeben, an aktuelle gesellschaftspolitische Probleme anzuknüpfen und sich an vermeintlichen Massenbedürfnissen zu orientieren, richteten sich 1980 bundesweit vor allem gegen staatliche Institutionen wie die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (6. Januar 1980), das Bundesarbeitsgericht in Kassel (23. März 1980) sowie gegen Kreiswehersatzämter und andere Dienststellen. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 1980 keine Anschläge begangen, die eindeutig „Revolutionären Zellen“ zuzurechnen sind. Auch in unserem Lande ist unübersehbar, daß zunehmend Randgruppen mit oftmals diffusen politischen Zielvorstellungen, die sich oft mit unpolitischen gewaltbereiten Kräften zusammenfinden, die von den „Revolutionären Zellen“ propagierten Widerstandsformen übernehmen. Das Spektrum der undogmatischen „Neuen Linken“ könnte damit mehr und mehr die eigentliche Nahtstelle zu den terroristischen „Revolutionären Zellen“ (RZ) werden.

3. Aktivitäten der undogmatischen „Neuen Linken“

Im Jahre 1980 hat der in seiner programmatischen Vielfalt nur schwer überschaubare, auch zahlenmäßig kaum präzise eingrenzbarer Bereich der **linksextremistischen undogmatischen Bewegung** weiter an Bedeutung gewonnen. Ihm sind die zumeist sehr losen Zusammenschlüsse zuzurechnen, die zwar eine grundlegende Veränderung unserer freiheitlichen demokratischen Staats- und Verfassungsordnung anstreben, dabei aber dogmatische marxistisch-leninistische Positionen als Anleitung zum Handeln ablehnen oder sie sich zumindest nur in mehr oder minder stark modifizierter Form zu eigen machen. Stattdessen propagieren sie eine durch Spontaneität, Autonomie und Selbstorganisation geprägte „basisdemokratische“ Konzeption mit dem Ziel, staatliche und gesellschaftliche Strukturen revolutionär umzuwälzen. In wachsendem Umfang lassen sich auch anarchistische Einflüsse erkennen.

Schmieraktion in Freiburg.



Hier hat sich in der jüngsten Zeit aus lockeren Zusammenschlüssen ohne feste Mitgliedschaft und Programm eine politisch extreme Subkultur entwickelt, die insbesondere wegen ihrer deutlich zur Schau getragenen Militanz wachsende Probleme schafft. Sie umgreift derzeit Spontis und Stadtindianer, Mescaletros, Politrockers, Aussteiger und andere, soweit sie linksextremen Einflüssen unterliegen. „Widerstand“ ist zum Schlüsselwort dieser sich rasch verbreiternden Bewegung geworden, was 1980 zu einem deutlichen Ansteigen der Zahl militanter Auseinandersetzungen geführt hat. So heißt es in einer Anfang des Jahres 1980 in Berlin verbreiteten Schrift mit dem Titel „Ruhe im Lande?“:

„Wie kommt es, daß jemand anfängt, sich Gedanken über Bomben, Brandsätze und Sabotage zu machen und wie kommt es, daß er/sie sich davon noch etwas verspricht? . . . Sabotage kann helfen, kann aufmerksam machen, bestrafen, verzögern, verhindern . . . Die Wege sind für uns noch offen, die Möglichkeiten groß . . . Aber – mir macht es auch Spaß, ich sehe gerne etwas Unmenschliches in die Luft fliegen, freue mich über brennende Baufahrzeuge, über Löcher in Mauern, wo sie offiziell nicht hingehören, zerklüftete Fensterscheiben, als auch über zerstörte Bauelemente von AKW's“.

In der Praxis bedeutet das, daß die Grenzen zwischen dem immer häufiger propagierten passiven und dem aktiven gewalt-

Publikationen aus dem Bereich der undogmatischen „Neuen Linken“.



tätigen Widerstand inzwischen zunehmend fließend geworden sind. Die von den militanten Teilen der undogmatischen Gruppen verkündete „fröhliche Revolte“ hat sich mit der von Fritz TEUFEL, dem ehemaligen Mitglied der terroristischen „Bewegung 2. Juni“, propagierten „Spaßguerilla als aktuelle Form des Klassenkampfes“ verbunden.

An dieser Stelle grenzt die neue Protestbewegung an die taktische Konzeption der „Revolutionären Zellen“, die seit Jahren zu „militantem Widerstandsverhalten“ auffordern. So erscheint es nur folgerichtig, daß eine Anzahl sogenannter Alternativpublikationen terroristischen Gruppierungen mehrfach als Plattform für die Verbreitung von Sympathieerklärungen oder gar von „Bekennerbrieffen“ diene.

Die bei Teilen der Jugend vorhandene Tendenz zu grundsätzlicher Oppositionshaltung, die sich zunächst nicht selten darauf beschränkt hatte, daß das

„Aussehen, der Haarschnitt, die Kleidung und Bemalung von Gesicht und Haaren, Sicherheitsnadeln in Ohr und Backe eine Protesthaltung gegen ALLES in dieser Gesellschaft ausdrückt“.

(zitiert aus: „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ (ID) vom 9. Januar 1981)

verdichtet sich neuerdings bei bestimmten Fällen zu konkreten Aktionen unter dem Motto „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“ und schließlich zu gewalttätigen Ausschreitungen mit dem Ziel „SABOTAGE überall!“

Schmieraktion in Tübingen.



Die Zahl militanter Auseinandersetzungen nimmt zu.

So waren Angehörige der undogmatischen „Neuen Linken“ im vergangenen Jahr immer dann beteiligt, wenn es zu massiven Auseinandersetzungen mit staatlichen Organen kam: dies trifft für die Störungen öffentlicher Gelöbnisfeiern der Bundeswehr ebenso zu wie für das gewalttätige Vorgehen bei Protestaktionen gegen den Bau von Kernkraftwerken. Zunehmend trat im Jahre 1980 auch das Thema „Häuserkampf“ in den Vordergrund. Extreme Randgruppen versuchen damit ein neues Reizklima zur Mobilisierung und Manipulierung von „Massen“ zu erzeugen. Obwohl die Mehrzahl der an Hausbesetzungen beteiligten Personen keinen politisch extremen Gruppen zuzurechnen

ist, hat sich im Laufe des Jahres 1980 an einigen örtlichen Kristallisationspunkten – in Baden-Württemberg vor allem in **Freiburg** und **Tübingen** – ein militantes Potential herausgebildet, das von einer großen Zahl von Mitläufern unterstützt und ermutigt wird. So kam es am 10. Juni 1980 in **Freiburg**, angeblich aus Solidarität mit den Besetzern des Abbruchobjektes „Dreisameck“, zu der seit Jahren größten, nicht angemeldeten Demonstration in Baden-Württemberg.

*Erst mit der Vernichtung des Lebens,
entsteht der Wunsch nach einer
Versicherung gegen den Tod!*

am Sonntag mußten wir der staatlichen Obermacht weichen und das Dreisameck verlassen.

WELCHE GEWALT IST ES, DIE SICH DAMIT LEGITIMIERT, UNS ZU "GEWALTÄTÄR" ABZU-STEMPELN?

Gewalt ist es, wenn die schönen alten Viertel der Städte unter Polizeischutz, mit Ramme, Eisenkugeln, Baggern abgerissen werden und üden Bank und Versicherungspalästen weichen müssen.

WIR TRETEN GEGEN DIESE GEWALT AN!



Dämonstration

heute 17⁰⁰ Faulerstr. lasst Euch was einfallen!

Fünf Finger finden viele fliegende Untertassen für Fieslinge

*Flux flitzen fixe Füße faulerwärts u.
finden feste Schuhe, Fantasie, Fahnen, Fledermäuse
anschließen ol Fest, folle Flaschen mitbringen*

Alle die, die in der Nacht von Sonntag/ Montag von der Polizei verletzt wurden, verhaftet oder ähnliches, treffen sich am Dienstag 10:6. um 18 Uhr im Jos Fritz Wilhelmstr. 15 (oder hinterlasst eine Nachricht)

Die alternative „Freiburger Stadtzeitung“ zitierte einen Teilnehmer an der Aktion:

„Die Stadt ist in Aufruhr ... Zehntausend Menschen – die Stadt gehört uns. Der Zug macht bei jeder Bank halt, um ein paar Scheiben zu demolieren, Wahlplakate zu zerstören oder in aller Ruhe zu sprühen.“

Im Juni 1980 in Freiburg aus Anlaß der Räumung des „Dreisamecks“ verbreitetes Flugblatt.

„Häuserkampf ist Klassenkampf.“

Ein einzelnes Polizeiauto, das in die Demo gerät, wird enorm demoliert, die Reifen zerstoßen, die Insassen sitzen verlegen im Wagen und rühren sich nicht . . .

In den Köpfen sitzt der alte, unausdiskutierte Widerspruch: Der Ekel vor der Bullenpräsenz – das klamme Gefühl im Magen beim Anblick von Wasserwerfern, auf der anderen Seite das Gefühl der eigenen Stärke, die sich gerade an dem Polizeiaufgebot zeigt.

Die Rechnung: je mehr Putz wir machen, desto länger müssen sie bleiben, desto mehr Bullen müssen sie haben, desto deutlicher spürt die Stadt, daß sie sich verrechnet haben, desto stärker spüren wir unsere Kraft . . .“

Die unmittelbar im Anschluß an die Räumung des „Dreisamecks“ erfolgte Besetzung des Gebäudekomplexes „Schwarzwaldhof“ in **Freiburg** wie auch der am 17. Oktober 1980 in dieser Stadt durchgeführte „Zug der Unzufriedenen“, an dem sich etwa 3 000 Personen beteiligten, verdeutlichen, wie groß inzwischen das Potential geworden ist, das durch solche Aktionen angesprochen werden kann. Die Freiburger Ereignisse sind zugleich symptomatisch dafür, in welchem Ausmaß bei dem militanten Teil dieser neuen „Bewegung“ die Unempfindlichkeit gegenüber Rechtsverletzungen und der Anwendung von Gewalt geworden ist. Gerade die im Zusammenhang mit Hausbesetzungen zahlreich verbreiteten Parolen haben dazu beigetragen, die Hemmschwelle zu gewaltsamem Vorgehen weiter abzubauen. Die eigentlichen Aktivisten der „Häuserkampf-Bewegung“ lassen sich dabei längst nicht mehr in erster Linie von der Sorge um Wohnraum leiten, sondern knüpfen an die revolutionäre Zielsetzung der ersten Welle von Hausbesetzungen Anfang der siebziger Jahre an. In dem damals verbreiteten „Handbuch für Hausbesetzer“ hieß es:

„Genossen!

Der Kampf gegen die Zerstörung des Wohnraums, gegen Profit und Ausbeutung der grundlegenden Lebensbedingungen kann nicht auf der Ebene der kritischen Theorie geführt werden, sondern nur auf der Ebene einer revolutionären Strategie. Die Hausbesetzer sind eine Avantgarde im Wohnkampf.

Dieser Kampf wird nicht in den Gerichtssälen der Klassenjustiz entschieden, sondern auf der Straße . . .“

In einem im Februar 1981 in **Heidelberg** verbreiteten Flugblatt unter dem Motto „HÄUSERKAMPF ist Klassenkampf“ wurde dieser revolutionäre Aspekt erneut bekräftigt:

„ . . . Dem entspricht unsere Erfahrung, daß über Verhandlungen mit Politikern und Eigentümern für uns keine grundsätzliche Veränderung unserer Situation zu erreichen ist. DIESES SYSTEM HAT KEINE FEHLER, die wir reformieren könnten, DIESES SYSTEM **IST** DER FEHLER . . .“

Die Aufrufe, „dieses System“ anzugreifen, verbinden sich bei vielen diffusen Zirkel mit der Aufforderung zur grundsätzlichen Verweigerung bei gleichzeitiger Ausnutzung der sozialen Fürsorge des Staates. Die Parole „Seid realistisch – fordert das Unmögliche!“ wird in vielfältiger Form zum eigentlichen Leitmotiv der undogmatischen Protestbewegung. In einer 1980 im gesamten Bundesgebiet verbreiteten Broschüre mit dem Titel „Wege zu Wissen und Wohlstand oder: Lieber Krankfeiern als gesund schufteln!“ werden auf über 100 Seiten „Tips und Tricks“ dargestellt, „die sich unserer Meinung nach eignen, eine Krankschreibung zu erreichen“. Dabei wird das Ziel der fiktiven „Autoren“ Dr. A. NARCHO, Dr. Marie HUANA und Privatdozent Dr. KIFFTURNER, mit der Publikation die Zerstörung der Arbeitsmoral und der Sozialordnung zu erreichen, am Schluß nochmals zusammengefaßt:

„Eure Energie,
eure Kraft,
eure Zeit,
gewonnen durch den
Gebrauch dieses Heftes,
benutzt für euch
und zur Veränderung
dieser Gesellschaft,
auf daß sie keinen mehr krank mache,
das ist unser Traum!“

Insgesamt hat die Bewegung der undogmatischen „Neuen Linken“ das unserer gesellschaftlichen Ordnung feindselig gegenüberstehende Gewaltpotential erkennbar verstärkt.

4. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“

4.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)

Der prochinesisch orientierte „**Kommunistische Bund Westdeutschland**“ (KBW), der es – im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien und Zusammenschlüssen der dogmatischen „Neuen Linken“ – über längere Zeit verstanden hatte, sich aus der krisenhaften Entwicklung der sogenannten K-Gruppen weitgehend herauszuhalten, konnte im Jahre 1980 die Abspaltung einer zahlenmäßig starken Fraktion nicht mehr verhindern. Die „Abspalter“, unter ihnen zahlreiche seit langem aktive Funktionäre, gründeten am 21. September 1980 in Hannover eine neue Organisation, den „**Bund Westdeutscher Kommunisten**“ (BWK), der von sich selbst behauptet, auch er sei inhaltlich auf der Grundlage des KBW-Programms tätig.

Von der Spaltung des KBW waren auch dessen Hilfs- und Nebenorganisationen, die „**Kommunistische Hochschul-**

KBW trotz Abspaltung einer Fraktion noch immer stärkste Gruppe der dogmatischen „Neuen Linken“.

gruppe“ (KHG) und die „Vereinigung für revolutionäre Volksbildung“ (VRV), betroffen. Ein Teil der Mitglieder dieser Vereinigungen fand sich inzwischen zu neuen Organisationen gleichen Namens zusammen, die sich nunmehr dem BWK unterordnen.

Schon früher hatte der KBW mehrfach Schwächungen durch innerparteiliche oppositionelle Strömungen verkraften und dabei zwangsläufig Mitgliederverluste in Kauf nehmen müssen; der Parteiführung war es jedoch stets gelungen, dieser Probleme – etwa durch die Disziplinierung von Funktionären – Herr zu werden und die Organisation wieder zu stabilisieren. Dem langjährigen Sekretär des KBW, Hans-Gerhart SCHMIERER, gelang es nicht mehr, die von Martin FOCHLER, dem Sekretär der KBW-Regionaleitung Süd, angeführte parteiinterne Kritik abzuwehren. FOCHLER und seine Anhänger erhoben im Kern den Vorwurf, die Leitung des KBW setze sich seit langem leichtfertig über das 1973 beschlossene Parteiprogramm hinweg. Darin hatte der KBW die Forderung erhoben, den „bürgerlichen Staat“ im Wege einer „sozialen Revolution“ zu beseitigen. Voraussetzung für den offen erstrebten Umsturz sei die „Zerschlagung des Staatsapparates“, die den Weg freimache für die „Eroberung der politischen Macht“.

Die Gegensätze zwischen den beiden Fraktionen, die ihre Ursache nicht zuletzt im persönlichen Zerwürfnis einiger führender Funktionäre hatten, traten schließlich auch im Streit um die weitere Herausgabe des theoretischen Parteiorgans „Kommunismus und Klassenkampf“ (KUK) offen zutage. Die Auseinandersetzungen im „Zentralen Komitee“, die sich auf Bezirksdelegiertenkonferenzen fortsetzten, veranlaßten FOCHLER und andere führende Funktionäre, ihre Parteiämter niederzulegen und schließlich aus der Partei auszutreten. Diesem Schritt schlossen sich zahlreiche KBW-Angehörige vor allem aus den Regionalverbänden Süd und Nord an. Bundesweit verlor der KBW etwa 600 seiner 2 400 Mitglieder an die neue Organisation, so daß in der Partei Ende des Jahres 1980 – nach Berücksichtigung sonstiger Abgänge – insgesamt noch rund 1 480 Mitglieder organisiert waren. In Baden-Württemberg konnte die als militanter geltende „FOCHLER-Fraktion“ etwa 150 der 320 Angehörigen des KBW an sich ziehen.

Der KBW verlor nicht nur ein Viertel seines bisherigen Mitgliederbestandes, sondern auch einen beträchtlichen Teil seines Vermögens. Nach einer parteiinternen Aufstellung sicherten sich die „Abspalter“ aus den KBW-Büros Bargeld, Büromaschinen, Druckeinrichtungen und anderes Material im Wert von etwa einer Million DM; gleichwohl verblieb dem KBW der größte Teil der Sachwerte des Parteivermögens, dessen Höhe vor der Spaltung auf über 10 Millionen DM geschätzt worden war.

Zunächst konzentrierte die Funktionärsgruppe um SCHMIERER sich darauf, der durch die Spaltung der Organisation hervorgerufenen Schwächung der Partei durch „konsolidierende Maßnahmen“ zu begegnen. Zwar soll das Programm, das – wie verlautet – „selbstverständlich Mängel“ enthalte, überprüft werden;

grundlegende Änderungen der ideologischen Grundlagen und des bisherigen taktischen Vorgehens sind jedoch offenbar nicht beabsichtigt. In einer Erklärung zur Bundestagswahl unterstrich der KBW auch seine unverändert gültige verfassungsfeindliche Zielsetzung noch einmal:

„... Politischer Kampf mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung der sozialen Revolution des Proletariats.
... Solange es Waffen gibt, bleibt die Frage entscheidend, in wessen Hand sich die Waffen befinden ...“

Auf der 5. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW am 20./21. September 1980, die SCHMIERER als Sekretär in seinem Amt bestätigte, wurden Änderungen des Organisationsaufbaus der Partei beschlossen: an die Stelle der bisherigen drei Regionalverbände Nord (Sitz Hannover), Mitte (Sitz Köln) und Süd (Sitz München) traten 10 kleinere Regionalverbände, die sich räumlich weitgehend mit den Bundesländern decken. Gleichzeitig wurden die 12 Bezirksgruppen aufgelöst und die insgesamt 37 Bezirksverbände direkt den neu organisierten Regionalverbänden unterstellt.

Der KBW-Regionalverband **Baden-Württemberg** umfaßt nunmehr die Bezirksverbände **Stuttgart** (Württemberg), **Mannheim** (Rhein – Pfalz), **Heidelberg** (Neckar – Franken), **Karlsruhe** (Mittlerer Oberrhein – Nordschwarzwald), **Freiburg** (Südbaden). Sitz der Regionalverbandsleitung ist **Stuttgart**.

Der Rückgang der Mitgliederzahl um insgesamt 900 gegenüber dem Jahr 1979 sowie ein erheblich geringeres Spendenaufkommen hatten zur Folge, daß der KBW erstmals seit Jahren mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Diese veranlaßten die Partei zu Einschränkungen vor allem im Presse- und Publikationswesen: die Auslandskorrespondenten, bisher in London, Brüssel, Rom und Paris, wurden zurückgezogen; die Kandidatur anlässlich mehrerer Wahlen des Jahres 1980 konnte nur noch in bescheidenem Umfang durch Propagandamaterial unterstützt werden. Mitte 1980 sah sich der KBW sogar genötigt, sein Zentralorgan „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ), dessen Auflage von früher 32 000 auf nunmehr 13 000 Exemplare zurückgenommen wurde, im Umfang zu reduzieren. Bei den Wahlen konnte der KBW nirgends ein Mandat erringen. Er hatte überall, so auch in Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen am 16. März 1980 und bei den Kommunalwahlen am 22. Juni 1980, erhebliche Stimmenverluste zu verzeichnen. Die Resonanz dieser linksextremen Splitterpartei ist in der Bevölkerung inzwischen auf ein Minimum gesunken.

Dies gilt sogar für die Stimmungslage in der einstigen KBW-„Hochburg“ **Heidelberg**. Wie stark der Rückwärtstrend sich entwickelt hat, verdeutlichen schwerpunktartig ausgewählte Wahlergebnisse:

Wahlplakat des KBW zur
Bundestagswahl 1980.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)



**Stimmt
revolutionär!
Wählt KBW!**

 **KBW**

**Kommunistischer
Bund
Westdeutschland**

Landtagswahlen Baden-Württemberg (16. März 1980)

Wahlkreis	1976		1980	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Karlsruhe II	180	0,3	47	0,1
Karlsruhe IV	101	0,1	17	0,0
Heidelberg	1 052	1,7	131	0,2
Mannheim I	238	0,5	46	0,1
Freiburg II	433	0,8	83	0,1

Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 22. Juni 1980, an denen der KBW noch als einzige Gruppierung der „Neuen Linken“ teilnahm, erreichte er in **Freiburg** einen Stimmenanteil von nur 0,1% (1975: 1,8%). In **Karlsruhe** brachte es die Partei nur noch auf 0,02% der Stimmen. Das 1975 in **Heidelberg** errungene Mandat (3,6% der Stimmen) ging wieder verloren (1980: 1,6%).

Trotz dieses Stimmenrückgangs hielt der KBW auch 1980 im Rahmen seiner Möglichkeiten daran fest, durch militantes Auftreten auf sich aufmerksam zu machen. Verstärkt wurden insbesondere die Versuche, in der sogenannten Antimilitarismusarbeit Fortschritte zu erzielen. So beteiligte sich der KBW im Jahre 1980 maßgeblich an Aktionen gegen die Bundeswehr, wobei vor allem öffentliche Gelöbnisse von Bundeswehr-Rekruten sowie Manöver in Norddeutschland im Mittelpunkt seiner Agitation standen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralforgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Süd

Wir sind entschlossen, unsere Freiheit gemeinsam mit den USA und den anderen Partnern zu verteidigen... Zur Erhaltung des Friedens müssen diejenigen Waffen bereitstellen, die zur Verhinderung eines Krieges unerlässlich sind... Die Verteidigung unseres Vaterlandes ist Sache des ganzen Volkes.
CDU-Wahlprogramm

Die Nato hat sich als Instrument der Friedenssicherung bewährt... seit 1949 haben wir die Bundeswehr zu einer gut ausgebildeten und modern ausgerüsteten Streitkraft entwickelt... Europa endet nicht an der Elbe...
SPD-Wahlprogramm

Demokratischer Friedensvertrag
Demokratische Außenpolitik – Blockfreiheit
Keine Erhöhung des Militärhaushalts für Nachrüstung
Recht auf jederzeitige Verweigerung
Kein Wehrdienst von Frauen – Volksbewaffnung

KBW **Kommunistischer Bund Westdeutschland**

Plakataufruf des KBW aus Anlaß der öffentlichen Gelöbnisseiern der Bundeswehr.

Im Zusammenhang mit den besonders gewalttätig verlaufenen Auseinandersetzungen bei der Rekruten-Vereidigung am 5. Mai 1980 in Bremen war im Parteiorgan „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 20/80 vom 12. Mai 1980 zu lesen, die „bürgerlichen Politiker und ihre Presse“ seien „weniger über Steinwürfe und angesteckte Fahrzeuge . . . als über die Tatsache (erschüttert), daß es nicht gelungen ist, diese breite Bewegung unter Kontrolle zu halten“. Auch in **Stuttgart** nahm der KBW zusammen

Hilfs- und Nebenorganisationen von starkem Mitgliederrückgang betroffen.

mit anderen Organisationen an den Protestaktionen gegen das Gelöbnis von Bundeswehr-Rekruten am 21. November 1980 teil. Dabei beschränkten sich die KBW-Angehörigen – im Gegensatz zu der Art ihrer Beteiligung an den Vorgängen in Bremen – im wesentlichen auf verbale Störungen der Veranstaltung.

Die wenigen noch aktiven Hilfs- und Nebenorganisationen des KBW waren 1980 aufgrund der parteiinternen Probleme gezwungen, ihre Tätigkeit drastisch einzuschränken. Die im Jahre 1979 gehegte Hoffnung, mit der Gründung der „Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten“ (VRV-SR) werde Mitgliedern und Anhängern des KBW ein „großes Feld revolutionärer Tätigkeit“ geboten, hat sich nicht erfüllt. Die Gruppierung, die im wesentlichen „kulturelle und militärische Tätigkeit“ leisten sollte, konnte sich das Interesse der Mitglieder nicht lange erhalten. Gegen Ende des Jahres 1980 entschloß sich der KBW deshalb, die VRV-SR nur noch für „kulturelle Zwecke“ einzusetzen und die „Militärarbeit“ selbst zu übernehmen.

Der „**Kommunistische Jugendbund**“ (KJB), die Jugendorganisation des KBW, ist in Baden-Württemberg kaum mehr aufgetreten. Die geschwächte Position der Partei bot offenbar wenig Anreiz, sich noch in deren Jugendverband zu betätigen.

BWK unterscheidet sich kaum vom KBW.

4.2 „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Der am 21. September 1980 in Hannover von ehemaligen Funktionären und Mitgliedern des KBW gegründete „**Bund Westdeutscher Kommunisten**“ ist seitdem vor allem mit dem Ausbau seiner Organisation sowie dem Aufbau eines eigenen Publikationssystems beschäftigt. Größere in die Öffentlichkeit hineinwirkende Aktivitäten vermochte die Gruppe darüber hinaus bisher nicht zu entfalten. Die Führung des BWK obliegt dem aus 31 Mitgliedern bestehenden „Zentralen Komitee“ (ZK), das aus seinen Reihen den „Geschäftsführenden Ausschuß“ wählt. Sekretär (Vorsitzender) dieses „Ausschusses“ ist Jörg Christian DETJEN, Hannover, ehemals Leiter des KBW-Regionalverbandes Nord. Martin FOCHLER, der die Minderheitsfraktion gegen den KBW-Sekretär SCHMIERER formiert hatte, wurde als Verantwortlicher für Publizistik im ZK bestimmt. Einer der ersten Beschlüsse des ZK regelte denn auch die Herausgabe eines eigenen Zentralorgans für die neue Gruppierung mit dem Titel „Politische Berichte“. Es erscheint vierzehntägig; die erste Ausgabe wurde bereits am 13. Oktober 1980, wenige Tage nach der Organisationsgründung verbreitet.

Der BWK, dem sich bis zum Jahresende 1980 etwa 600 ehemalige KBW-Mitglieder angeschlossen haben, hat bisher auf die Verabschiedung eines eigenen Programms verzichtet. In einem von der Gründungsversammlung gebilligten „Beschuß zur Reorganisation der westdeutschen Kommunisten auf der Grundlage des Programms der westdeutschen Kommunisten“ begründet der BWK sein Festhalten am KBW-Programm:

„Die versammelten Delegierten von Zellen und Mitglieder von Leitungen des KBW legen ihre Ämter im Organisationsrahmen des KBW nieder, weil der KBW nicht nur aufgehört hat, auf Grundlage des Programms der ‚Westdeutschen Kommunisten‘ tätig zu sein, sondern sich inzwischen damit beschäftigt, gegen dieses Programm in der Öffentlichkeit tätig zu werden . . .“

Da gegenwärtig noch die Möglichkeit besteht, an die Politik, die der KBW gemacht hat, anzuschließen und auf dieser Politik aufzubauen, kann die erforderliche Reorganisation ohne besonderen Aufwand an neuem Dokumentenmaterial betrieben werden . . .“

Im Oktober 1980 erstmals erschienene Zeitschrift des BWK.

„Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ „Proletarier aller Länder und umwohnenden Völker vereinigt euch!“

Politische Berichte



11. Oktober 1980
Jg. 1, Nr. 1

Preis:
2 DM



Die politische Kampagne vorantreiben die Gewerkschaften in der DDR. Seite 4



„Menschen kontrollieren“: Im USA-Straßen der Waffengänger von der „Waffenfabrik“ von Schenck (siehe: Westdeutsche Kommunisten). Seite 11



„Sensations“: Im Hamburger Hafen Kai, die Arbeiter von „Kommunisten“ (siehe: Westdeutsche Kommunisten). Seite 11

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK, c/o Jörg Christian Thoen, 1000 Hannover, Große Dübener 37. Erscheinung vierteljährlich im Verlag GUNN an der H. 8000 München 80, Wilhelmsstraße 12, Telefon 0 89 48 34 61. Preis: 2 DM

Nach dem Statut, das inhaltlich ebenfalls dem des KBW angenähert ist, gliedert sich der BWK im Bundesgebiet in 8 Landesverbände, die wiederum in Bezirksverbände unterteilt sind. Grundeinheiten der Organisation sind die Zellen. Der BWK-Landesverband Baden-Württemberg mit Sitz in **Mannheim** und Geschäfts-

stellen in **Mannheim** und **Freiburg** umfaßt fünf Bezirksverbände, nämlich

- Mannheim/Rhein - Pfalz
- Stuttgart/Mittlerer Neckar
- Heilbronn/Neckar - Franken
- Freiburg/Südbaden
- Ulm/Südwestfalen.

Darin sind inzwischen etwa 150 Mitglieder in 40 Zellen organisiert. Das entspricht immerhin nahezu der Hälfte des früheren Mitgliederbestandes des KBW in unserem Land. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf mindestens DM 20,- pro Monat festgesetzt (der KBW fordert nach wie vor DM 30,-). Die vom BWK-Landesverband Baden-Württemberg verbreiteten Publikationen wurden bisher ausschließlich von der Geschäftsstelle **Freiburg** gedruckt. Bis zum Jahresende 1980 brachte die neue Organisation mehrere Zeitungen, wengleich jeweils mit geringer Seitenzahl, heraus:

Betriebsausgaben	18
Schülerzeitungen	2
Hochschulzeitungen	7
Soldatenzeitungen	1
Gesamtzahl	28

Der BWK verfügt inzwischen - wie andererseits auch der KBW - über die Hilfsorganisationen **„Vereinigung für revolutionäre Volksbildung“ (VRV)** und **„Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)**, während eine BWK-Jugendorganisation bisher nicht in Erscheinung getreten ist. Die VRV des BWK ist im Gegensatz zur VRV des KBW gehalten, im Rahmen ihrer - derzeit noch bescheidenen - Tätigkeit auch „Militärarbeit“ zu leisten. Immerhin wurde mit ihrer Unterstützung in Baden-Württemberg die „Soldatengruppe Immendingen“ aktiv, die sich mit einer „Revolutionären Soldatenzeitung“ an die Öffentlichkeit gewandt hat.

4.3 „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS)

Den im April 1979 von ehemaligen Mitgliedern des KBW und anderer Gruppen der „Neuen Linken“ gebildeten **„Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS)** gelang es trotz anfänglicher Erfolge nicht, zu einer organisatorisch verfestigten, bundesweit tätigen Vereinigung zusammenzuwachsen. Die KDS sind unverändert eine lose Verbindung örtlich selbständiger Zirkel ohne zentrale Leitungs- und Führungsgremien.

Von den in Baden-Württemberg bestehenden örtlichen KDS-Gruppen in **Mannheim** und **Heidelberg** gingen im Jahre 1980 keine nennenswerten Aktivitäten aus. Der geplante Aufbau weiterer Zirkel in unserem Lande ist gescheitert. Bundesweit dürften den KDS nicht mehr als 200 Personen zuzurechnen sein.

4.4 „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ – KPD –

Die Ende 1968 gegründete, seit 1978 proalbanisch ausgerichtete „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) hat sich auf der zentralen Delegiertenkonferenz Mitte Mai 1980 mit großer Mehrheit in „**Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ – KPD –** „zurückbenannt“. Der Parteivorsitzende Ernst AUST begründete diese Maßnahme im Zentralorgan „Roter Morgen“ vom 4. Juli 1980 damit, die Partei habe sich immer als die „legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl LIEBKNECHTS, Rosa LUXEMBURGS und Ernst THÄLMANNs“ verstanden. Nach der Auflösung der „kleinbürgerlich-revisionistischen Organisation der Studentenfürer SEMLER und HORLEMANN“, der „Gruppe Rote Fahne“ (gemeint ist die 1970 gegründete und im März 1980 durch Parteitagsbeschluss aufgelöste maoistisch orientierte KPD), habe – so der Funktionär – keine Notwendigkeit mehr bestanden, sich durch einen Zusatz abzugrenzen.

Ehemalige KPD/ML konnte von Umbenennung nicht profitieren.



Die „Zurückbenennung“ der KPD/ML in KPD wird auch am Titel des Zentralorgans der Partei sichtbar.

Die KPD, die sich nach wie vor an der „Partei der Arbeit Albanien“ (PdAA) orientiert, konnte mit rund 500 Angehörigen den Mitgliederbestand des Vorjahres im wesentlichen halten. Änderungen in der überregionalen Organisationsstruktur waren im Jahr 1980 nicht zu verzeichnen. Die KPD gliedert sich nach wie vor in die wohl lediglich formal existente „Sektion DDR“, die

„Sektion Westberlin“ sowie die „Sektion Deutsche Bundesrepublik“, die die drei Landesverbände Nord, Mitte und Süd umfaßt. Dem Landesverband Süd nachgeordnet ist der Landesbezirksverband Baden-Württemberg (Sitz: **Stuttgart**) mit ca. 10 Ortsgruppen und Stützpunkten, in denen insgesamt 80 Mitglieder organisiert sind.

Die KPD bediente sich auch 1980 mehrerer bundesweit operierender Neben- und Hilfsorganisationen, deren Aktivität unterschiedlich war:

- „Rote Garde“
- „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD)
- „Revolutionäre Landvolkbewegung“ (RLB)
- „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“ (VOLKSFRONT).

Diesen Vereinigungen dürften in Baden-Württemberg etwa 120, im Bundesgebiet insgesamt 1 500–2 000 Anhänger zuzurechnen sein, wobei der größte Teil in der 1979 gegründeten „**VOLKSFRONT**“ organisiert ist.

Zu den Agitationsschwerpunkten der KPD gehörten 1980 insbesondere die intensive Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der „VOLKSFRONT“ – die KPD hatte bereits frühzeitig auf eine eigene Kandidatur verzichtet –, die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, die sogenannte Antifaschismusarbeit sowie der Versuch einer stärkeren Einflußnahme auf in der Bundesrepublik Deutschland wohnhafte und tätige Ausländer, insbesondere auf die türkischen Arbeitnehmer. Die von keiner anderen Gruppe der „Neuen Linken“ in diesem Ausmaß betriebene Anknüpfung von Kontakten zu Türken wurde von der KPD öffentlich noch dadurch unterstrichen, daß sie sich zum Jahresende 1980 dazu entschloß, das in einer Auflage von 6 000 Exemplaren erscheinende Zentralorgan „Roter Morgen“ fortan in deutscher und türkischer Sprache herauszugeben.

Im „Roten Morgen“ vom 19. Dezember 1980 begründete die Redaktion des KPD-Blattes die Änderung damit, daß „ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse in unserem Land aus ausländischen Kollegen“ besteht, dessen Hauptkontingent wiederum „Werkstätige aus der Türkei“ stellen. Die türkischen Arbeiter seien nicht nur zahlenmäßig der „wichtigste Block“ unter den „ausländischen Arbeitsemigranten“, sondern sie verkörperten auch gleichzeitig deren „kämpferischsten und bewußtesten Teil“. Die zweisprachige Ausgabe werde – so die Hoffnung der KPD – sicher dazu beitragen, die „Kampfeinheit zwischen den deutschen Arbeitern und den Arbeitern aus der Türkei“ zu fördern.

Die Werbung proalbanisch orientierter und insoweit der KPD gleichgesinnter Türken hat dieser 1980 tatsächlich einigen Erfolg gebracht. Eintritte in die Partei und vor allem in die „VOLKSFRONT“ waren erstmals in nennenswertem Umfang zu verzeichnen. Wiederholt beteiligten sich Türken auch an öffentlichen Aktionen der KPD und ihrer Hilfsorganisationen.

gezwungen, ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr angesichts erheblicher finanzieller Schwierigkeiten deutlich einzuschränken. Außerdem mußte sie den redaktionellen Umfang ihres bundesweit verbreiteten Jugendmagazins „Roter Rebell“ reduzieren. Dennoch war sie unverändert bestrebt, die Parteiarbeit der KPD nachdrücklich zu unterstützen.

Zentralorgan der KPD erscheint seit Dezember 1980 auch in türkischer Sprache.

Interview mit dem RGO-Vorsitzenden T. Scheffer — So

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nieder mit der türkischen Militärdiktatur!

75 000 G

Stopp!

Ende Eren bei seinem Prozess!

Demokratie statt Diktatur!

DİD Kurul

Moskova halkı boyun

2. RGO-Kongressi kapanış toplantısına katılmak!

ROTER MORGEN
Amanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı
No: 11112 12. Aralık 1980

KAHROLSUN ASKERİ FASİST CUNTA!

KPD em sloganı: Faşist cuntaya karşı vuruşuza katılmak

Ende Eren Mahkemeye

Demokratik İstikrar Hareketi

Moskova bankası saldırılarını

2. RGO-Kongressi kapanış toplantısına katılmak!

2. RGO-Kongressi

Monta der Veranstaltung:

Für Arbeiterinnen und alle sozialdemokratische Gewerkschaften

Samstag, 12. Dezember 1980

Beginn: 5 Uhr

Eintritt: ab 12 Uhr

Die im Jahre 1975 gegründete „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD) mußte 1980 spürbare Mitgliederverluste sowie einen erheblichen Rückgang des Beitrags- und Spendenaufkommens hinnehmen. Der „Zentralvorstand der RHD“ sah sich deshalb erstmals seit Jahren nicht mehr in der Lage, „Unterstützungsausgaben aus den vorhandenen Rücklagen“ zu bezahlen, da diese „vollständig aufgezehrt“ seien. Eine noch im Dezember 1980 eingeleitete erneute Spendenkampagne soll die Finanzlage der Organisation wieder verbessern. Auch ein bereits im März 1980 verabschiedeter „Leitfaden zur Arbeit der RHD“, der als „wichtige Hilfsmittel“ für die weitere „praktische Arbeit der Ortsgruppen“ bezeichnet wurde, trug nicht in dem erhofften Maße zu einer Belebung der Aktivitäten der „Roten Hilfe Deutschlands“ bei.

Die im November 1978 gebildete „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) behauptet, im Jahre 1980 „sich und ihre Politik in jeder Hinsicht“ weiter gefestigt und entwickelt zu haben. Der Vorsitzende, Thomas SCHEFFER, betonte in einem Interview im KPD-Zentralorgan „Roter Morgen“ vom 19. De-

zember 1980, die RGO habe sich als „konsequenteste Kraft der Opposition im DGB“ ausgezeichnet, ihr Mitgliederbestand habe sich seit 1978 vervierfacht, und mittlerweile fänden sich sowohl Gewerkschaftsfunktionäre als auch Betriebsräte in den eigenen Reihen. Obwohl diese Angaben deutlich überzeichnet sind, ist es der RGO in Teilbereichen doch gelungen, gewisse Fortschritte zu erzielen.

Die von der damaligen KPD/ML 1978 initiierte „**Revolutionäre Landvolkbewegung**“ (RLB) konnte sich auch im Jahr 1980 organisatorisch nicht festigen. Sie trat in Baden-Württemberg nur noch durch die gelegentliche Verbreitung ihres Organs „**Freies Landvolk**“ in Erscheinung.

Umfangreiche Aktivitäten entfaltete dagegen die erst im Oktober 1979 in Dortmund auf Betreiben der KPD gegründete „**VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden**“ (VOLKSFRONT). Die Organisation gibt vor, ein „Zusammenschluß von

Empfindliche Niederlage der „VOLKSFRONT“ bei der Bundestagswahl.

Wahlwerbung der „Volksfront“ zur Bundestagswahl 1980.

Freie Wahlen?

Nie wieder Faschismus!
Verhindert ein neues '33!



- Schluß mit den Berufsverboten!
- Gegen den Polizei- und Überwachungsstaat
- Verbot aller faschistischen Organisationen

Darum:

Volksfront
 GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
 FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Polizei im Einsatz gegen Demonstranten.

Hunderttausende Wahlplakate und Stelltafeln der VOLKSFRONT verboten und beschlagnahmt, zerstört und vernichtet!

Freie Wahlen oder

Polizeistaatsmethoden?

Volksfront
 GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
 FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen“ zu sein, die gegen den – angeblich zunehmenden – Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland zu kämpfen bereit seien. Mit Hilfe dieser irreführenden Positionsbestimmung vermochte sie in ihren programmatischen Aussagen – anders als die kommunistische Kadergruppe KPD es gekonnt hätte – klare Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus weitgehend zu vermeiden.

Die „VOLKSFRONT“ konzentrierte ihre Aktivitäten im Jahre 1980 schwerpunktmäßig auf die Bundestagswahl. Sie kandidierte mit 63 Direktkandidaten (davon 9 in Baden-Württemberg) und Landeslisten in allen Bundesländern (in Baden-Württemberg umfaßte die Landesliste 10 Personen). Über die gesamte Vorwahlzeit hinweg betrieb sie mit finanzieller Unterstützung durch die KPD einen betont provozierenden Wahlkampf:

Mehrere, teilweise in großer Auflage verbreitete Publikationen wiesen Texte mit beleidigendem oder verunglimpfendem Inhalt auf. Sie wurden deshalb beschlagnahmt, was sowohl die „VOLKSFRONT“ als auch die KPD als „Terrormaßnahme“ und „beispiellose Wahlbehinderung“ kritisierten.

Trotz des mit erheblichem Aufwand betriebenen Wahlkampfes entfielen auf die „VOLKSFRONT“ landesweit lediglich 1 488 gültige Zweitstimmen (im Bund 9 344).

Schwerpunkte der künftigen Arbeit der „VOLKSFRONT“ sollen der „Kampf gegen die faschistischen Organisationen“ und gegen die angeblich wachsende Kriegsgefahr sein. Gleichwohl machte sich in ihren Reihen nach der Bundestagswahl eine gewisse Resignation breit; die feststellbaren Aktivitäten zeigten – auch im Landesverband Baden-Württemberg – zum Jahresende allgemein eine sich abschwächende Tendenz.

4.5 „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD)

Der 1972 gegründete **„Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD)** hielt auch im Jahre 1980 an seiner ideologischen Ausrichtung auf MAO ZEDONG fest. Die neue chinesische Führung um HUA GUOFENG und DENG XIAOPING wurde dagegen beschuldigt, die Macht „als Vertreter der neuen Bourgeoisie an sich gerissen“ und „die Diktatur des Proletariats zerschlagen“ zu haben. Den zum Jahresende 1980 angelaufenen Prozeß gegen die „Viererbande“ um die MAO-Witwe JIANG QUING verurteilte die „Zentrale Leitung“ des KABD als „Schauprozeß der chinesischen Revisionisten gegen die sogenannte ‚Viererbande‘“ auf das schärfste und forderte die „unverzügliche Freilassung der vier Marxisten-Leninisten“.

Die Vorgänge in der Volksrepublik China bewirkten keinerlei Abstriche an der marxistisch-leninistischen Grundhaltung des KABD. Die Vereinigung setzt sich unverändert für die baldige „Einleitung der Revolution“ ein, zu deren Gelingen es unabdingbar sei, „die bürgerliche Staatsmaschinerie zu zerschlagen und auf ihren Trümmern die Diktatur des Proletariats zu errichten“. Endziel ist für die Organisation der Kommunismus maoistischer Prägung, denn nur in ihm sei „die Teilung der Gesellschaft endgültig aufgehoben, der Staat abgestorben“.

Maoistischer KABD bleibt ablehnend gegenüber der Führung in Peking.

Zum Jahresende 1980 waren im KABD bundesweit rund 700 Mitglieder organisiert, davon in Baden-Württemberg etwa 120–130 (1979: 70–80). Die im Vergleich zum Vorjahr zugrunde zu legende leicht erhöhte Mitgliederzahl in unserem Lande dürfte nur zu einem geringen Teil auf Neueintritte zurückzuführen sein. Der „Zuwachs“ ist vielmehr weithin dem Umstand zuzuschreiben, daß KABD-Mitglieder vermehrt bei öffentlichen Aktivitäten, hauptsächlich beim Verteilen von Flugschriften, aufgetreten und dementsprechend auch festgestellt worden sind.

Diese Tendenz zu stärkerer Agitation änderte jedoch nichts daran, daß der KABD im Vergleich zu anderen Gruppen noch immer zu den am konspirativsten operierenden linksextremistischen Vereinigungen gehört. Konsequenterweise beteiligte er sich im Jahre 1980 weder an der Bundestagswahl, noch stellte er bei Landtagswahlen Kandidaten auf. Statt dessen forderte er in seinen Publikationen mit der Parole „Kämpfen statt wählen“ dazu auf, die Wahlen zu boykottieren.

*Boykottaufruf des KABD
zur Bundestagswahl
1980.*

Bundestagswahl 1980

NEIN!

**Diese Stimme zählt!
Damit die Arbeiter siegen,
hab' ich den Kampf gewählt,
nicht die uns betrügen!**

**Kämpfen
statt
Wählen!**

**KOMMUNISTISCHER
ARBEITERBUND
DEUTSCHLANDS**



KABD

Seine Feindschaft gegenüber dem Parlamentarismus präzierte der KABD darüber hinaus in einer Flugschrift wie folgt:

„Viele von Euch dürfen am 5. Oktober wohl zum ersten Mal zur Wahlurne latschen. Da hat man natürlich meist einen gewissen Stolz, daß man jetzt ‚mitreden‘ darf. Wenn man aber die Kiste näher betrachtet, so merkt man, wie es daraus hervorstinkt. Diese Trick-Kiste, der Bundestag, ist das entscheidende Betrugsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiter . . .“

Weitere Themen, denen die Organisation besondere Aufmerksamkeit widmete, waren unter anderem die Ereignisse in Polen, die Diskussion um die mögliche Einführung der 35-Stunden-Woche und die im Frühjahr 1981 anstehenden Lohnverhandlungen, wobei erste Verlautbarungen der Arbeitgeberverbände als „neue Offensive der Monopole zur Ausplünderung der Arbeiterklasse“ bezeichnet wurden. Scharf angegriffen wurde aber auch die Gewerkschaftsführung, deren „Entlarvung“ immer wieder gefordert wird. Die Organisation gehörte ferner zum Kreis der linksextremen Gruppen, die massiv gegen die öffentlichen Gelöbnisfeiern der Bundeswehr agitierten. Der KABD diffamierte diese als „festen Teil im Programm der Monopole zur ideologischen und politischen Krisenvorbereitung“ und rief zum „Kampf gegen die Militarisierung von Staat und Gesellschaft“ auf.

Zu den herausragenden öffentlichen Aktionen des KABD gehörten das „Rote-Fahne-Pressfest“ in Düsseldorf mit über 2 500 Besuchern sowie die Veranstaltung zum „Antikriegstag“ am 30. August 1980 in **Mannheim** mit etwa 1 000 Teilnehmern. Ansonsten beschränkte sich der KABD nach außen hin im wesentlichen auf publizistische Aktivitäten, so auf die Herausgabe des Zentralorgans „Rote Fahne“ (Auflage 1980: 7 000) und auf das Herstellen und Verteilen von Betriebszeitungen; von den letzteren erscheinen in Baden-Württemberg 15 verschiedene Ausgaben.

Wie schon im Jahre 1979 waren auch 1980 die Hilfs- und Nebenorganisationen des KABD, der **„Revolutionäre Jugendverband Deutschlands“ (RJVD)**, die **„Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG)** sowie der **„Bund Kommunistischer Intellektueller“ (BKI)** gehalten, die Ziele der Kernorganisation zu unterstützen. Dem allgemeinen Trend bei den sogenannten „Massenorganisationen“ aller „K-Gruppen“ entsprechend war aber auch in diesem Bereich die öffentliche Resonanz stark rückläufig.

4.6 „Kommunistischer Bund“ (KB)

Der bereits 1971 gegründete **„Kommunistische Bund“ (KB)** konzentrierte 1980 einen erheblichen Teil seiner Tätigkeit darauf, die nach der Abspaltung einer „Zentrumsfraktion“ im Spätherbst 1979 entstandene Verunsicherung unter den verbliebenen Mitgliedern zu überwinden. Einen ersten Schritt dazu sah die Gruppe in der Verabschiedung eines neuen Statuts auf der

KB konnte Mitgliederstand leicht erhöhen.

Delegiertenkonferenz am 5./6. Juli 1980, in dem nunmehr das Recht auf Bildung von „Fraktionen“ innerhalb der Organisation als „wichtiges Instrument zur Klärung politischer Kontroversen“ verankert wurde. Gleichfalls neu für den gesamten Bereich der dogmatischen „Neuen Linken“ war auch die Verabschiedung eines gesonderten „Frauenstatuts“ auf einer bundesweiten „Frauenvollversammlung des KB“ im Juli 1980. Diese und weitere organisatorische Maßnahmen führten dazu, daß die starken Mitgliederverluste im Zeitraum 1978/79 zwar nicht ausgeglichen, aber doch zumindest auf andere Weise aufgefangen werden konnten. So zählte der KB im vergangenen Jahr bundesweit wieder etwa 750 Anhänger (1979: 600, 1978: 1 400), wovon allerdings der überwiegende Teil nach wie vor im Hamburger Raum aktiv ist.

In Baden-Württemberg verfügt der KB unverändert über 5 Stützpunkte in **Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe** und **Pforzheim**, in denen etwa 25–30 Personen organisiert sind. Das Ziel, die Vereinigung in unserem Lande stärker zu verankern, ist bisher nicht erreicht worden.

Die finanzielle Lage des KB hat sich 1980 weiter verschlechtert. Der Verkauf des Organs „Arbeiterkampf“ war wiederum rückläufig, die Auflage sank von 10 000 Exemplaren im Jahr 1979 auf nunmehr etwa 7 000.

4.7 Trotzistische Vereinigungen

Der organisierte Trotzismus in der Bundesrepublik Deutschland präsentiert sich unverändert in Gestalt mehrerer, ausnahmslos mitgliederschwacher Gruppierungen. Stärkste Organisation blieb die „**Gruppe Internationale Marxisten**“ (**GIM**) mit etwa 300 Mitgliedern (1979: 500), die bereits 1969 als deutsche Sektion der sogenannten IV. Internationale gegründet worden war. Die GIM unterscheidet sich programmatisch von den übrigen trotzistischen Vereinigungen nur unwesentlich: Sie orientiert sich an der von TROTZKI entwickelten Lehre von der „permanenten Revolution“, die zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ in Form einer „Räteherrschaft“ hinführen soll.

Der starke Mitgliederverlust im Jahr 1980 schwächte die GIM erheblich. Ihre öffentlichen Aktivitäten waren auch in Baden-Württemberg (Stärke: etwa 70 Mitglieder) rückläufig; die Teilnahme an den Wahlen des Jahres 1980 wurde nicht einmal ernsthaft erwogen. Hinzu kamen wiederum finanzielle Schwierigkeiten, die eine weitere Verringerung der Auflage des Zentralorgans „Was tun“ auf nunmehr 2 500 (1979: 3 000) Exemplare erzwangen.

Die sonstigen trotzistisch orientierten Zirkel blieben ohne nennenswerte Resonanz:

Der 1974 gegründete „**Spartacusbund**“ verbreitete 1980 in Baden-Württemberg nur noch gelegentlich sein Zentralorgan „Spartacus“. Die Tätigkeit der „**Trotzistischen Liga Deutschlands**“ (TLD) in unserem Lande erschöpfte sich in der Herausgabe weniger Flugschriften.

Organisierter Trotzismus bleibt zersplittert.

Die „**Kommunistische Liga**“ (KL) sowie der „**Bund Sozialistischer Arbeiter**“ (BSA) mit seiner Jugendgruppe „**Sozialistischer Jugendbund**“ (SJB) entfalten in Baden-Württemberg keine erkennbaren Aktivitäten mehr.

Die „**Sozialistische Arbeitergruppe**“ (SAG) betätigte sich im Raum **Mannheim-Ludwigshafen** in geringem Umfang publizistisch und organisierte ferner einige öffentliche Veranstaltungen.

Auf die 1979 gegründete „**Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation**“ (ISA) wiesen unverändert regelmäßig verbreitete Flugschriften in **Heidelberg** hin. Die Vereinigung bemühte sich andererseits jedoch vergeblich um den Aufbau einer „**Gruppe Revolutionärer Studenten**“ (GRS) an der Heidelberger Universität.

5. Organisationen der „Alten Linken“

5.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

5.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Der orthodoxe Kommunismus sowjetischer Prägung wurde auch im Jahre 1980 in der Bundesrepublik Deutschland von der „**Deutschen Kommunistischen Partei**“ (DKP) und dem um sie herum existenten „Satellitensystem“ von Hilfs-, Neben- und Tarnorganisationen getragen. Unverändert geblieben ist auch die starre ideologische Anbindung an die von der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) und der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) ausgegebenen politischen „Leitlinien“, die von der DKP mit der Genauigkeit eines „politischen Kompasses“ registriert und befolgt werden. Bekräftigt hat die Partei außerdem ihr im Programm von 1978 festgelegtes Ziel der „grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland“. In realistischer Einschätzung ihrer derzeitigen Möglichkeiten räumt die DKP freilich ein, daß gegenwärtig das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden müsse, „eine spürbare Veränderung des inneren Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte“ zu erreichen, um „eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ herbeizuführen:

„... Wie sich dieser Weg konkret gestalten wird – das hängt vor allem von der Kraft der Arbeiterklasse, von der Stabilität ihres Bündnisses mit den anderen demokratischen Kräften, von der Stärke ihrer revolutionären Partei, aber auch von den Formen des Widerstands der Reaktion ab ... Im harten Kampf muß durch die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk der unvermeidliche Widerstand des Großkapitals überwunden (werden).“

Trotz aller offiziellen und im wesentlichen taktisch bedingten Beteuerungen der Partei, sie erstrebe „diese grundlegenden

Bindung der DKP an KPdSU und SED „unerschütterlich“.

Umgestaltungen auf der Basis der demokratischen Prinzipien und Rechte des Grundgesetzes“, machen führende Funktionäre im internen Kreis keinen Hehl daraus, daß die „sozialistische Umwälzung“ nur „im harten Klassenkampf“ durchgesetzt werden könne. Dieser weise, so wird betont, überall

„... gemeinsame Züge auf, die von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten geprägt sind, wie sie von MARX, ENGELS und LENIN dargelegt und durch die Praxis der Oktoberrevolution wie auch aller nachfolgenden sozialistischen Umwälzungen bestätigt wurden.“

Die „sozialistische Revolution“ ist weiterhin das „unverrückbare Ziel“ der DKP. Auf diese programmatische Etappenforderung hat sie denn auch ihre Mitglieder verpflichtet:

„... Die Prinzipien des innerparteilichen Lebens der DKP werden geprägt von der marxistischen Weltanschauung und der Gemeinsamkeit der politischen Ziele. Diese Gemeinsamkeit macht die Mitglieder der DKP zu einer einheitlichen und solidarisch handelnden Kampfgemeinschaft. Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, daß nur ein einheitliches, von der ganzen Partei getragenes Handeln das Unterpfand ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke ist ...“

Diese Verpflichtung zur Linientreue wurde im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) am 30. Oktober 1980 neu bekräftigt:

„... Wir kennen keine verschiedenen Kategorien von Parteimitgliedern. Bei uns zählt immer nur, wie sich der Genosse in seiner Treue zu unserer gemeinsamen Sache, in seinem Einsatz als Kämpfer für unsere gemeinsamen Ziele bewährt ...“

So war es nur folgerichtig, daß auch 1980 weder die Sowjetunion noch die DDR Anlaß sahen, an der „unerschütterlichen Verbundenheit“ der DKP zum „sozialistischen Lager“ zu zweifeln. Die Haltung der Partei zum Olympia-Boykott, zur militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan wie auch zur Lage in Polen entsprach ohne jede Einschränkung der Interpretation dieser Vorgänge durch die KPdSU und die SED. Der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Erich HONECKER, konnte dementsprechend Ende des Jahres 1980 die „brüderlichen Beziehungen“ zwischen seiner Partei und der DKP mit der Verleihung des „Karl-Marx-Ordens“, der höchsten Auszeichnung der DDR, an den stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Hermann GAUTIER unterstreichen.

5.1.2 Organisation, Mitgliederentwicklung und Finanzierung

Der organisatorische und strukturelle Auf- und Ausbau der am 26. September 1968 „neukonstituierten“ kommunistischen Partei hatte sich zunächst außerordentlich rasch vollzogen. Dies lag

**Mr. Carter,
Amoklauf
ist keine
olympische
Disziplin**

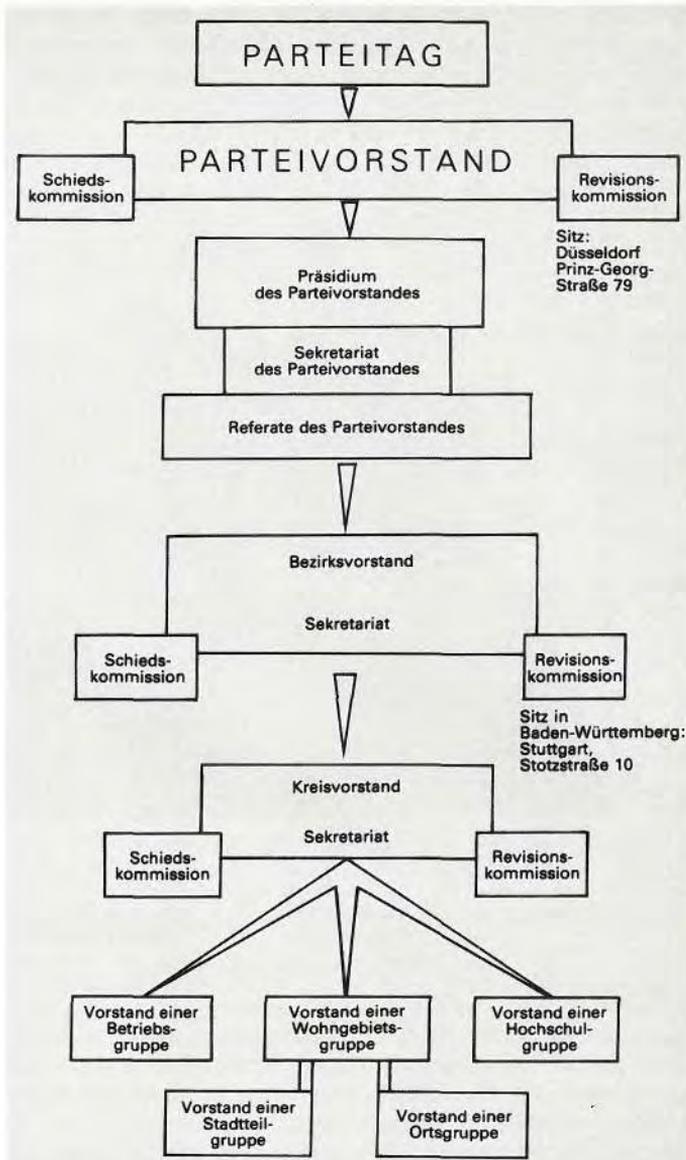
*Plakat der DKP zum
Olympia-Boykott.*



Mit diesem Plakat, das in allen DKP-Büros erhältlich ist, protestiert die DKP gegen Carters Boykottversuche.

vor allem daran, daß sich die DKP in beachtlichem Umfang auf die Mitarbeit zu diesem Zeitpunkt noch existenter illegaler Kader der durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 verbotenen und aufgelösten alten „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) stützen konnte. In wenigen Jahren entwickelte sich die DKP zur bei weitem mitglieder- und finanzstärksten linksextremistischen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland.

Die im Bundesgebiet (außer Westberlin) aktiven 12 DKP-Bezirksorganisationen (vgl. grafische Darstellung) werden ideologisch und politisch vom Parteivorstand und dessen Präsidium (mit Sitz in Düsseldorf) angeleitet und organisatorisch straff geführt.



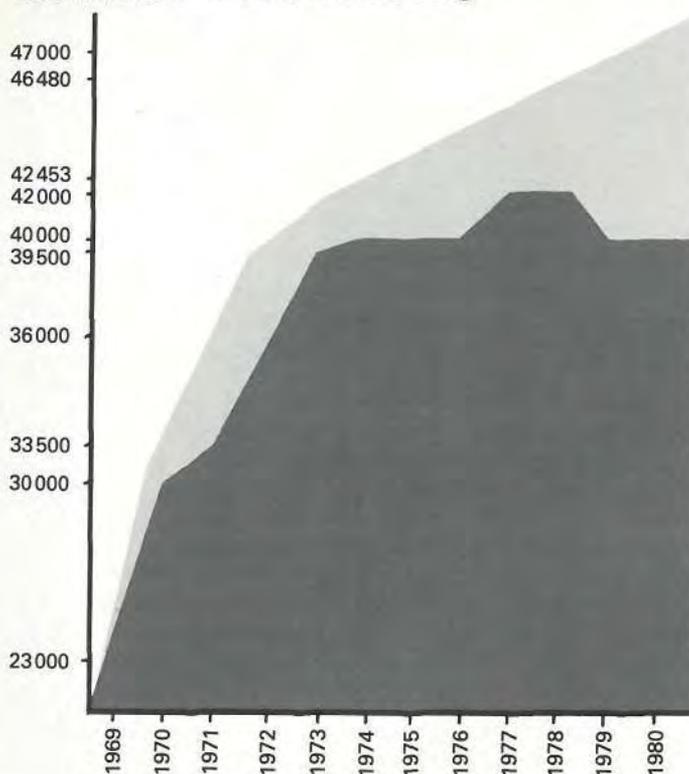
**DKP ist unverändert
stärkste links-
extremistische Partei.**

Nach eigenen Angaben hat die DKP 1980 etwa 47 000 Mitglieder umfaßt und damit ihren bislang größten personellen Bestand erreicht. Etwa 70 % ihrer Anhänger sollen jünger als 30 Jahre alt sein. Verglichen mit der letzten parteioffiziell genannten Mitgliederzahl (auf dem Mannheimer Parteitag im Oktober 1978 wurde die Stärke der Partei mit 46 480 Angehörigen beziffert), hätte die DKP somit innerhalb zweier Jahre nach eigener Darstellung allenfalls 500 Mitglieder neu hinzugewinnen können.

Nach zuverlässigen Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden sind diese offiziellen Angaben freilich überhöht; der Partei dürften

auch 1980 nicht mehr als 40 000 Mitglieder angehört haben. Die von der DKP 1980 in einer breiteren Öffentlichkeit angekündigte Kampagne „Gewinnung von Tausenden von Betriebsarbeitern“ hatte ersichtlich nicht den erhofften Erfolg.

Entwicklung des Mitgliederstandes der DKP.



Zeichenerklärung: von den Verfassungsschutzbehörden geschätzt:
nach eigenen Angaben der Partei:

Die im wesentlichen für Baden-Württemberg zuständige DKP-Bezirksorganisation (Sitz: **Stuttgart**, Stotzstraße 10) stützt sich unverändert auf 23 Kreisorganisationen, in denen 120 sogenannte Grundeinheiten aktiv sind:

Zahl der Grundeinheiten der DKP in Baden-Württemberg (Zahlen in Klammern: Stand 1979)		
Wohngebietsgruppen	Betriebsgruppen	Hochschulgruppen
89 (90)	17 (18)	14 (13)

Die DKP hat damit im Jahre 1980 ihre Organisation in Baden-Württemberg trotz erheblicher Anstrengungen nicht weiter ausbauen können. Die Zahl ihrer Mitglieder (1979: knapp 2 900) war sogar leicht rückläufig und betrug zum Jahresende 1980

noch etwa 2 700. Der DKP-Bezirksvorstand in Stuttgart hat deshalb mehrmals einzelne Grundeinheiten gerügt, weil sie bei ihren Bemühungen, neue Mitglieder für die „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zu gewinnen, zu geringe Erfolge nachweisen konnten. Obwohl in einigen Grundeinheiten, etwa in **Mannheim**, ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war, scheint insgesamt auch bei der DKP die Periode rascher Fortschritte im weiteren personellen Aufbau der Organisation ihr Ende gefunden zu haben. Der Umstand, daß die Gesamtstärke der Partei seit Jahren bei etwa 40 000 Mitgliedern stagniert, legt den Schluß nahe, daß die DKP das angesichts ihrer starren ideologischen Ausrichtung mobilisierbare Potential weitgehend ausgeschöpft hat.

Der DKP standen auch 1980 zur Finanzierung ihrer teilweise aufwendigen Aktivitäten – vor allem im Zusammenhang mit Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen – wieder erhebliche Geldmittel zur Verfügung. Wie die Partei selbst angibt, will sie – ähnlich wie in den Vorjahren – lediglich knapp 15 Millionen Mark eingenommen und damit ihren gesamten Parteiapparat unterhalten haben.

Mit diesem von der DKP genannten Betrag war indes eine auch nur annähernde Deckung der Gesamtkosten für den sehr aufwendigen hauptamtlichen Funktionärskörper, die Ausrichtung zahlreicher Großveranstaltungen und Parteitage, die enormen Wahlkampfkosten, die Finanzierung des Schulungswesens sowie der umfänglichen Presseagitationsarbeit mit Sicherheit nicht möglich. Vielmehr gibt es sichere Anhaltspunkte dafür, daß die DKP auch im Jahre 1980 für die Finanzierung ihrer Parteiarbeit direkte und indirekte geldwerte Zuwendungen in Höhe von mehr als 50 Millionen DM aus der DDR erhalten hat.

5.1.3 Schwerpunkte der Agitation

Um ihrem an sich selbst gestellten Anspruch, die „konsequenteste Vertreterin des arbeitenden Volkes“ zu sein, gerecht zu werden, setzte die DKP ihre freilich nur vereinzelt erfolgreichen Bemühungen fort, aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Probleme in stark verzerrender, „klassenkämpferischer“ Weise öffentlich zu erörtern. Die von ihr überwiegend bundesweit veranstalteten Kampagnen richteten sich mit Schwerpunkt gegen die sogenannten Berufsverbote, gegen die angeblich „unaufhaltsame Rechtsentwicklung“ in unserem Staat, gegen das „Atomprogramm der Bundesregierung“ sowie gegen tatsächliche und behauptete Umweltbelastungen. Darüber hinaus erhoffte sich die DKP von „Aktionseinheiten“ mit demokratischen Organisationen gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979 eine größere Beachtung für sich und ihre in den Vordergrund gerückten Nahziele.

Die überregional mitunter mit großem materiellem Einsatz geführten Kampagnen der Partei wurden ergänzt durch vielfältige Aktionen auf lokaler Ebene, die zumeist von der Absicht getragen waren, sich als „einziger Sachwalter“ der Interessen und Belange der Bürger und als alleiniger Wahrer ihrer verfas-

sungsmäßigen Rechte darzustellen. So äußerten sich die örtlichen Grundeinheiten der DKP kritisch zu Problemen der Verkehrsplanung und der Stadtansanierung, bemängelten kommunale Haushaltssatzungen, kritisierten Miet- und Heizkostenerhöhungen und forderten einen Baustopp für Sonderdeponien und Müllverbrennungsanlagen.

DKP-Stadtzeitungen.



Wie Einzelergebnisse der Kommunalwahlen des Jahres 1980 zeigen, ist es der DKP punktuell auch gelungen, aus solchen in örtlichen Bereichen auftretenden Problemen für sich Nutzen zu ziehen.

5.1.4 Publikationswesen und Schulung

Der Großteil der die Öffentlichkeit erreichenden Agitation der DKP ist untrennbar verbunden mit dem über Jahre hinweg aufgebauten breitgefächerten Publikationswesen. Das bereits seit 1969 erscheinende Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) wird täglich in einer Auflage von 35 000 Exemplaren hergestellt, die Wochenendausgabe umfaßt sogar 65 000 Exemplare. Als „theoretisches Organ“ gibt der Parteivorstand in Düsseldorf

ferner die Zweimonatsschrift „Marxistische Blätter“ in einer Auflage von 8 000 Stück heraus. Daneben werden überregional verbreitet:

- der „DKP-Pressedienst“
- die „DKP-Informationen“
- die „Landrevue-Informationen für die Landbevölkerung“
- die Zeitschrift „Praxis“.

*Überregional verbreitete
Publikationen der DKP.*



Mit großem Nachdruck betrieb die Partei wiederum die Herstellung sogenannter Klein-Zeitungen in den einzelnen Bezirksverbänden. In Baden-Württemberg blieb die Gesamtzahl der in recht unterschiedlicher Aufmachung verbreiteten Betriebs-, Stadt- und Hochschulzeitungen insgesamt nahezu konstant.

Zahl der DKP-Zeitungen in Baden-Württemberg (Zahlen in Klammern: Stand 1979)		
Orts- und Stadt- zeitungen	Betriebs- zeitungen	Hochschul- zeitungen
42 (49)	23 (19)	8 (6)

Bemerkenswert ist allerdings der leichte Anstieg der DKP-**Betriebszeitungen**. Er unterstreicht die Tatsache, daß die orthodoxen Kommunisten der Betriebsarbeit unverändert besondere Bedeutung beimessen.

DKP-Betriebszeitungen.



Parteischulung

In ihren Grundeinheiten müssen sich die DKP-Mitglieder zunächst mit den Zielen und Aufgaben der „revolutionären Arbeiterpartei“ in den Veranstaltungen der **„Marxistischen Arbeiterbildung“ (MAB)** und auf den von der DKP unmittelbar durchgeführten „Bildungsabenden“ vertraut machen. Daneben richten die örtlichen Gliederungen gesonderte Schulungszirkel ein, um vor allem Neumitglieder mit Theorie und Praxis der Partei bekannt zu machen. In einem „Leitfaden für die Gruppenarbeit der DKP“ wird hierzu ausgeführt:

„... Es ist erforderlich, daß der neue Genosse fest in die Arbeit und das Leben der Gruppe einbezogen wird... Gesichert muß sein, daß mit dem neuen Mitglied ein enger persönlicher Kontakt gehalten wird, politisch-ideologische Fragen ständig, auch in persönlichen Gesprächen, diskutiert werden...“

Der Vorstand hat dafür Sorge zu tragen, daß den neuen Genossen jede Hilfe zuteil wird, um sie schnell zu aktivem politischem Handeln für die Partei zu befähigen . . ."

Darüber hinaus drängt die DKP ihre Angehörigen mit besonderem Nachdruck zum Besuch speziell eingerichteter Schulungskurse. Hierzu stehen für „fortgeschrittene Mitglieder“ folgende Schulungseinrichtungen zur Verfügung:

- das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF) in Frankfurt/Main
- die „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“ bei den DKP-Bezirksvorständen
- die „Karl-Liebknecht-Schule“ der DKP in Leverkusen
- das „Friedrich-Engels-Zentrum“ in Wuppertal sowie
- Schulungseinrichtungen der SED in Ostberlin und der KPdSU in Moskau.

Nicht zuletzt mit Hilfe dieses straff organisierten Schulungssystems ist es der DKP in den vergangenen Jahren gelungen, ernstzunehmende oppositionelle Strömungen in der Partei gar nicht erst aufkommen zu lassen und Ansätze hierfür sofort zu isolieren.

Verlage und Druckereien

Für die Herstellung und Verbreitung der zahlreichen Parteipublikationen bedient sich die DKP einer Reihe von Verlagen und Buchhandlungen, die teilweise bereits seit Jahren eng mit ihr zusammenarbeiten. Die wichtigsten dieser Firmen – 1980 waren es 13 Verlage und 36 „collectiv“-Buchhandlungen – gehören der im Jahre 1969 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler

Der DKP nahestehende Verlage und Buchhandlungen.

Verlage



Verlag Marxistische Briefe (VMB)
Bismarckstr. 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211 37 91 21



Verlag Arbeiterbewegung (WA)
Bismarckstr. 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211 37 91 21



Verlag Arbeiterbewegung (prv)
Bismarckstr. 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211 37 91 21



Verlag Arbeiterbewegung (N)
Bismarckstr. 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211 37 91 21



Verlag Arbeiterbewegung (RV)
Bismarckstr. 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211 37 91 21



Verlag Arbeiterbewegung (d)
Bismarckstr. 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211 37 91 21



Verlag Arbeiterbewegung (K)
Bismarckstr. 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211 37 91 21



Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Klosterstr. 10
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 31 24 14



Marxistische Briefe (MB)
Klosterstr. 10
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 31 24 14



Marxistische Briefe (prv)
Klosterstr. 10
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 31 24 14



Marxistische Briefe (N)
Klosterstr. 10
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 31 24 14



Marxistische Briefe (RV)
Klosterstr. 10
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 31 24 14



Marxistische Briefe (d)
Klosterstr. 10
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 31 24 14



Marxistische Briefe (K)
Klosterstr. 10
6000 Frankfurt 1
Tel. 069 31 24 14

collectiv-Buchhandlungen

- 1980 Berlin, Lichtenberg 2**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 1**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 2**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 3**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 4**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 5**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 6**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 7**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 8**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 9**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 10**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 11**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 12**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 13**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 14**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 15**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 16**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 17**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 18**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 19**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 20**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 21**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 22**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 23**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 24**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 25**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 26**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 27**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 28**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 29**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31
- 1980 Berlin, Mitte 30**
Karl-Liebknecht-Straße 2
Tel. 030 41 31 31

Adressen der Arbeitsgemeinschaft

sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ an, deren Vorsitzender ein Mitglied des DKP-Parteivorstands ist. Die „Arbeitsgemeinschaft“ bietet seit Jahren ein breitgefächertes Sortiment an, das neben der eigentlichen Parteipublizistik

auch unpolitische Unterhaltungsliteratur umfaßt. Zu den bedeutendsten, mit der DKP in ständiger geschäftlicher Verbindung stehenden Unternehmen gehört die „Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH“ in Neuß, die unter anderem das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“, aber auch die „Deutsche Volkszeitung“ – Sprachrohr der „Deutschen Friedensunion“ (DFU) – und „die tat“ – Organ der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) – herstellt. In diesem Zusammenhang ist außerdem der „Pahl-Rugenstein-Verlag“ in Köln zu nennen, zu dessen Autoren bekannte Funktionäre kommunistischer sowie kommunistisch beeinflusster Organisationen zählen.

5.1.6 Beteiligung an Wahlen

Die DKP fordert seit Jahren, den „außerparlamentarischen Kampf eng mit dem Streben um die Veränderung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses“ zu verbinden. In dieser Frage stützt allerdings das Abschneiden der Partei bei der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 und bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 16. März 1980 die Lageeinschätzung führender Funktionäre, man brauche für eine „grundlegende Verbesserung (der) Stimmenergebnisse einen langen Atem“. Immerhin errang die DKP aber bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg am 22. Juni 1980 einige auch überregional beachtete punktuelle Erfolge.

Punktuelle Wahlerfolge auf örtlicher Ebene.

Bundestagswahl

Auf welcher geringen Resonanz in der Bevölkerung die DKP in der gegenwärtigen politischen Situation bei einer überregionalen Wahl stößt, verdeutlicht das Ergebnis der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980: Der Umstand, daß sie – im Gegensatz zum KBW und der VOLKSFRONT – in **allen** Wahlkreisen auch Direktbewerber (mit den Listenkandidaten zusammen immerhin 574 Personen) aufzustellen in der Lage war, konnte den im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 drastischen Stimmenrückgang nicht verhindern. In Baden-Württemberg verlor sie nahezu 5 000, im gesamten Bundesgebiet fast 47 000 ihrer Zweitstimmen. Die bundesweit verbliebenen 71 600 Zweitstimmen entsprechen annäherungsweise noch dem eigenen Mitgliederpotential unter Einschluß derjenigen Organisationen, die der DKP eng verbunden sind.

Bundestags-Wahlergebnisse der DKP (bundesweit)					
Bundestagswahl 1980		Bundestagswahl 1976		Differenz	
Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
E 107 158	0,3	E 170 855	0,5	-63 597	-37,2
Z 71 600	0,2	Z 118 581	0,3	-46 981	-39,6

Bundestags-Wahlergebnisse der DKP in Baden-Württemberg

Bundestagswahl 1980		Bundestagswahl 1976		Differenz	
Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
E 13 062	0,2	E 19 147	0,4	-6 085	-31,78
Z 7 634	0,1	Z 12 524	0,2	-4 890	-39,05

Mit Stimmenverlusten in dieser Höhe hatte die DKP offensichtlich nicht gerechnet, zumal der Wahlkampf wiederum mit beträchtlichem finanziellem und publizistischem Aufwand geführt worden war: der Parteivorstand hatte im gesamten Bundesgebiet drei in großer Auflage hergestellte Wahlkampfproschüren verbreiten lassen. Daneben wurde eine kaum übersehbare Menge von Druckschriften wie Nachbarschaftsbriefe einzelner Kandidaten und Extra-Ausgaben von Betriebs- und Stadtzeitungen verteilt. Auch eine große Zahl von Wahlveranstaltungen, Informationsständen und Hausbesuchen gehörte schließlich zu dieser aufwendigsten Wahlkampagne der DKP seit Bestehen der Partei.

Daß trotz dieses materiellen Aufwandes und der intensiven Inpflichtnahme der Mitglieder im Wahlkampf der Stimmenanteil der DKP deutlich hinter den Erwartungen der Führung, aber auch der „einfachen Mitglieder“ zurückblieb, wurde vom Präsidium vor allem mit der „antidemokratischen 5-Prozent-Klausel“ erklärt. Weiter hieß es in der „Erklärung des Präsidiums der DKP“ (veröffentlicht in der „UZ“ vom 7. Oktober 1980):

„... . Darüber hinaus sah sich unsere Partei einer massiven antikommunistischen Verketzerung ausgesetzt. Gegen die DKP wirkte das Klima der Diskriminierung durch die Berufsverbote . . . Hinzu kam die nahezu totale Ausschaltung aus den Massenmedien und die vor allem von der SPD-Führung verbreitete Auffassung, eine Stimme für die DKP sei in Anbetracht der 5-Prozent-Klausel eine verlorene Stimme.“

Landtagswahl in Baden-Württemberg

Auch bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 16. März 1980, bei der die DKP in 64 der 70 Wahlkreise kandidierte, blieb das Ergebnis hinter den parteiinternen Erwartungen zurück: die DKP erhielt insgesamt nur noch 11 738 Stimmen, das entsprach einem Stimmenanteil von 0,3 Prozent. Im Jahre 1976 waren auf sie – obwohl sie damals nur in 56 Wahlkreisen hatte Bewerber aufstellen können – noch 18 762 Stimmen (= 0,4%) entfallen. Das Ergebnis von 1980 bedeutete somit einen Verlust von 7 024 Stimmen. Mehr als ein Drittel der Wähler von 1976 hatten damit der DKP die weitere Gefolgschaft verweigert. Dieser Stimmenrückgang wog um so schwerer, als die Partei ersichtlich nicht einmal von der Präsenz ihrer Mandatsträger in den Kreistagen der Landkreise **Tübingen** und **Esslingen/Neckar** sowie in den Kommunalvertretungen von **Mannheim**, **Heidenheim** und **Tü-**

bingen profitieren konnte: Im Wahlkreis **Tübingen** ging die Zahl ihrer Wähler von 1 246 Stimmen (= 1,6%) im Jahr 1976 auf nunmehr 383 (= 0,5%) zurück. Ihre höchste Stimmzahl erreichte die DKP im Wahlkreis **Mannheim I** mit 433 Stimmen (= 1%); selbst hier mußte sie gegenüber der Landtagswahl 1976 (563 Stimmen) Verluste hinnehmen.

Kommunalwahl in Baden-Württemberg

Anders als bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Baden-Württemberg konnte die DKP bei der Gemeinderatswahl am 22. Juni 1980 immerhin eine Reihe von Einzelerfolgen verbuchen. Sie hatte lediglich schwerpunktartig in 25 Gemeinden Kandidaten aufgestellt (insgesamt 594 Bewerber) und war in zwei Gemeinden (**Esslingen** und **Schwäbisch Hall**) Wahlbündnisse mit örtlichen Wählerinitiativen eingegangen. In einer Reihe von Gemeinden gelangen ihr sowohl Stimmen- als auch Mandatsgewinne: In **Tübingen** erhöhte sich die Zahl ihrer Sitze im Gemeinderat auf drei; sie zog hiernach erstmals mit einer eigenen Fraktion in ein Stadtparlament ein. In **Heidenheim** gewann die DKP ein zweites Mandat hinzu, während sie in **Mannheim** ihren Sitz im Stadtrat behaupten konnte.

5.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die 1968 gegründete SDAJ hielt auch 1980 daran fest, unter Führung der DKP, der „Partei der Arbeiterklasse“, die Errichtung der „sozialistischen Bundesrepublik Deutschland“ anzustreben. Auf der Basis der Lehren von MARX, ENGELS und LENIN unternimmt die Organisation deshalb alle Anstrengungen, damit „sozialistische Auffassungen unter der Jugend Verbreitung finden“. Sowohl die programmatische Anbindung an die DKP, als auch die enge personelle Verflechtung mit dieser Partei – zahlreiche Mitglieder der SDAJ-Bundesvorstandes, darunter der Vorsitzende Werner STÜRMAN, sowie Angehörige der einzelnen Landesvorstände sind gleichzeitig Mitglieder der DKP – ließen keinerlei Raum für von der DKP-Parteilinie abweichende Initiativen der SDAJ.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der „sozialistischen Jugendorganisation“ war 1980 neben der massiven Unterstützung der DKP-Kandidaten bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen sowie der Mitwirkung an der Kampagne gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Franz-Josef STRAUSS eine bundesweite Aktion unter dem Motto „Wir rechnen ab“. Deren Ziel wurde vom SDAJ-Bundesvorsitzenden STÜRMAN im November 1980 wie folgt skizziert:

„... Mit dieser Aktion prangern wir an, was Unrecht ist ... den, der Politik gegen die Jugend betreibt, der ausbeutet und schlecht ausbildet ... Wir rechnen ab mit schikanierenden Ausbildern, mit überfüllten Klassenzimmern und Lehrermangel, mit Mietwucher und Wohnungsspekulation ...“

SDAJ-Tätigkeit dient gänzlich der Unterstützung der DKP.

Wahlaufruf der SDAJ
zugunsten der DKP.

Lehrlinge und Schüler forderte die SDAJ auf, in „Meldezetteln“ Mißstände zu schildern, die sodann in einem „Sündenregister“ zusammengefaßt und im Juni 1981 anlässlich des „Festivals der Jugend“ in Dortmund veröffentlicht werden sollen.



Wir steh'n
auf Typen, die
sich wehren

SDAJ
Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend

DKP 
Die linke Alternative

Erneut gescheitert sind im Jahre 1980 die Bemühungen der SDAJ, in den Bundesjugendring aufgenommen zu werden. Auf der 52. Vollversammlung des „Deutschen Bundesjugendrings“ (DBJR) am 20. November 1980 in Ludwigshafen wurde der Aufnahmeantrag wiederum abgelehnt. Dessen ungeachtet setzte die SDAJ in Baden-Württemberg – allerdings erfolglos – ihre Anstrengungen fort, Eingang in weitere Kreis- und Stadtjugendringe zu finden. Sie unterlag erneut in **Weil am Rhein** bei der Abstimmung über die Aufnahme in den dortigen Stadtjugendring.

Der Landesverband Baden-Württemberg der SDAJ umfaßte 1980 11 Kreisverbände, denen etwa 50 örtliche Gruppen mit rund 800 – 900 organisierten Mitgliedern (1979: etwa 1000)

zurechnen waren. Damit mußte auch die Jugendorganisation der DKP in Baden-Württemberg einen leichten Mitglieder-schwund hinnehmen, während, bezogen auf das gesamte Bundesgebiet, sich der Mitgliederstand gegenüber dem Vorjahr



„Elan“ – Jugendmagazin der orthodox-kommunistischen SDAJ.

bei etwa 15 000 Angehörigen stabilisiert hat. In Baden-Württemberg vermochte es die SDAJ nicht, ihr örtliches Publikationswesen zu verstärken: Die Zahl der lokalen Zeitungen ging weiter zurück, einige erschienen nur noch in größeren zeitlichen Abständen. Lediglich das bundesweit verbreitete „Sprachrohr“ der Organisation, die Zeitschrift „elan“, erreichte regelmäßig die SDAJ-Mitglieder in unserem Land. Außerdem vermochte die Vereinigung nur bei wenigen öffentlichen Veranstaltungen, die dann allerdings landesweit beschickt wurden (Beispiel: Pfingstfestival 1980 in **Stuttgart**) eine größere Zahl von Teilnehmern zu mobilisieren.

5.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Junge Pioniere: Träger orthodox-kommunistischer „Kinderarbeit“.

Die 1974 auf Initiative der DKP gegründeten „**Jungen Pioniere**“ (JP) sind seit Jahren der eigentliche Träger kommunistischer „Kinderarbeit“ im Bundesgebiet. Die Organisation konzentrierte ihre ganze Aktivität darauf, mit Hilfe eines breit gefächerten jugendpflegerischen Programms, bei dem die tatsächlich verfolgten politischen Absichten meist nicht erkennbar werden, Einfluß auf Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren zu nehmen, um sie auf diese Weise allmählich an die kommunistische Kinderorganisation heranzuführen. Ein Mittel hierfür ist nach wie vor das Bemühen, möglichst viele Kinder zur Teilnahme an Ferienlagern in der DDR zu bewegen. Diese Reisen, die unter dem Motto „Wir fahren in ein kinderfreundliches Land“ relativ preisgünstig angeboten werden, bieten nahezu immer Ansatzpunkte für die

Werbung der „Jungen Pioniere“ und der DKP für eine Teilnahme an Ferienlagern in der DDR.



Gewinnung neuer Interessenten. Wegen der angeblich schlechten Lage der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland stellte die Gruppe andererseits auf ihrem 3. Bundeskongreß im Februar 1980 ein umfangreiches „Kinder-Förderungsprogramm“ auf, dessen Ziel nicht zuletzt darauf gerichtet ist, in den Genuß

öffentlicher Mittel von Behörden im Bundesgebiet für die eigene Kinderarbeit zu gelangen. Neben einer Reihe von „Sofortforderungen“ verlangt die kommunistische Nebenorganisation „kostenlose Räume und finanzielle Förderung für die Arbeit demokratischer Kinder- und Jugendorganisationen ohne politische Vorbedingung“.

Für die Funktionäre der „Jungen Pioniere“ unterliegt es keinem Zweifel, daß sich ihre Aufgabe nicht auf die Veranstaltung „bunter Nachmittage“ beschränkt. Vielmehr gehört es zum eigentlichen Auftrag der Vereinigung – dies wird durch den Einsatz von DKP-Mitgliedern als Pionierleiter unterstrichen –, die die Kinder nach Erreichen des 14. Lebensjahres für den Übertritt in die SDAJ und schließlich in die DKP vorzubereiten. Der Vorsitzende der JP, Achim KROOSS, der beziehungsweise der DKP und der SDAJ angehört, machte aus diesem Parteauftrag in einer Rede auf dem 3. Bundeskongreß seiner Organisation auch gar keinen Hehl:

„... Auf Kommunisten war und ist immer Verlaß, wenn es um die Rechte der Kinder unseres Landes geht, ... wenn jemand die Frage stellen sollte, ob denn viele Pionierleiter auch Genossen der DKP sind, so antworten wir darauf: ‚Ist doch logo‘ ...

Als Jugendlicher gehörst du in die SDAJ ... Begeistern wir immer mehr Pioniere für eine Mitgliedschaft in der SDAJ!“

Daß dieses verdeckte taktische Vorgehen inzwischen gewisse Erfolge bringt, wird durch das kontinuierliche Ansteigen der Mitgliederzahlen unterstrichen: Die JP haben im Jahre 1980 die Zahl ihrer Mitglieder im Bundesgebiet von 2 500 auf etwa 3 000 erhöhen können. In Baden-Württemberg dürften in der Organisation derzeit knapp 200 Kinder erfaßt sein.

Wichtigstes Publikationsorgan blieb auch in unserem Lande die von der JP-Bundesleitung herausgegebene Zeitschrift „Willibald“. Die regelmäßige Verbreitung lokaler Informationsblätter ist hier bislang nicht gelungen.

5.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen

Die DKP hat in jüngster Zeit ihre Anstrengungen verstärkt, im Rahmen der von ihr als äußerst wichtig eingestuften „Bündnispolitik“ Kontakte zu anderen – auch demokratischen – Organisationen, zu „Komitees“ und „Initiativen“ zu knüpfen. Unverändertes Ziel ist es dabei, ein breites Aktionsbündnis „aller demokratischen Kräfte“ zu erreichen, auf das die Partei allmählich einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen hofft. Zugleich versucht sie, solche Gruppierungen durch den verdeckten Beitritt einzelner DKP-Angehöriger dauerhafter zu beeinflussen. Andererseits legt die Partei in Fällen, in denen es ihr taktisch vorteilhaft erscheint, die Zugehörigkeit eigener Mitglieder zu anderen Organisationen – etwa zu einzelnen Gewerkschaften – teilweise geradezu bekennend offen.

Für ihre „Bündnisstrategie“ stehen der DKP dann, wenn sie selbst aus naheliegenden Gründen im Hintergrund bleiben

„Bündnispolitik“: Wichtiger Bestandteil kommunistischer Strategie.

möchte, mehrere von ihr seit Jahren in unterschiedlichem Maße beeinflusste Organisationen zur Seite, so

- die „**Deutsche Friedens-Union**“ (DFU)
- die „**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten**“ (VVN-BdA)
- die „**Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner**“ (DFG-VK)
- das „**Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit**“ (KFAZ).

Publikationen der wichtigsten von der DKP beeinflussten Organisationen.



Diese Organisationen waren teilweise vor Jahren auf Betreiben von Kommunisten gegründet worden, andere hatten sich zunächst ohne erkennbaren linksextremistischen Einfluß gebildet, wurden aber später zum Zielobjekt kommunistischer Unterwanderung. Die Intensität des Einflusses der DKP ist dabei unterschiedlich: während in einigen dieser rechtlich selbständigen Vereinigungen wesentliche Entscheidungen gegen den Willen der DKP kaum denkbar sind, können in anderen trotz des spürbaren kommunistischen Einflusses in einer gewissen Bandbreite auch eigene Meinungen und Vorstellungen entwickelt und vertreten werden.

5.4.1 „Deutsche Friedens-Union“

Die DFU ist unverändert eine der aktivsten Organisationen im Rahmen kommunistischer Bündnispolitik. Ihre Agitation erstreckt sich fast ausschließlich auf Bereiche, in denen auch die DKP propagandistisch tätig wird. So intensivierte die DFU 1980 die Kampagne gegen die „Stationierung der Neutronenbombe und neuer Atomraketen“ und unterstützte in diesem Zusammenhang vorbehaltlos den am 15./16. November 1980 beschlossenen „Krefelder Appell“, in dem der NATO-Nachrüstungsbeschluß als „verhängnisvolle Fehlentscheidung“ bezeichnet wird. Zu dem Appell bekannten sich inzwischen auch alle anderen von der DKP beeinflussten Organisationen. Weiterhin beteiligte sich die DFU an der bereits seit Jahren intensiv geführten „Kampagne gegen die Berufsverbote“ sowie an weiteren Aktionen, deren Ziel es war, gegen den angeblich in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden „Antikommunismus“ zu protestieren. Bei ihrer propagandistischen Tätigkeit legte die DFU bislang stets besonderen Wert darauf, jeglichen Akzent, der als offene Unterstützung der DKP gewertet werden könnte, zu vermeiden. Anläßlich der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 16. März 1980 und der Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 bekannte die Organisation freilich unverhohlen ihre Sympathie für die kommunistische Partei. Zur Landtagswahl erklärte sie:

„... Es ist eines demokratischen Staates unwürdig, Kommunisten nicht in seinen Parlamenten und Institutionen ertragen zu können. Die Bundesrepublik jedoch ist eine der wenigen westlichen Demokratien, in denen Kommunisten Berufsverbote erhalten und mit Hilfe der 5-%-Klausel aus den Parlamenten verbannt sind.

Eine Stimmabgabe für Kandidaten der DKP vermag zwar diesen Zustand kurzfristig nicht zu verändern, sie wäre aber eine gesellschaftspolitisch bedeutsame Antwort auf den Antikommunismus...“

Und ein Flugblatt zur Bundestagswahl enthielt schließlich den unübersehbaren Hinweis:

„... Beziehen Sie in Ihre Prüfung nicht nur die etablierten Parteien, sondern auch solche mit ein, die – wie etwa die DKP-Kandidaten – seit Jahren die Initiativen und Bewegungen der Bevölkerung unterstützen...“

Es muß als demonstrative Würdigung der langjährigen prokommunistischen Grundhaltung und Tätigkeit der DFU in der Bundesrepublik Deutschland gewertet werden, daß am „Geburtsfest“ aus Anlaß ihres 20jährigen Bestehens am 17. Dezember 1980 in **Stuttgart** Vertreter der Botschaften Äthiopiens, Afghanistans, Bulgariens, Kubas, Polens, der CSSR, der UdSSR sowie der Ständige Vertreter der DDR in Bonn teilnahmen. Im Rahmen dieses Jubiläums unterstrich die DFU erneut ihre Nähe

zu kommunistischen Vorstellungen. In der Broschüre „20 Jahre Deutsche Friedens-Union“ bezeichnete sie das 1956 vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene Verbot der (alten) KPD als „schwarzen Tag in der Geschichte der Bundesrepublik und ihrer demokratischen Entwicklung.“

5.4.2 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Die unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges gegründete VVN-BdA ist inzwischen eine der mitgliederstärksten prokommunistischen Organisationen, die in besonderer Weise dem Einfluß der DKP unterliegt. Zahlreiche Vorstandsmitglieder auf Bundes- und Landesebene sind gleichzeitig Mitglieder der DKP. Mehrere ihrer Funktionäre, darunter auch Angehörige des Landesverbandes Baden-Württemberg der VVN-BdA, bekennen sich öffentlich zu ihrer Mitgliedschaft in der DKP.

Der überwiegende Teil ihrer Veranstaltungen und ihrer publizistischen Aktivitäten war auch im Jahre 1980 von einer Kritik an angeblich ständig wachsenden, entspannungsfeindlichen und undemokratischen Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland geprägt. Dabei bewirkten die engen Verbindungen der VVN-BdA zu einigen gleichgesinnten Organisationen im Ausland, daß insbesondere tendenziös gefärbte Darstellungen vom „wiedererwachten deutschen Faschismus“ in europäischen Nachbarländern mitunter bereitwillig aufgenommen und geglaubt wurden. Dem bewußt geschaffenen Zusammenhang zwischen der Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen und der Warnung, der „Faschismus“ könne bald wieder einen dominanten Einfluß auf das politische Leben in unserem Staat ausüben, war es wohl hauptsächlich zuzuschreiben, daß sich zu dem „Antifaschistischen Kongreß“ am 10./11. Mai 1980 in **Mannheim** nahezu 10 000 Personen, darunter auch zahlreiche Ausländer, einfanden. An der Vorbereitung dieses Kongresses war die VVN-BdA maßgeblich beteiligt.

5.4.3 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)

Innerhalb des „Bündnisbereichs“ der DKP spielte die DFG-VK auch 1980 eine nicht unbedeutende Rolle. Angehörige der DKP sind noch immer – weitgehend verdeckt – in Funktionen dieser Vereinigung tätig, wenngleich der kommunistische Einfluß in den einzelnen Landesverbänden unterschiedlich ist. Trotz der spürbaren Nähe zur DKP gehört die Mehrheit der Mitglieder in der DFG-VK weder dieser Partei oder einer sonstigen kommunistischen Organisation an, noch identifizierte sie sich immer kritiklos mit kommunistischen Positionen. Vielmehr zeichnet sich in der Vereinigung behutsam eine gewisse politische Auflockerung ab. So verabschiedete der Bundesvorstand der DFG-VK zu Beginn des Jahres 1980 eine Erklärung, in welcher er den „Einsatz der sowjetischen Truppen in Afghanistan“ kritisierte – freilich nicht ohne gleichzeitig den USA eine gewisse Mitschuld zuzuweisen. In der „Erklärung“ hieß es ferner:

„... Daher fordert die DFG-VK den Rückzug der sowjetischen Truppen und die Beendigung jeglicher militärischer Unterstützung der Regierungsgegner von außen...“

Diese Stellungnahme zu der sowjetischen Invasion in Afghanistan, die den Verlautbarungen und Sprachregelungen der DKP deutlich widersprach, hatte innerhalb der Organisation eine lebhaft diskutierte Folge, die in diesem Ausmaß bisher in keiner der von der DKP beeinflussten Gruppierungen geführt worden war. Ob dieser Vorgang schon ein Hinweis dafür sein kann, daß die DFG-VK künftig über einen größeren politischen Handlungsspielraum verfügen können, erscheint gleichwohl fraglich.

6. Linksextremistische Bestrebungen an den Hochschulen des Landes

Die Hochschulen des Landes waren weiterhin ein bevorzugtes Aktionsfeld mehrerer politisch extremer Studentengruppen. In zahlreichen Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen sowie mit Hilfe einer Vielzahl unterschiedlichster Agitationschriften und Flugblätter versuchten diese Gruppen und Zirkel, Einfluß auf die Studierenden zu nehmen. Die überwiegende Mehrzahl der Studenten stand jedoch den – im Vergleich zu früheren Jahren schwächer und seltener gewordenen – Aktivitäten der linksextremen Hochschulorganisationen unverändert ablehnend oder desinteressiert gegenüber. Dementsprechend gelang es diesen Vereinigungen, die in der Regel als der verlängerte Arm der jeweiligen kommunistischen Partei oder Splittergruppe wirksam werden, kaum mehr, Mitgliedergewinne zu erzielen. Folgende linksextreme Zusammenschlüsse sind an den baden-württembergischen Hochschulen besonders aktiv:

Linksextreme Hochschulgruppen stoßen bei Mehrheit der Studenten auf Ablehnung.

6.1 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Der orthodox-kommunistische **MSB Spartakus** ist weiterhin der mitgliederstärkste überregional tätige Studentenverband. Auf Bundesebene sind gegenwärtig nach den Schätzungen der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder etwa 5 000, in Baden-Württemberg etwa 220 Mitglieder aktiv. Der MSB Spartakus ist zwar formell selbständig organisiert, arbeitet jedoch seit seiner Gründung im Jahre 1971 „eng mit den fortschrittlichsten Teilen der Arbeiterbewegung zusammen“ und fühlt sich – laut „Grundsatzklärung“ von 1971 – besonders „der Deutschen Kommunistischen Partei durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden“.

Die überaus enge Kooperation zwischen DKP und MSB Spartakus wurde in der Ausgabe Oktober 1980 des Organs der DKP-Hochschulgruppe an der Universität **Konstanz** erneut unterstrichen:

„Hauptaufgabe der DKP-Mitglieder an der Hochschule ist die aktive Unterstützung des MSB Spartakus, das heißt die studentischen Mitglieder der DKP-Hochschulgruppe organisieren sich auch im MSB und beteiligen sich dort beispielgebend an der Umsetzung der im MSB beschlossenen Politik ...“

Im Unterschied zur DKP, die aus taktischen Gründen nur von einer „sozialistischen Umwälzung“ spricht, setzt sich der MSB Spartakus seit Jahren offen für die „sozialistische Revolution“ ein, deren erste Etappe mit der „antimonopolistischen Umwälzung“ beginne. In der vom Bundesvorstand des MSB Spartakus für das Wintersemester 1980/81 herausgegebenen Broschüre „Zur Strategie der Studentenbewegung“ betont die Organisation noch einmal ihre langfristige Zielsetzung:

„... Deshalb verteidigen wir unsere Interessen gegen kapitalistische Hochschulreformierung, ringen um Verbesserungen und Reformen – aber zugleich heben wir in den aktuellen Auseinandersetzungen die **Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen** hervor, setzen uns ein für eine sozialistische Gesellschaft ...“

6.2 „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)

Im „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) sind nach den Schätzungen der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder etwa 2000 Mitglieder – davon rund 90 in Baden-Württemberg – organisiert. Der SHB bezeichnet sich noch immer als „sozialdemokratische Studentenorganisation“, obwohl die SPD sich bereits 1972 von dieser Hochschulgruppe trennte. Er „kämpft“ gemäß seiner nach wie vor gültigen „Grundsatzklärung“ des Jahres 1972 für eine „sozialistische Umgestaltung“ als „Öffnung des Weges zum Sozialismus“ und tritt dabei für eine langfristig angelegte Zusammenarbeit mit Kommunisten ein.

Dementsprechend hat der SHB auch 1980 seine Kooperation mit dem MSB Spartakus an einigen Hochschulen des Landes fortgesetzt. Gemeinsam gezeichnete Flugblätter und Wahlaufhänge, die beiderseitige Mitarbeit in verschiedenen „Komitees“ sowie vereinzelt Wahlbündnisse belegen die unverändert enge Zusammenarbeit beider Gruppen.

6.3 „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)

Die an nahezu allen Universitäten des Landes agierende „**Kommunistische Hochschulgruppe**“ (KHG) ist die Studentenorganisation des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW). Nachdem sie Mitte der siebziger Jahre der Hauptträger militanter Aktionen an den Hochschulen (in Baden-Württemberg insbesondere in **Heidelberg** und **Freiburg**) gewesen war, mußte sie in den letzten Jahren Mitgliedereinbußen hinnehmen. Nach Angaben des KBW hatte die Hochschulgruppe 1975 im

Bundesgebiet einen Mitgliederbestand von etwa 2000 Personen, der bis Anfang 1980 allmählich auf etwa 360 Personen zurückgegangen war.

Mit der Spaltung des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ im September 1980 und der Gründung des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) verließ auch ein Teil der noch verbliebenen KHG-Mitglieder diese Vereinigung und gründete eine neue Studentenorganisation, die sich gleichfalls KHG nennt. Die alte und die neue KHG teilen sich in Baden-Württemberg die noch vorhandenen 70 Mitglieder.

6.4 „Kommunistische Studentengruppen“ (KSG)

Die „**Kommunistischen Studentengruppen**“ (KSG), Studentenorganisation des „Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands“ (KABD), bestehen nur an wenigen Hochschulen im Bundesgebiet. Sie zählen insgesamt etwa 100 Mitglieder, davon allein etwa 50–60 in Baden-Württemberg. Nennenswerte Aktivitäten waren nur noch an der Universität **Tübingen** zu beobachten. In einem zur Bundestagswahl 1980 verbreiteten Flugblatt unterstrich die Vereinigung einmal mehr ihre linksextremistische Position. Unter dem Motto „Kämpfen statt wählen“ war zu lesen:

„... Nur durch den konsequenten Kampf gegen dieses System unter der Führung der Arbeiterklasse verhindern wir den Krieg, erkämpfen wir den Sozialismus, wo Krise und Krieg der Vergangenheit angehören.
Deshalb heißt unser Weg mit dem KABD nicht wählen, sondern Höherentwicklung der Kämpfe der Arbeiter bis zum Sturz dieses Systems ...“

6.5 „Marxistisch-Reichistische Initiative“ (MRI)

In den vergangenen Jahren sind an mehreren Universitäten des Landes Gruppen einer „**Marxistisch-Reichistischen Initiative**“ (MRI) entstanden, die jedoch durchweg nur wenige Anhänger zählen und in der Regel nur durch das Verbreiten von Flugschriften auf sich aufmerksam machen.

6.6 „Marxistische Gruppen“ (MG)

Die seit Oktober 1977 bestehenden „**Marxistischen Gruppen**“ (MG), deren Leitung sich in München befindet, machen seit einiger Zeit durch vermehrte publizistische Aktivitäten auch an den Hochschulen unseres Landes auf sich aufmerksam. Die „Marxistischen Gruppen“, die im Gegensatz zu nahezu allen anderen linksextremistischen Studentenvereinigungen keiner kommunistischen „Mutterpartei“ zugeordnet werden können, setzen sich für die „Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung“ in der Bundesrepublik Deutschland und für die „Vorbereitung der Revolution“ ein. Aufgrund der von den jeweiligen örtlichen Gruppen herausgegebenen Flugschriften und des zur Verteilung kommenden Organs „Marxistische Studenten-Zei-

tung" (MSZ) ist davon auszugehen, daß die Gruppe 1980 über Stützpunkte an den Universitäten **Tübingen, Stuttgart, Freiburg** und **Heidelberg** sowie an der Pädagogischen Hochschule **Reutlingen** verfügte.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Die Situation im Bereich des Rechtsextremismus ist seit Jahren durch zwei gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet: Während die Bedeutung der zur „**Alten Rechten**“ zählenden Parteien und Organisationen unablässig zurückgegangen ist, sind das personelle und logistische Potential, der Fanatismus und die Gewaltbereitschaft **neonazistischer „Kampfgruppen“** stetig gewachsen. Auch in Baden-Württemberg wurde nunmehr – wie in anderen Bundesländern – die Schwelle zum Rechtsterrorismus überschritten:

Mit einem Sprengstoffanschlag am 21. Februar 1980 auf das Landratsamt in **Esslingen** begann eine Serie von rechtsterroristischen Aktionen, die sich in der Folge auch gegen das Wohnhaus des Landrats von **Esslingen** und gegen Asylantenwohnheime richteten und die in Hamburg zwei Tote sowie in **Lörrach** und **Leinfelden-Echterdingen** drei Verletzte forderten. Zu dem bisher folgenschwersten Bombenattentat in der Bundesrepublik Deutschland, das nach dem bisherigen Ergebnis der noch laufenden Ermittlungen von einem rechtsextremistischen Einzeltäter begangen worden ist, kam es schließlich am 26. September 1980 beim Münchner Oktoberfest.

Bei der innerhalb weniger Jahre deutlich angestiegenen Militanz neonazistischer Gruppen wirkten sich offensichtlich die Praxis des linksextremistischen Terrorismus sowie das Vorbild gleichgesinnter ausländischer Gruppierungen aus, zu denen deutsche Neonazis seit langem Kontakte unterhalten. Enge internationale Verbindungen haben sich vor allem zu rechtsextremistischen Organisationen in den USA und Kanada, in Frankreich, Belgien, Dänemark, Großbritannien, Spanien, Österreich und der Schweiz herausgebildet.

Besondere Aufmerksamkeit muß ferner dem Umstand gewidmet werden, daß inzwischen mehr als drei Viertel der neonazistischen Aktivisten junge Menschen sind, die bei Kriegsende noch Kinder waren oder sogar erst nach dem Kriege geboren wurden, die somit den Nationalsozialismus nicht mehr aus eigenem Erleben kennen.

Beim **organisierten Rechtsextremismus** in der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich erstmals seit Jahren wieder ein Ansteigen der Organisations- und Mitgliederzahlen ab.

Dies ist vor allem auf die politischen Aktivitäten des Dr. Gerhard FREY, München, zurückzuführen, der mit den von ihm initiierten Vereinigungen „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) und „Initiative für Ausländer-Begrenzung“ (I.f.A.) den Kreis der Gruppierungen, die sich in der sogenannten „**National-Freiheitlichen Rechten**“ zusammengefunden haben, weiter vergrößern konnte.

Anstieg der Organisations- und Mitgliederzahlen beim organisierten Rechtsextremismus – gesteigerte Militanz neonazistischer Gruppen.

Zahl der rechtsextremistischen Organisationen und deren Mitglieder 1977–1980				
	1977	1978	1979	1980
1. Bundesrepublik Deutschland				
a) Organisationen (ohne Verlage u. Buchdienste)	83	76	69	75
b) Mitglieder/Anhänger	17 800	17 600	17 300	19 800
2. Baden-Württemberg				
a) Organisationen (einschl. Verlage u. Buchdienste)	40	36	30	32
b) Mitglieder/Anhänger	2 200– 2 500	2 100– 2 300	2 100– 2 300	2 400– 2 500

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) mußte dagegen erneut Mitgliederverluste hinnehmen. Die sich ausbreitende Resignation der Anhänger, fortdauernde parteiinterne Auseinandersetzungen und der offensichtliche Mangel an Resonanz bei den Wählern haben die Partei an den Rand der Existenzfähigkeit gebracht.

2. Neonazistische Bestrebungen

2.1 Allgemeiner Überblick

Die neonazistischen Gruppen und Kleinstzirkel in der Bundesrepublik Deutschland haben im Jahre 1980 ihre personelle Basis deutlich verstärken können: Während 1979 die Zahl ihrer Anhänger noch bei etwa 1 400 lag, stieg sie bis Ende 1980 auf rund 1 800 Personen an. In Baden-Württemberg sind derzeit etwa 70 Neonazis aktiv, denen ein engerer Anhängerkreis von weiteren 80 Personen zugeordnet werden muß.

Den im Bundesgebiet gegenwärtig operierenden 22 neonazistischen Gruppen sind etwa 800 Aktivisten zuzurechnen. Darüber hinaus können ca. 600 Neonazis keiner organisatorisch verfestigten Gruppierung zugeordnet werden, da sie zumeist als „Einzelkämpfer“ agieren oder früher NS-Gruppen angehörten, die durch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden inzwischen ihren Zusammenhalt verloren haben. Hinzu kommen noch rund 400 Sympathisanten und Förderer, die durch teilweise erhebliche finanzielle Zuwendungen an neonazistische Vereinigungen deren Aktivität oft erst ermöglichen.

Zum sogenannten harten Kern der neonazistischen Aktivisten sind nunmehr nahezu 300 Personen zu zählen, von denen wiederum rund 200 entweder bereits an Gewalttaten beteiligt waren oder zumindest Gewalt in irgendeiner Form angedroht haben.

Zulauf zu neonazistischen Zirkeln hält weiter an.

Aus dem „NS Kampftruf“
(Nr. 36, Jan. – Febr.
1980), einer aus den USA
illegal eingeschleusten
Schrift der „NSDAP-AO“.



Im Norden, 9. Neblung 1971.

Adolf Hitler unser,
beheiligt werde Dein Name,
Dein Reich komme,
Dein Wille geschehe
zum Heil für alle Völker.

Unser täglich Brot gibt uns die heilige Heimaterde.
Vergib uns keine Schuld,

Nach mir vergeben keinen Schuldigen,
Denn sie führen uns stets in Versuchung:
Erlöse uns von allen zersetzenden Übel.

Führe die Nordischen Völker!
Gib uns Glaube und Kraft
Und Einigkeit
In Ewigkeit -
Allen zum
Heil.



Handwritten signature and date: "Handwritten signature" and "1971".

Trotz der zur Besorgnis Anlaß gebenden Stärkung der immer gewalttätiger vorgehenden neonazistischen „Kampfgruppen“ sind die fortdauernden Bemühungen, die im Bundesgebiet operierenden NS-Gruppen und Einzelaktivisten in einer straff gegliederten, einheitlich handelnden Dachorganisation zusammenzufassen, ohne erkennbaren Erfolg geblieben. Die Hauptursache für diese seit Jahren zu beobachtende Situation ist die Eigenwilligkeit der verschiedenen „Führer“, die von einer realitätsfernen Überschätzung der eigenen Person erfüllt sind. Immer aufs neue aufflammende Führungs- und Richtungskämpfe zwischen den Gruppen begünstigen die fortdauernde organisatorische Zersplitterung innerhalb des neonazistischen Lagers. Darüber hinaus haben auch die rasch und konsequent fortgeführten Strafverfolgungsmaßnahmen eine stärkere Verfestigung neonazistischer Zusammenschlüsse empfindlich gestört. Dennoch konnte die Bildung neuer, im Untergrund sich formierender NS-Gruppen – wie etwa die vermutlich von dem neonazistischen Fanatiker Manfred ROEDER initiierten rechtsterroristischen „**Deutschen Aktionsgruppen**“ – nicht gänzlich unter-

bunden werden. Dies dürfte vor allem mit den sich zunehmend an den konspirativen Methoden und dem Aufbau linksterroristischer Kadergruppen orientierenden neuen Verhaltensmustern vieler Neonazis zusammenhängen. Erschwerend für die Arbeit der Sicherheitsbehörden wirkt sich ferner die Organisationsstruktur der neonazistischen Zirkel aus: Sie werden in der Regel von einem von seiner „Sendung“ überzeugten „Führertyp“ ins Leben gerufen und geleitet, der eine Gefolgschaft um sich schart, welche ihm intellektuell zumeist deutlich unterlegen ist. Daraus erwächst oftmals ein bedingungsloses Unterwerfungs- und Unterordnungsverhältnis, das einerseits die Unberechenbarkeit der neonazistischen „Kampfgruppen“ verstärkt, andererseits einen idealen Nährboden für Fanatismus und Militanz bildet. Welch erhebliches Gefährdungspotential die neonazistischen Kleinstgruppen und Einzelkämpfer trotz ihrer Zersplitterung inzwischen darstellen, zeigen die seit Februar 1980 in der Bundesrepublik Deutschland verübten Brand- und Sprengstoffanschläge.

2.2 Neonazistischer Terrorismus

Die Ende 1977 einsetzenden, zunächst jedoch auf den norddeutschen Raum sich konzentrierenden Versuche neonazistischer Aktivisten, nach dem Vorbild linksextremistischer Terroristen konspirative Zellen zu bilden, griffen im Spätjahr 1979 auch auf Baden-Württemberg über. Während im September 1979 zwei im Großraum **Stuttgart** und im **Ortenaukreis** im Aufbau begriffene NS-Gruppen noch rechtzeitig vor der geplanten Durchführung gewaltsamer Aktionen zerschlagen werden konnten, formierte sich wenig später eine Gruppierung, die Brand- und Sprengstoffanschläge vorbereitete. Von den insgesamt sieben im Bundesgebiet begangenen Gewaltakten, für die nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen Angehörige dieser sich als **„Deutsche Aktionsgruppen“** bezeichnenden Organisation als Tatverdächtige gelten müssen, wurden vier in Baden-Württemberg verübt:

21. Februar 1980:

Sprengstoffanschlag auf das Landratsamt **Esslingen**, in dem zu diesem Zeitpunkt eine Ausstellung über das Konzentrationslager Auschwitz gezeigt wurde. Zu dem Attentat bekannten sich den Sicherheitsbehörden bis dahin völlig unbekannt „Deutsche Aktionsgruppen“.

18. April 1980:

Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des Landrats des Kreises Esslingen in **Ostfildern**.

7. August 1980:

Brandanschlag auf ein Asylantenwohnheim in **Leinfelden-Echterdingen**, bei dem 2 Personen verletzt wurden.

17. August 1980:

Sprengstoffanschlag auf ein Asylantenwohnheim in **Lörrach**. Eine Frau wurde verletzt; zugleich entstand erheblicher Sachschaden.

Brand- und Sprengstoffanschläge rechtsextremistischer Terroristen fordern erste Todesopfer.



Sprengstoffanschlag auf ein Asylantenwohnheim in Lörrach am 17. August 1980.

Weitere Brand- und Sprengstoffanschläge außerhalb Baden-Württembergs richteten sich am 27. April 1980 gegen die „Janusz-Korczak-Schule“ und am 22. August 1980 gegen ein Asylantenwohnheim, beide in Hamburg, wobei im letzteren Fall zwei Vietnamesen ums Leben kamen, sowie am 30. Juli 1980 gegen die Ausländerunterkunft in Zirndorf.

Am 1. September 1980 konnte in Hannoversch-Münden der Leiter der neonazistischen **„Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI)**, der 51jährige ehemalige Rechtsanwalt Manfred ROEDER, festgenommen werden, der sich Anfang 1978 der Vollstreckung einer gegen ihn erkannten Freiheitsstrafe durch die Flucht ins Ausland entzogen hatte. Das bei ROEDER und bei den in den nachfolgenden Wochen festgenommenen weiteren 17 Personen (davon 14 aus Baden-Württemberg) sichergestellte Material erbrachte zahlreiche Hinweise, daß es sich bei diesem Personenkreis um Angehörige der „Deutschen Aktionsgruppen“ handelte. Die Identifizierung der Gruppe war dadurch erschwert, daß die meisten ihrer Mitglieder und Helfer zuvor in politisch extremer Hinsicht nicht in Erscheinung getreten waren.

Im Verlauf des noch anhängigen Ermittlungsverfahrens gaben einige der Verdächtigen zu, als Angehörige der „Deutschen

Aktionsgruppen“ an den Brand- und Sprengstoffanschlägen in **Esslingen, Ostfildern, Leinfelden-Echterdingen, Lörrach, Zirndorf** und Hamburg beteiligt gewesen zu sein.

Die Aufklärung der Attentatsserie wurde durch eine im August 1980 von den „Deutschen Aktionsgruppen“ durchgeführte Drohbriefaktion gegen zahlreiche Polizeidienststellen im ganzen Bundesgebiet gefördert. In einem „Aufruf an die Polizei und den Bundesgrenzschutz“ wurde – aus rechtsextremistischer Sicht – an das „Pflichtbewußtsein“ der Polizeibeamten appelliert; diese wurden offen zum Widerstand gegen den Staat aufgefordert:

„ . . . Tut der Polizist auch dann noch seine Pflicht, wenn er immer weniger zur Verbrechensbekämpfung und immer mehr gegen Unzufriedene und Andersdenkende eingesetzt wird, z. B. gegen: Atomgegner – demonstrierende Studenten – Wehrdienstverweigerer – Pornogegner – politische Versammlungen – Regimekritiker.

Wenn die Polizei immer mehr (zweckentfremdet) gegen das eigene deutsche Volk eingesetzt wird, ist es dann ein Wunder, wenn sich bei einem politischen Umsturz der Volkszorn am schärfsten gegen die Polizei wendet?

Wer sich gegen sein eigenes Volk einsetzen läßt, tut nicht mehr seine Pflicht, sondern hat die Pflicht zum Widerstand!“

Ferner wurde in einem „Offenen Brief“ an den Bundeskanzler unverhohlen zur gewaltsamen Beseitigung der staatlichen Ordnung aufgefordert:

„Herr Bundeskanzler, jeder Befreiungsversuch des Volkes mit den von Ihnen gepriesenen demokratischen und friedlichen Methoden wurde von uns bis zum Gehtnichtmehr erschöpfend betrieben. Das Ergebnis waren härteste Bestrafungen – angefangen von sehr hohen Geldstrafen über Berufsverbot bis hin zu Gefängnisstrafen. Da die Bundesregierung jede Veränderung mit friedlichen Mitteln gewaltsam unterdrückt, bleibt nur die Veränderung mit Gewalt übrig. Glauben Sie ja nicht, endlos und ungestraft am deutschen Volk sündigen zu können. Die Zeichen sind gesetzt. Der Kampf hat begonnen. Seien Sie versichert, daß wir unseren Forderungen mit bestimmten Maßnahmen Nachdruck verleihen werden. Wir kommen spät, doch wir kommen.“

Das bisher folgenschwerste Attentat seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wurde am 26. September 1980 während des Münchner Oktoberfestes verübt. Dabei fanden außer dem mutmaßlichen Täter Gundolf KÖHLER, **Donauessingen**, 12 weitere Menschen den Tod, während 214 Festbesucher verletzt wurden. KÖHLER hatte einige Jahre zuvor mindestens vorübergehend Kontakt zu der vom Bundesminister des Innern zwischenzeitlich verbotenen „**Wehrsportgruppe HOFFMANN**“ (WSG).

2.3 NS-Gruppen im Bundesgebiet

Seit der Verurteilung führender Neonazis in Norddeutschland zu hohen Freiheitsstrafen und dem daraus resultierenden weitgehenden Zerfall ihrer jeweiligen Gruppen verlagerten sich zumindest Teilbereiche neonazistischer Aktivitäten im Jahre 1980 in die süddeutschen Bundesländer.

Im Raum Frankfurt etwa entfaltete die von NS-Aktivisten 1979 gegründete „**Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.**“ (HNG) eine rege Tätigkeit.

Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten hat sich nach Süddeutschland verlagert.

INFORMATION DER

Publikation der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“



3. Ausgabe: Juli 1980

Hilfsorganisation für nationale politische
Gefangene und deren Angehörige/ e.V.
Verantwortlich: Bernd Böfer

Ihre Mitglieder rekrutieren sich überwiegend aus anderen neonazistischen Gruppen. Die HNG sieht ihre Aufgabe vor allem in der finanziellen Unterstützung inhaftierter Gesinnungsgenossen. Spendenaufrufe werden unter gleichzeitiger Mitteilung der Anschriften Inhaftierter in den „HNG-Informationen“ veröffentlicht. Zunehmende Bedeutung gewann außerdem die von Friedhelm BUSSE, München, geleitete „**Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit**“ (VSBd/PdA), die vor allem in Frankfurt/Main wiederholt mit die Öffentlichkeit bewußt provozierenden Aktionen in Erscheinung trat.



VSBD

Gegen Marxismus und Ausbeutung Für Volksgemeinschaft und Leistung



VOLKSSOZIALISTISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLANDS PARTEI DER ARBEIT

Der am 24. Dezember 1980 bei Koblenz/Schweiz – nach bisherigem Ermittlungsergebnis – durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Neonazi Frank SCHUBERT aus Frankfurt/Main, der in der Schweiz vermutlich Waffen für eine NS-Gruppe beschaffen wollte und im Zusammenhang damit einen schweizerischen Zoll- und Polizeibeamten erschoss, war bis Sommer 1980 Funktionär der VSBD/PdA gewesen. SCHUBERT stand auch mit Angehörigen der militant auftretenden neonazistischen „**Jungen Front**“ (JF) in Frankfurt/Main und München in Verbindung. Diese ging 1979 aus der „NS-Gruppe München“ hervor und war zunächst faktisch die Jugendorganisation der VSBD/PdA. Interne Auseinandersetzungen führten Mitte 1980 zur Trennung der beiden Gruppen. Einzelkontakte führender Funktionäre bestehen jedoch unverändert.

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 16. Januar 1980 die neonazistische „**Wehrsportgruppe HOFFMANN**“ (WSG) mit Wirkung vom 30. Januar 1980 verboten (vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1979, S. 68 ff.). Die von der WSG gegen das Verbot erhobene Klage wurde durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Dezember 1980 als unbegründet abgewiesen. Die Verbotsverfügung hat damit Rechtskraft erlangt.

Während das Verbot einen weitgehenden Zerfall des organisatorischen Gefüges der WSG im Bundesgebiet zur Folge hatte, nutzte deren Initiator und Leiter, Karl-Heinz HOFFMANN, bestehende Verbindungen in den Nahen Osten, um dort seine Gesinnungsgenossen erneut zu sammeln. Es ist nicht auszuschließen, daß HOFFMANN zu gegebener Zeit versuchen wird, mit seiner im Ausland neu formierten Gruppe wieder im Bundesgebiet aktiv zu werden.

Bis zu seiner Festnahme am 1. September 1980 verbreitete der ehemalige Rechtsanwalt Manfred ROEDER als Leiter der „**Deutschen Bürgerinitiative e. V.**“ (DBI) vom Ausland aus von tiefem Haß gegen die Bundesrepublik Deutschland, ihre Institutionen und Repräsentanten geprägte „Briefe“.

In seinem 9. Brief vom April 1980 äußerte sich ROEDER unter anderem wie folgt:

„... mit Volkszerstörern kann man nicht sachlich reden; man kann sie nur entlarven und bekämpfen. Nur durch unseren Kampf wurde uns klar, daß es sich bei all diesen Mißständen lediglich um Symptome handelte, die wir allein diesem ‚Staat‘ verdanken. Dieser ‚Staat‘ ist böse! Wenn die Probleme gelöst werden sollen, muß dieser ‚Staat‘ weg! Vor dieser logischen und notwendigen Konsequenz schrecken andere, klügere zurück. Sie wollen argumentieren, beweisen, ihr Recht bekommen von einem System, das nur aus Unrecht aufgebaut ist. Das mutet an wie der Versuch, jemanden waschen zu wollen, der in der Jauchegrube sitzt. Zunächst muß die Jauche abgelassen werden.“

Um ein Auseinanderfallen des Anhänger- und Förderkreises der DBI zu verhindern, organisierte die Ehefrau ROEDERs seit dessen Flucht ins Ausland sogenannte Freundestreffen, die auch nach seiner Inhaftierung im Zusammenhang mit den Anschlägen der „**Deutschen Aktionsgruppen**“ fortgesetzt wurden. Frau ROEDER sorgt darüber hinaus für die Verbreitung von Rundbriefen und bemüht sich intensiv um die Beschaffung von Geldmitteln. Im Jahre 1980 hat der Sympathisantenkreis um die Familie ROEDER einen Betrag von über DM 150 000,- aufgebracht.

Um eventuellen Maßnahmen deutscher Strafverfolgungsbehörden zu entgehen, hat der Leiter der neonazistischen „**Bürger- und Bauerninitiative e. V.**“ (BBI), Thies CHRISTOPHERSEN aus Mohrkirch/Schleswig-Holstein, eigenen Angaben zufolge den von ihm betriebenen „Kritik-Verlag“ von Mohrkirch nach Dänemark verlagert. Mit den Beziehern der in diesem Verlag erscheinenden rechtsextremen Vierteljahresschrift „Die Bauernschaft“ hat CHRISTOPHERSEN sich einen politisch-ideologisch beeinflussbaren Anhängerkreis geschaffen, von dem ihm auch erhebliche Geldmittel zufließen.

Daneben versucht er seit einiger Zeit, durch regionale Treffen mit Anhängern und politisch Nahestehenden sowie mittels mehrtägiger, meist im benachbarten westlichen Ausland stattfindender Veranstaltungen neue Mitglieder für seine neonazistische Gruppe zu gewinnen.

2.4 NS-Gruppen in Baden-Württemberg

Die neonazistischen Aktivitäten in Baden-Württemberg einschließlich der von rechtsextremistischen Terroristen verübten vier Brand- und Sprengstoffanschläge gingen nicht von in ihrer

**Baden-Württemberg –
Ziel überregionaler
NS-Aktivitäten.**

Aktivität auf unser Land sich beschränkenden regionalen NS-Gruppen aus. Vielmehr waren die Täter entweder „Einzelkämpfer“ oder Angehörige bundesweit operierender neonazistischer Zirkel. Dies gilt auch für die überwiegend in Baden-Württemberg

Publikation der neonazistischen „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI).

V 7823 FX



Die Bauernschaft

FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT

Organ der „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“

Nr. 4 / 80 11. Jahrgang Dez. 1980



„MUTTERGLÜCK“
Gemälde von Eugen Kirsch

wohnhaften Angehörigen der sich „Deutsche Aktionsgruppen“ nennenden Vereinigung (vgl. Abschnitt 2.2 „Neonazistischer Terrorismus“). Dieser Personenkreis ist bis auf wenige Ausnahmen der „Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI) des Manfred ROEDER zuzurechnen und benutzte die neue Organisationsbezeichnung offenbar lediglich aus Tarnungsgründen.

Die NS-Gruppen „**Deutsch-Völkische Gemeinschaft**“ (DVG), „**NS-Gruppe NEUFELD**“ und „**Kampfgruppe PRIEM e. V.**“ (KGP), die noch vor wenigen Jahren in unserem Lande mit verschiedenen Aktionen hervorgetreten waren, konnten sich nicht neu formieren. Im September 1980 setzten sich vier neonazistische Aktivisten, darunter der ehemalige Gauführer

Schwaben der rechtsextremen „**Wiking-Jugend**“ (WJ) und zwei Angehörige der aufgelösten „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ (DVG), in den Libanon ab, um sich einer Strafverfolgung zu entziehen. Sie sind seitdem unbekanntes Aufenthalts. Die Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Stuttgart hatte am 26. März 1980 gegen diese Personen im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Gruppe „**NSDAP-Gau Württemberg-Hohenzollern**“ Anklage erhoben.

Obwohl gegenwärtig keine organisatorisch verfestigte oder im Aufbau befindliche NS-Gruppe in unserem Lande erkennbar ist, muß mit einer Fortsetzung entsprechender Versuche gerechnet werden.

2.5 Neonazistische Ausschreitungen

Die Gesamtzahl rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Ausschreitungen (wobei Hakenkreuzschmierereien und NS-Klebeaktionen nach wie vor an erster Stelle stehen) nahm zwar auch 1980 noch immer bundesweit zu, jedoch nicht mehr im selben Maße wie in den vorangegangenen Jahren:

Weitere Zunahme rechtsextremistischer Ausschreitungen und Gewalttaten.

Rechtsextremistische Ausschreitungen und Gewalttaten im Bundesgebiet							
	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Rechtsextreme Ausschreitungen	136	206	319	616	992	1483	1533
Rechtsextreme Gewalttaten	22	21	16	40	52	97	104

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die rechtsextremistischen Gewalttaten, deren Zahl von 97 (1979) auf 104 (1980) anstieg, gegenüber den Vorjahren an krimineller Energie und Brutalität eine erhebliche Steigerung erfahren haben. Während 1979 3 Sprengstoffanschläge mit neonazistischem Hintergrund registriert werden mußten, bei denen hoher Sachschaden entstand, waren 1980 bei insgesamt acht von Rechtsextremisten verübten Brand- und Sprengstoffanschlägen (davon vier in Baden-Württemberg) 15 Todesopfer und 217 Verletzte zu beklagen.

In Baden-Württemberg ist zwar die Gesamtzahl der 1980 von Rechtsextremisten begangenen Ausschreitungen auf 51 gegenüber 65 im Jahre 1979 zurückgegangen; die vier von den „Deutschen Aktionsgruppen“ in unserem Lande begangenen Brand- und Sprengstoffanschläge stellen jedoch die Eskalation des Terrors von rechts deutlich unter Beweis (vgl. zahlenmäßige Übersicht).

Neonazistische Aktivitäten in Baden-Württemberg

Regierungsbezirk	Anzahl der Aktionen in den Jahren			Aufschlüsselung nach Aktionsarten									
				Schmier- und Klebeaktionen			Aktionen gegen jüdische Einrichtungen und Mitbürger			Sonstige Aktionen (Versand v. NS-Schriften, Drohanrufe u. a. m.)			Brand- und Sprengstoff- anschläge*)
	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1980
Freiburg	9	12	10	7	8	3	–	2	1	2	2	5	1
Karlsruhe	18	27	15	7	15	7	6	5	2	5	7	6	–
Stuttgart	11	13	18	3	3	8	7	3	2	1	7	5	3
Tübingen	3	13	8	1	9	2	1	2	1	1	2	5	–
Bad.-Württemberg	41	65	51	18	35	20	14	12	6	9	18	21	4

*) In den Jahren 1978 und 1979 wurden in Baden-Württemberg keine Brand- oder Sprengstoffanschläge verübt.

2.6 Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivisten

Das etwa 1977 einsetzende Ansteigen der Zahl rechtsextremistischer Ausschreitungen führte auch zu einer beträchtlichen Zunahme der gegen Rechtsextremisten eingeleiteten Verfahren:

Verfahren gegen Rechtsextremisten seit 1974 im Bundesgebiet							
	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Ermittlungsverfahren	30	50	80	317	610	836	1128
Urteile	22	24	71	91	150	359	465

Bundesweit stieg 1980 die Zahl der Ermittlungsverfahren auf 1 128 an (1979: 836). Hiervon waren insgesamt 876 Personen betroffen. Von den 1980 ergangenen 465 Urteilen (1979: 359) erlangten 304 Rechtskraft (1979: 207).

In Baden-Württemberg leiteten die Ermittlungsbehörden 1980 in mindestens 81 Fällen Ermittlungsverfahren gegen einen oder mehrere Beschuldigte wegen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ein. Davon mußte ein Teil wegen Nichtermittlung der Täter (z. B. bei Schmier- und Klebeaktionen) eingestellt werden. Im Dezember 1980 war in 18 Fällen (2 aus dem Jahre 1979 und 16 aus dem Jahre 1980) noch keine verfahrensabschließende Entscheidung ergangen. In 35 Verfahren wurde öffentliche Klage erhoben. Gegen 6 Personen ergingen 1980 rechtskräftige Urteile.

Im September 1980 leitete der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof gegen 18 Angehörige der rechtsterroristischen „Deutschen Aktionsgruppen“ (davon 14 aus Baden-Württemberg) ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) und anderer Straftaten ein.

2.7 Internationale Verflechtungen des Rechtsextremismus

Deutsche Rechtsextremisten, insbesondere neonazistische Aktivisten, unterhalten seit Jahren enge Kontakte zu Gesinnungsgenossen im Ausland. Dabei wurden Verbindungen insbesondere zu Gruppen in den USA, in KANADA, BELGIEN, DÄNEMARK, GROSSBRITANNIEN, FRANKREICH, SPANIEN, ÖSTERREICH und der SCHWEIZ geschaffen. Diese Beziehungen dienen vornehmlich der gegenseitigen Unterstützung, wie etwa dem Austausch rechtsextremistischen Schrifttums und der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen. In zunehmendem Maße wurde in jüngster Zeit auch die Herstellung neonazistischer Propagandamaterials in Länder verlagert, in denen der Druck und die Verbreitung solcher Schriften und Pamphlete nicht unter Strafe gestellt sind.

Auf deutsche führende Rechtsextremisten übt die französische „Nouvelle Droite“ (ND) eine besondere Anziehungskraft aus.

Anzahl der Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Rechtsextremisten erneut angestiegen.

Verstärkte Zusammenarbeit deutscher Neonazis mit ausländischen Gesinnungsgenossen.

Werbung für ausländische rechtsextremistische Publikationen in deutscher Sprache.

Ihrem Chefideologen, Alain de BENOIST, Paris, schwebt ein von einer naturgegebenen, hierarchisch geordneten Elite geführter Staat vor. Er bekämpft die „Ideologie der Gleichmacherei“ und die „jüdisch christliche Tradition“.

Auch zu der im September 1980 in Frankreich verbotenen „Fédération d'Action Nationale et Européenne“ (F.A.N.E.) unterhielten vor allem deutsche Neonazis enge Beziehungen.

Kontaktpartner deutscher Rechtsextremisten in Spanien sind der faschistische „Circulo Espanol de Amigos de Europa“ (CEDADE) und die „FUERZA NUEVA“.

NOTRE EUROPE



Am 3. Sept. wurde die F.A.N.E. verboten
Alle POst nun an NOTRE EUROPE
B. P. 75462 Paris Cedex 10

CEDADE

Eine Zeitschrift aus Spanien



Fordern Sie sich ein Probeexemplar
bei: **CEDADE - Apartado Correos
14 010 BARCELONA (Spanien)**

Speziell bei den neonazistischen Gruppen werden mangels festerer Organisationsstrukturen die Verbindungen zu Gleichgesinnten im Ausland auch weiterhin in der Regel von Einzelaktivisten unterhalten. Dabei spielt die von Aktionszellen in der Bundesrepublik Deutschland unterstützte „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO), deren Propaganda-

Vorder- und Rückseite des „NS Kampfruf“ Nr. 36, Januar – Februar 1980: Illegal aus den USA eingeschleuste Schrift der „NSDAP-AO“.



zentrum seinen Sitz in den USA hat und von Garry Rex LAUCK, Lincoln/Nebraska, geleitet wird, insofern eine besonders schädliche Schlüsselrolle, als sie am Wiederaufleben des Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland seit langem maßgeblichen publizistischen Anteil hat.

Daneben schleust der Deutsch-Amerikaner George P. DIETZ aus Reedy, West-Virginia/USA, neonazistisches und rassistisches Propagandamaterial aus seinem „White Power Publications“-Vertrieb sowie seinem „Liberty Bell Publications“-Verlag in

**The Book
That Made The Jews So Mad
They Had To Invent The Movie
HOLOCAUST!**



Christophersen/Roeder

Auschwitz

\$ 1.50

**AN UNBIASED EYEWITNESS REPORT
ON THE REAL LIFE IN A CONCENTRATION CAMP
THERE WERE NO GAS CHAMBERS!**

50

THE LIBERTY BELL

größeren Mengen in die Bundesrepublik Deutschland ein. In gleicher Weise betätigt sich der Deutsch-Kanadier Ernst C. F. ZÜNDEL: Über seinen Verlag „Samisdat Publishers Ltd.“ verbreitet er von Toronto aus neonazistisches Propagandamaterial und versucht den Eindruck zu erwecken, hinter ihm stehe eine „Kampfgruppe Zündel“.

Am traditionellen Neonazitreffen des „Vlaamse Militanten Orde“ (VMO) auf belgischem Boden haben in den letzten Jahren wiederholt deutsche Neonazis teilgenommen, während umge-

*Aus „The Liberty Bell“
(Ausgabe Dezember
1980), einer englischspra-
chigen neonazistischen
Publikation aus den USA.*

kehrt VMO-Aktivistinnen verschiedentlich zu Zusammenkünften mit deutschen Gesinnungsgenossen in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind.

Seit einiger Zeit hat sich auch die Zusammenarbeit deutscher Neonazis mit dem neonazistischen „British Movement“ (BM) verstärkt. Kontakte bestehen ferner zu der rassistischen „National Front“ in London und zu der militanten englischen Gruppe „Column 88“, die sich 1978 zu zahlreichen Briefbombenanschlägen bekannte.

In Dänemark dient der „Dansk Nationalsocialisk Ungdom (DNSU)-Nordland Forlag“ deutschen Neonazis als Kontaktadresse, während er seinerseits in deutschen neonazistischen Schriften für sein Verlagsprogramm, unter anderem für Bücher von HITLER, GOEBBELS und ROSENBERG, wirbt.

Ebenfalls auf publizistischer Ebene liegen die Kontakte zwischen Thies CHRISTOPHERSEN, dem Vorsitzenden der neonazistischen „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI), und dem Schweizer Verlag „Courrier du Continent“, der dem Generalsekretär der rechtsextremen „Europäischen Neuordnung“ (ENO), Gaston Armand AMAUDRUZ, Lausanne, gehört und über den CHRISTOPHERSEN sein gerichtlich beschlagnahmtes und der Einziehung unterliegendes Buch „Die Auschwitz-Lüge“ vertreiben ließ.

Eine Folge der sich zunehmend intensiver gestaltenden Zusammenarbeit insbesondere zwischen deutschen, französischen, belgischen und britischen Rechtsextremisten könnte sein, daß dadurch den staatsanwaltschaftlich verfolgten oder gerichtlich verurteilten deutschen Gesinnungsgenossen sich bessere Chancen bieten, im Ausland rechtzeitig und nötigenfalls längerfristig Unterschlupf zu finden.

3. Nationaldemokratische Organisationen

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die politische Bedeutung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), der nach wie vor mitgliederstärksten rechtsextremistischen Partei im Bundesgebiet, ist weiter gesunken. Die vor allem aufgrund parteiinterner Richtungskämpfe, stetig sinkender Mitgliederzahlen und fortwährender Mißerfolge anhaltende Erosion der Partei konnte von den Funktionären nicht aufgehalten werden. Der angesichts dieser Situation unter erheblichem Erfolgszwang stehende Parteivorstand hoffte, durch ein erfolgreiches Abschneiden bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 eine Wende herbeiführen zu können.

Wegen drängender finanzieller – teilweise auch personeller – Schwierigkeiten mußte die NPD ihren Wahlkampf im Vergleich zu früheren Jahren allerdings erheblich einschränken. Sie sah sich erstmals gezwungen, unter Verzicht auf Direktkandidaten lediglich mit Landeslisten an einer Bundestagswahl teilzunehmen. Gleichwohl versprach sie sich von ihrem Wahlprogramm,

Die NPD verliert weiter an Bedeutung.

in dem im wesentlichen mit dem Motto „Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen“ operiert wurde, die Unterstützung von gewissen Kreisen der Bevölkerung. In einer Erklärung des Parteivorstandes zu dem Thema „Ausgangslage zur Deutschland- und Europapolitik aus der Sicht der NPD“ wurde die Grundhaltung der Partei zur Situation der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland noch einmal verdeutlicht:

„... Auch ein Volk ist, wie die Einzelmenschen, eine Eigenpersönlichkeit, geprägt durch Landschaft, Klima, biologische Eigenart und Überlieferung. Kein Volk ist besser oder schlechter als ein anderes, aber jedes Volk ist anders als die anderen und hat ein Recht auf Unversehrtheit seiner biologischen und kulturellen Substanz und darauf, in seiner Eigenart und jeweils Andersartigkeit von den anderen anerkannt und geachtet zu werden. Völker sind Bausteine der natürlichen Ordnung.

Kein Mensch darf daher wegen seiner Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk verfolgt werden. Andererseits ist ein Fremder lediglich ein Gast und kein Familienmitglied . . .“

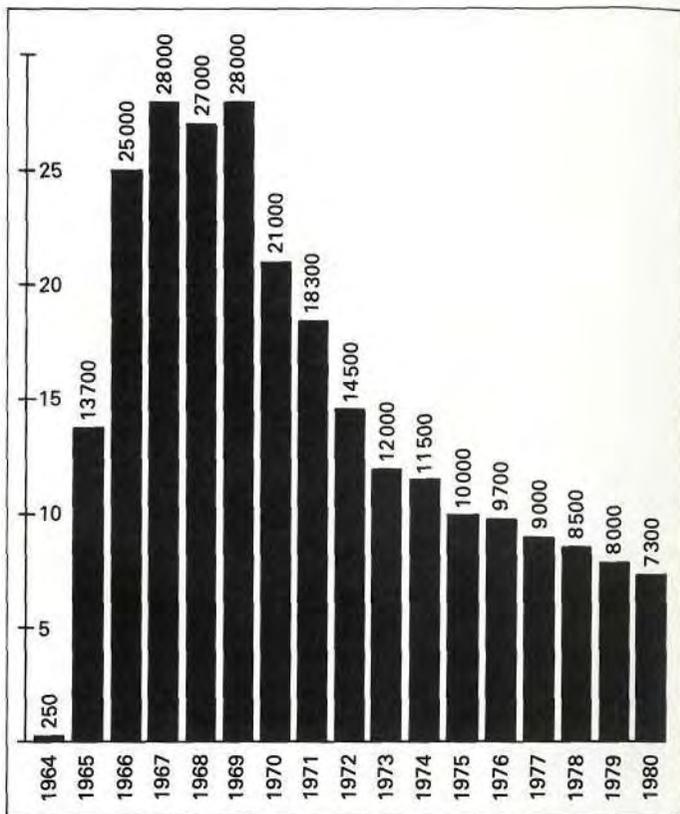
Mit diesem Wahlkampfthema glaubte die NPD, eine politische Marktlücke entdeckt zu haben. Sie setzte dabei insbesondere auf die in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit kontrovers geführte Diskussion zum Asylantenproblem. Gegen Ende des Wahlkampfes mußte sich die Partei freilich zunehmend mit Kritik aus der Bevölkerung auseinandersetzen, in der ihr Volksverhetzung und die Ausbeutung rassistischer Emotionen vorgeworfen wurde. Besorgt über den fortschreitenden Verlust jeglichen Ansehens und darüber, als geistige Urheberin und Weggefährtin des rechtsextremistischen Terrorismus betrachtet zu werden, distanzierte sich die NPD in einer Pressemitteilung wenige Tage vor der Bundestagswahl „mit Abscheu, Entsetzen und tiefer Trauer“ von dem Sprengstoffanschlag auf das Oktoberfest in München am 26. September 1980 und forderte die Wiedereinführung der Todesstrafe für „gemeinen Mord“.

Das nach dem Terroranschlag von München selbst von vielen Mitgliedern erwartete schlechte Abschneiden der Partei – die NPD erzielte bundesweit noch 67 798 (= 0,2 Prozent) der abgegebenen gültigen Zweitstimmen (1976: 122 661 = 0,3 Prozent) – ließ die internen Spannungen erneut aufbrechen. Dies wurde auf dem 14. ordentlichen Bundesparteitag der NPD am 22./23. November 1980 in Augsburg erkennbar, als der ehemalige Bundesvorsitzende der „**Jungen Nationaldemokraten**“ (**JN**), Günter DECKERT aus **Weinheim**, der seit seiner Niederlage bei den Vorstandswahlen im vergangenen Jahr heftig gegen die Parteiführung opponierte, mit Unterstützung einiger Delegierter einen Antrag auf Rücktritt des langjährigen Parteivorsitzenden Martin MUSSGUG aus **Tuttlingen** einbrachte. Dieser Vorstoß DECKERTs, der eine gewichtige Minderheit innerhalb der Partei hinter sich wußte, wurde jedoch mit klarer Mehrheit abgelehnt. Der als Vorsitzender erneut bestätigte

*Mitgliederstärke der
Nationaldemokratischen
Partei Deutschlands
(NPD) im Bundesgebiet
1964–1980*

MUSSGNUG rief statt dessen alle Parteimitglieder auf, trotz des Mißerfolges der NPD bei der Bundestagswahl 1980 nicht zu resignieren, sondern „die politische Aussage und Propaganda auf dem Gebiet der Ausländerfrage“ konsequent fortzusetzen, um als „zukunftsorientierte Partei (die) Trendwende“ einzuleiten.

Aufgrund zahlreicher Parteiaustritte, die durch Neuaufnahmen nicht mehr ausgeglichen werden konnten, ging die Mitgliederzahl der NPD im Bundesgebiet 1980 auf 7 300 (1979 = 8 000) zurück.



Im NPD-Landesverband Baden-Württemberg sind noch etwa 900 Mitglieder gegenüber 950 im Jahre 1979 organisiert. Die Gliederung des Landesverbandes (er besteht aus 37 Kreisverbänden, von denen jedoch mehr als zwei Drittel inzwischen inaktiv sind) ist seit 1979 unverändert.

Am 27. April 1980 hielt die NPD in **Stuttgart** ihren 15. ordentlichen Landesparteitag ab. Im Mittelpunkt standen dabei die Neuwahl des Landesvorstandes und die Besetzung der NPD-Landesliste für die bevorstehende Bundestagswahl. Der bisherige Landesvorsitzende Jürgen SCHÜTZINGER aus **Villingen-Schwenningen** wurde wiedergewählt und gleichzeitig zum Spitzenkandidaten des NPD-Landesverbandes Baden-Württemberg für die Bundestagswahl nominiert. Bei der Wahl am 5.

Oktober 1980 kandidierte die NPD in Baden-Württemberg lediglich mit einer 37 Personen umfassenden Landesliste und erhielt 11 410 der abgegebenen gültigen Zweitstimmen, was einem Stimmenanteil von 0,2 Prozent entsprach. Im Jahre 1976 waren auf die Partei noch 23 411 Zweitstimmen (= 0,4 Prozent) entfallen. Damit verlor die NPD in Baden-Württemberg mehr als die Hälfte ihrer Wähler und mußte das schlechteste Ergebnis seit ihrer ersten Kandidatur bei der Bundestagswahl 1965 hinnehmen.

Im Trend ähnlich waren auch die Ergebnisse dieser Anfang der siebziger Jahre beachtliche Stimmenanteile auf sich vereinigen den rechtsextremistischen Partei bei den Landtags- und Kommunalwahlen des Jahres 1980 in Baden-Württemberg: Bei der Landtagswahl am 16. März 1980 sah sich der NPD-Landesverband nur noch in der Lage, in 6 von 70 Wahlkreisen (1976: in 63 von 70) Bewerber zu nominieren. Insgesamt entfielen lediglich noch 2 341 Stimmen auf die Kandidaten der NPD.

Bei der Kommunalwahl am 22. Juni 1980 nominierte die NPD in fünf Gemeinden eigene Kandidaten. In **Villingen-Schwenningen** gelang dem NPD-Landesvorsitzenden SCHÜTZINGER erstmals und in **Weinheim** dem führenden Funktionär Günter DECKERT erneut der Einzug in ein Kommunalparlament. Mindestens zwei weitere NPD-Mitglieder (nach eigenen Angaben der NPD vier) zogen über unabhängige Wählergemeinschaften in Gemeinderäte in Baden-Württemberg ein.

Insgesamt befindet sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) aufgrund ihrer inneren Spannungen, aber auch angesichts der fast einhelligen Ablehnung durch die Wähler in einer Situation, in der ein Auseinanderbrechen oder ein Aufgehen etwa in einer rechtsextremen Parteineugründung denkbar geworden ist.

3.2 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die anhaltende, sich eher noch zuspitzende ausweglose Situation der NPD blieb auf die Jugendorganisation der Partei, die **„Jungen Nationaldemokraten“ (JN)**, nicht ohne Wirkung. Seit jeher waren die JN bestrebt, gegenüber der NPD-Führung einen „offensiveren Kurs“ durchzusetzen. Dieses Vorgehen ließ sie zwar nach außen hin entschlossener und wirkungsvoller erscheinen als die Mutterpartei, wurde von dieser indes nur bedingt toleriert. Die NPD versuchte vielmehr als „Wahrerin von Ruhe und Ordnung“ – nicht zuletzt aus taktischen Gründen –, das „kämpferische Element“ und den Konfrontationskurs ihrer Nachwuchsorganisation weitgehend zu drosseln. Ein von dem ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden Günter DECKERT unternommener Versuch, die „Erneuerung der NPD“ im Sinne der JN voranzubringen, scheiterte. Die Gängelung sowie die Mißerfolge der Partei führten bei zahlreichen JN-Mitgliedern zu wachsenden Sympathien für Gruppierungen mit neonazistischer Zielsetzung und – zunächst im norddeutschen Raum – zur Abwanderung von Mitgliedern in diese militanten Kleingruppen.

Das Selbstbewußtsein der „Jungen Nationaldemokraten“ ist trotz sinkender Mitgliederzahlen ungebrochen.

Unter dem Eindruck dieser Spannungen zwischen Partei und Jugendorganisation fand am 25. und 26. Oktober 1980 in der niedersächsischen Gemeinde Jork, westlich von Hamburg, der 9. ordentliche Bundeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten“ unter dem bezeichnenden Leitsatz „Befreit die Gedanken von gestrigen Vorstellungen!“ statt. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde dabei mit großer Mehrheit der bisherige stellvertretende Vorsitzende Rainer VOGEL aus Köln gewählt.

Der seitherige Bundesgeschäftsführer der JN, der baden-württembergische Landesvorsitzende Rudolf ENSSLEN aus **Markgröningen**, hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Im Gefolge der Wahl wurde auch die Bundesgeschäftsstelle, die seit Ende 1977 ihren Sitz in Markgröningen hatte, nach Köln verlegt.

VOGEL gilt innerhalb der NPD als Führungskraft neuen Typs, der, wie es heißt, klare nationale Wertvorstellungen mit politischer Ausstrahlungskraft verbindet und dadurch neben der JN auch die Partei für die jüngere Generation attraktiver machen soll. In seiner Vorstellungsrede auf dem NPD-Bundesparteitag am 22./23. November 1980 in Augsburg machte VOGEL unter anderem folgende Ausführungen:

„... . ‚Wir leben in dem freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat‘. Krampfhaft wird uns Tag für Tag diese Parole eingehämmert. ‚In den nächsten Jahren findet der große Kampf zwischen Liberalismus (=gut) und Marxismus (=böse) statt‘, vernehmen wir aus den vertrockneten Hirnen verbalnationaler Rudimente und naivutopischer Spätmarxisten.

In Wahrheit ist es ein großer Krampf, der sich in Westdeutschland abspielt. Zunächst leben wir auch heute in einem von Minderheiten dirigierten ‚Land‘. Nur sind es heute nicht mehr Folterkammern und Scheiterhaufen, sondern Medien, ‚veröffentlichte Meinung‘ und pseudohumanistischer Gesinnungsterror, mit denen Andersdenkenden ‚das Handwerk gelegt wird‘. Zum anderen gäbe es weder die ‚BRD‘ noch die ‚DDR‘, würden wir wirklich im ‚freiesten Staat auf deutschem Boden‘ leben ...“

Die allgemein zu beobachtende Unzufriedenheit innerhalb der JN mit dem zu „laschen“ Kurs der Parteiführung sowie eine mit der Ausgabe neuer Mitgliedsausweise verbundene Karteibereinigung führten 1980 zu einem gegenüber dem Vorjahr deutlichen Rückgang des Mitgliederbestandes:

Mitgliederstärke der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN)		
	1979	1980
Bundesrepublik Deutschland	1 400	1 000
Baden-Württemberg	220	120

rend der Wahlkämpfe zur Landtags- und Bundestagswahl 1980 nachhaltig. Dagegen beschränkte sich ihre eigene politische Arbeit wie in den Vorjahren im wesentlichen auf örtliche Veranstaltungen, Flugblattverteilungen und die Betreuung von Informationsständen.

Publikationen der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN).



Überörtliche Bedeutung hatte lediglich der unter dem Motto „Nationalismus ist Freiheit für das Volk!“ am 10. und 11. Mai 1980 in **Karlsruhe-Durlach** abgehaltene 10. ordentliche JN-Landeskongreß. Dabei wurde Rudolf ENSSLEN in seinem Amt als Vorsitzender des JN-Landesverbandes Baden-Württemberg bestätigt.

3.3 „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)

Der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB), die Studentenvereinigung der NPD, ist seit Jahren, wenngleich ohne sichtbaren Erfolg, bemüht, durch die Bildung von Hochschulgruppen Einfluß auf die politische Situation an den Universitäten des Landes zu nehmen.

Der Ende 1980 neugewählte Bundesvorstand des NHB versucht nunmehr, mit sogenannten Aktionswochen an verschiedenen Hochschulen sowie mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm Teile der Studentenschaft auf die Organisation aufmerksam zu machen und deren Ansehen wieder aufzubessern. Auf diese Weise hofft die NHB-Führung, neue Mitglieder zu gewinnen und zumindest an einigen Hochschulorten NHB-Gruppen (wieder) aufbauen zu können.

In Baden-Württemberg entfaltet derzeit lediglich eine „Aufbaugruppe“ des NHB im Raum **Heidelberg – Mannheim** schwache Aktivitäten.

4. „National-Freiheitliche Rechte“

Mitgliederzuwachs bei den Gruppen der „National-Freiheitlichen Rechten“.

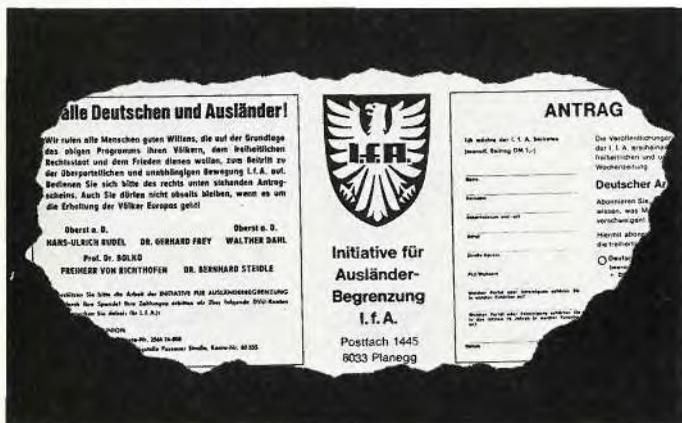
Als „National-Freiheitliche Rechte“ wird jener lose Zusammenschluß rechtsextremistischer Gruppen bezeichnet, der dem Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), Dr. Gerhard FREY, München, politisch eng verbunden ist. Mit der „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) und neuerdings mit der „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.) hat dieser den Kreis der den sogenannten „Freiheitlichen Rat“ bildenden Organisationen weiter vergrößert. Bei dem „Freiheitlichen Rat“ handelt es sich um ein von Dr. FREY 1972 gegründetes Koordinierungsgremium, dem führende Repräsentanten der jeweiligen Gruppen angehören. Dr. FREY steht diesem Gremium in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Deutschen Volkunion“ (DVU) vor. Darin vertreten sind ferner Repräsentanten des „Bundes für Deutsche Einheit – Aktion Oder-Neiße e. V.“ (AKON), der „Gemeinschaft Ost- und Sudeten-deutscher Grundeigentümer und Geschädigter-Bundesverband e. V.“ (GOG-BV), des „Jugendbunds Adler“ (JBA) sowie der „Wiking-Jugend“ (WJ). Dr. FREY hat sich durch seine Einwirkungsmöglichkeiten auf den „Freiheitlichen Rat“ eine Position geschaffen, die ihm einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf jene Bevölkerungskreise sichert, die mit seinen politisch extremen Ansichten und Wertvorstellungen übereinstimmen.

Während die nationaldemokratischen Organisationen Mitgliederverluste hinnehmen mußten und dadurch weiter an Bedeutung auch innerhalb des rechtsextremistischen Lagers verloren, konnten die sogenannten National-Freiheitlichen einen wesentlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen:

Gesamtmitgliederzahl der Gruppen der „National-Freiheitlichen Rechten“		
	1979	1980
Bundesrepublik Deutschland	6 300	10 000
Baden-Württemberg	600	900

Der sich bereits Ende des Jahres 1979 abzeichnende Zulauf an Neumitgliedern ging insbesondere auf die Gründung der „**Volksbewegung für Generalamnestie**“ (VOGA) zurück. Die VOGA versucht mit der Forderung, „den überfälligen Schlußstrich durch Generalamnestie für jedwedes behauptete oder tatsächliche Unrecht im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg“ zu ziehen, vor allem Teile der älteren Generation anzusprechen.

Mit der im Spätjahr 1980 von Dr. FREY unter dem Motto „Deutschland soll deutsch bleiben“ ins Leben gerufenen „**Initiative für Ausländerbegrenzung**“ (I.f.A.) schloß er sich bereits angelaufenen Aktionen anderer rechtsextremistischer Organisationen an, die eine in bestimmten Teilen der Bevölkerung anklingende Ausländerfeindlichkeit für ihre politischen Zwecke auszunutzen trachten.



Mitgliederwerbung der rechtsextremistischen „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.).

In dem Gründungsaufwurf der I.f.A., der im November 1980 sowohl in der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) als auch in dem Organ der DVU, dem „Deutschen Anzeiger“ (DA), veröffentlicht wurde, forderten die Initiatoren die „konsequente Eindämmung“ des „Scheinasylantentums“ sowie eine generelle Beschränkung des Ausländeranteils; „Menschen verwandter Kulturkreise“ sollten vorgezogen, „ausländische Kommunisten und erheblich vorbestrafte Nichtdeutsche“ sowie „ausländische Terroristen und Revolutionäre“ ferngehalten werden. Diese Forderungen wurden damit begründet, daß „der deutsche Charakter Deutschlands und die volkliche Einheit der Bundesdeutschen mit den Österreichern und Mitteldeutschen“ bedroht

sei und daß die „Rassenaussetzungen“ Deutschland destabilisierten.

In Baden-Württemberg organisierten 1980 von den zur „National-Freiheitlichen Rechten“ zählenden Gruppen die DVU, die AKON und die VOGA mehrere Großveranstaltungen in **Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim** und **Freiburg**, an denen bis zu 300 Personen teilnahmen.

Die „**Wiking-Jugend**“ (WJ), die durch ihren Bundesführer Wolfgang NAHRATH, Stolberg, in dem „Freiheitlichen Rat“ repräsentiert wird, steht mit den meisten namensgleichen

Zeitschrift der rechts-extremistischen „Wiking-Jugend“ (WJ).



Sturmjugend
Kampfblatt
schaffender Jugend
W.J.3.
Herausgeber: Gau Berlin
1. Folge 1. Jahrgang
Januar / Hartung 1980
1.-DM

1980



**Arbeiten - Kämpfen -
Weitermarschieren!**

Organisationen im westlichen Ausland in enger Verbindung. Im Bundesgebiet hielt sie sich 1980 in der Öffentlichkeit mit ihren Aktionen spürbar zurück, nachdem einige ihrer Mitglieder und Funktionäre wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereini-

gung oder wegen anderer neonazistischer Aktivitäten zu empfindlichen Haftstrafen verurteilt worden waren. In den zurückliegenden Jahren hatten manche Mitglieder und Funktionäre der „Wiking-Jugend“ immer deutlicher Sympathien für neonazistisches Gedankengut gezeigt.

Die rechtsextreme Jugendorganisation, die den „germanischen Rassegedanken“ propagiert und nach der Präambel ihrer Satzung „in einer Zeit der politischen Bedrohung von außen und des geistig-seelischen Verfalls von innen nach verbliebenen und neuen Werten sucht“, schult ihre Mitglieder (im Bundesgebiet rund 400, in Baden-Württemberg etwa 50) nicht nur in ideologischer Hinsicht, sondern bildet sie auch vormilitärisch aus und unterzieht sie bestimmten Härtetests: So wurden während der „26. Tage volkstreuer Jugend“ im Mai 1980 in der Eifel Jugendliche über 14 Jahren in den Disziplinen 25-km-Zielmarsch mit Gepäck, Keulwurf, Kleinkaliberschießen und Geländelauf geprüft und bewertet.

Ein unter Leitung des Bundesführers Wolfgang NAHRATH vom 13. Juli bis 15. August 1980 in Kärnten/Österreich errichtetes Zeltlager, an dem WJ-Mitglieder aus der Bundesrepublik Deutschland, den Beneluxstaaten, Italien, Frankreich und Österreich teilnahmen, wurde zwar am 18. Juli 1980 von den österreichischen Behörden zunächst verboten und aufgelöst, konnte aber schließlich nach Auswechslung der Lagerleitung weiterhin stattfinden.

Der „Gau Schwaben“ der WJ bot laut seinem „Fahrtenplan 1980“ für seine Mitglieder wieder ein umfangreiches Programm an, zu dem neben Schulungsabenden vor allem Sonnwendfeiern und Veranstaltungen mit meist folkloristischem Programm zählten. Militante Aktionen, an denen Mitglieder der WJ beteiligt gewesen wären, wurden 1980 in Baden-Württemberg nicht bekannt.

5. Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen

Neben den neonazistischen, den nationaldemokratischen und den nationalfreiheitlichen Gruppierungen bestehen in der Bundesrepublik Deutschland noch weitere Organisationen mit rechtsextremistischer Zielsetzung, von denen in unserem Lande jedoch nur die nachstehenden von einer gewissen Bedeutung sind:

5.1 „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)

Die „Gesellschaft für freie Publizistik“ wurde 1960 in Frankfurt/Main von Verlegern, Publizisten und solchen Personen gegründet, die nicht nur in der Mehrzahl bereits anderen rechtsextremistischen Organisationen angehörten, sondern bis zum Jahre 1945 auch eng mit dem Nationalsozialismus verbunden gewesen waren. In Baden-Württemberg erregte die GfP früher Aufsehen, als sie den von ihr gestifteten und mit DM

5 000,- dotierten „Ulrich-von-Hutten-Preis“ an den Amerikaner David L. HOGGAN vergab. HOGGAN hatte in seinem Buch „Der erzwungene Krieg“ das NS-Regime pauschal gerechtfertigt und die Hauptschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges den Westmächten angelastet.

In den nachfolgenden Jahren beschränkte sich die GfP, die angeblich eine „objektive Geschichtsbetrachtung“ (in Wahrheit freilich aus nationalsozialistischer Sicht) anstrebt und gegen „Umerziehung und Meinungsmonopole“ kämpft, zumindest in Baden-Württemberg auf von der Öffentlichkeit kaum beachtete kleinere Veranstaltungen, die über den engeren personellen Rahmen der Organisation nicht hinauswirkten. Seitdem die NPD um ihre Existenz ringt und ernsthaft über die Möglichkeiten und Aussichten der Gründung einer neuen „Rechtspartei“ diskutiert wird, gewann die Organisation allerdings wieder an Bedeutung. Veranstaltungen der GfP werden in jüngster Zeit immer häufiger als Plattform für derartige Erörterungen genutzt, wobei dem ehemaligen Bundesvorsitzenden sowohl der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) als auch der ihr folgenden NPD, Adolf von THADDEN, eine neue, zumindest meinungsbeeinflussende Rolle zugewachsen ist.

5.2 „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)

Der „**Bund Heimattreuer Jugend**“, dessen Mitgliederentwicklung in Baden-Württemberg (etwa 50 Jugendliche und Funktionäre) seit einiger Zeit stagniert, pflegt zahlreiche Kontakte zu anderen rechtsextremen Organisationen wie den „Jungen Nationaldemokraten“ und der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP). Seit 1965 beteiligt sich der BHJ regelmäßig an der alljährlich stattfindenden Gedenkveranstaltung „Ijzerbedevaart“ in Belgien, an der in den letzten Jahren auch neonazistische Gruppen und Einzelaktivisten aus der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen.

Die Leitstelle Süd des BHJ mit Sitz in **Stuttgart**, der die BHJ-Gruppen in Bayern und Baden-Württemberg unterstehen, veranstaltete 1980 wieder zahlreiche Jugendlager, so vom 29. März bis 2. April 1980 in **Biberach/Riß** ein Oster- und vom 3. bis 17. August 1980 in **Mönchsdeggingen/Bayern** ein Sommerlager. Beide waren jeweils von etwa 60 Jugendlichen besucht. An dem von der Bundesführung des BHJ vom 27. Dezember 1980 bis 2. Januar 1981 in **Alpirsbach** durchgeführten Winterlager nahmen etwa 150 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

5.3 Kreisgemeinschaft Ostalb des „Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V.“ (HIAG)

Die in jüngster Zeit eindeutig rechtsextremistische Tendenzen verfolgende **HIAG-Kreisgemeinschaft Ostalb** ist eine regionale Untergliederung des „Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V.“ (HIAG). Diese Vereinigung, der etwa 100 Mitglieder angehören, wird seit 1979 von Hans MEZGER, **Leinzell**, geleitet. Dieser hatte 1977 bereits die rechtsextremi-

stische „Europäische Kameradschaft ehemaliger Soldaten“ (EKS) gegründet, deren Angehörige heute weitgehend der HIAG-Kreisgemeinschaft Ostalb als ordentliche oder fördernde Mitglieder angehören. Der als zweiter Landessprecher auch dem Vorstand des HIAG-Landesverbandes Baden-Württemberg angehörende MEZGER bekennt sich in seinen Publikationen immer offener zu rechtsextremem Gedankengut. In den von ihm herausgegebenen „Informations-Briefen“ und „Rundschreiben“ der HIAG-Kreisgemeinschaft Ostalb leugnet oder verharmlost er die NS-Verbrechen: So bezeichnet er die Tötung von 6 Millionen Juden durch das NS-Regime als „Massenvernichtungslüge“ oder „von Zionisten ausgeheckten Millionenschwindel“. Bei seinen diesbezüglichen Äußerungen beruft er sich im wesentlichen auf Behauptungen in rechtsextremistischen Publikationen, wie sie etwa „Der Jahrhundertbetrug“ und „Die Auschwitz-Lüge“ darstellen.

Im „Informations-Brief“, Ausgabe: Juli 1980, wird in einem Beitrag mit der Überschrift „Der Zionsadler symbolisiert die



Publikation der Kreisgemeinschaft Ostalb des „Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V.“ (HIAG).

totale Unterwerfung der Bundesrepublik unter die zionistische Diktatur“ in besonders übler Weise Hetze gegen unser Staatswesen betrieben. In dem Pamphlet, dem die Darstellung des von einem Davidstern symbolhaft umschlossenen Bundesadlers vorangestellt ist, heißt es unter anderem:

„... Das Symbol des Deutschen Reiches, seiner Einheit, Kraft und Größe war der Reichsadler.
Die alte Vorlage dieses Symbols findet man noch auf dem geltenden EIN-MARK-Stück.
Sehen wir uns aber das ZWEI-MARK-Stück an, dann stellen wir fest, daß es sich etwas geändert hat, und wer hätte das geahnt?
Das sechsgeockte BRD-Symbol, der Zionsadler, ist unsichtbar im ‚Magen Davids‘ gefangen wie eine Fliege im Spinnennetz.
Das (jüdisch-)zionistische Symbol von Macht und Herrschaft, der Sechsstern, Davidstern, Zionstern oder ‚Magen Davids‘ bleibt unsichtbar ...“

Die bildliche Darstellung, die Überschrift des Artikels sowie Textteile entnahm MEZGER einer Schrift, die der als Verfasser rechtsextremistischer Bücher wie „Die Endlösung der Judenfrage“ bekannte Journalist Wolf Dieter ROTHE, Frankfurt/Main, unter dem Titel „Volksbewegung gegen antideutsche Greueltügel“ verfaßt und verbreitet hat.

6. Rechtsextremistische Publizistik

Die Bedeutung der rechtsextremistischen Publizistik wird mitbestimmt durch ihren Einfluß auf solche Kräfte, die sich – ohne Rechtsextremisten zu sein – durch die Tendenz dieser Art von Schrifttum bestätigt sehen und dadurch für rechtsextremistisches Gedankengut mehr und mehr anfällig werden. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen dabei die partei- und organisationsunabhängigen Druckerzeugnisse, die von sogenannten freien Verlagen herausgegeben, teilweise auch von entsprechenden Buchdiensten verbreitet werden.

Eine der in diesem Sinne einflußreichsten Zeitungen ist die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ), die zusammen mit dem Organ der DVU, dem „Deutschen Anzeiger“ (DA), in der „DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“, München, erscheint. Für die beiden Zeitungen, die zusammen eine Wochenauflage von über 100 000 Exemplaren erreichen, zeichnet Dr. Gerhard FREY, München, als Herausgeber und Chefredakteur verantwortlich.

Dagegen hat die „Deutsche Wochenzeitung“ (DWZ), die in der „Deutschen Verlagsgesellschaft mbH“ in Rosenheim erscheint, an Resonanz verloren. Die der NPD nahestehende Zeitung hat nur noch eine Auflage von etwa 20 000 Exemplaren.

Unter den rechtsextremistischen Monatsschriften sind die von Bernhard C. WINTZEK, Asendorf, herausgegebene Publikation

„MUT“ (Auflage 10 000) sowie die Zeitschrift „NATION EUROPA“ (Auflage 9 500), verantwortlich Peter DEHOUST, Coburg, von überregionaler Bedeutung.

Das Organ der NPD, die monatlich erscheinende „Deutsche Stimme“, hat trotz der noch immer hohen Auflage von nahezu 100 000 Exemplaren erheblich an Einfluß verloren. Es wird deshalb verstärkt an Informationsständen der Partei zu Werbezwecken eingesetzt und kostenlos verteilt.

In Baden-Württemberg macht der in **Tübingen** ansässige, 1952 zunächst als „Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung“ gegründete „Grabert Verlag“ in jüngster Zeit wieder verstärkt auf sich aufmerksam. Die von ihm vierteljährlich herausgegebene Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ zeigt seit der Bestellung von Wilfried von OVEN, dem ehemaligen Adjutanten und Pressereferenten des NS-Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Joseph GOEBBELS, zum Chefredakteur eine aggressiver werdende rechtsextremistische Tendenz. Dies äußert sich insbesondere in Beiträgen zum Thema „NS-Vergangenheit“ und in der mit wissenschaftlichem Anstrich geführten Diskussion über die „Endlösung der Judenfrage“.

Außerdem publiziert der Verlag immer häufiger Bücher rechtsextremistischer Autoren und spricht in seinen Werbetexten von der „Lüge der Alleinschuld Deutschlands am zweiten Weltkrieg“. Mit Beschluß vom 31. Juli 1980 (Az XVI KLS 115/80) hat das Landgericht Stuttgart die Beschlagnahme sämtlicher Exemplare des im „Grabert Verlag“ erschienenen Buches „Der Auschwitz-Mythos – Legende oder Wirklichkeit?“ (Verfasser: Dr. jur. Wilhelm STÄGLICH, Seedorf-Kembs/Schleswig-Holstein) sowie der zur Herstellung der Schriften gebrauchten oder bestimmten Vorrichtungen, wie Platten, Formen, Drucksätze, Druckstöcke, Negative oder Matrizen, angeordnet.

Durch gezielte Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden konnte die Einfuhr im Ausland in großer Zahl hergestellter neonazistischer Schriften und Pamphlete zwar spürbar gedrosselt, jedoch bisher nicht vollständig unterbunden werden. Immerhin ist es gelungen, den Empfängerkreis beträchtlich einzuzengen.

III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer

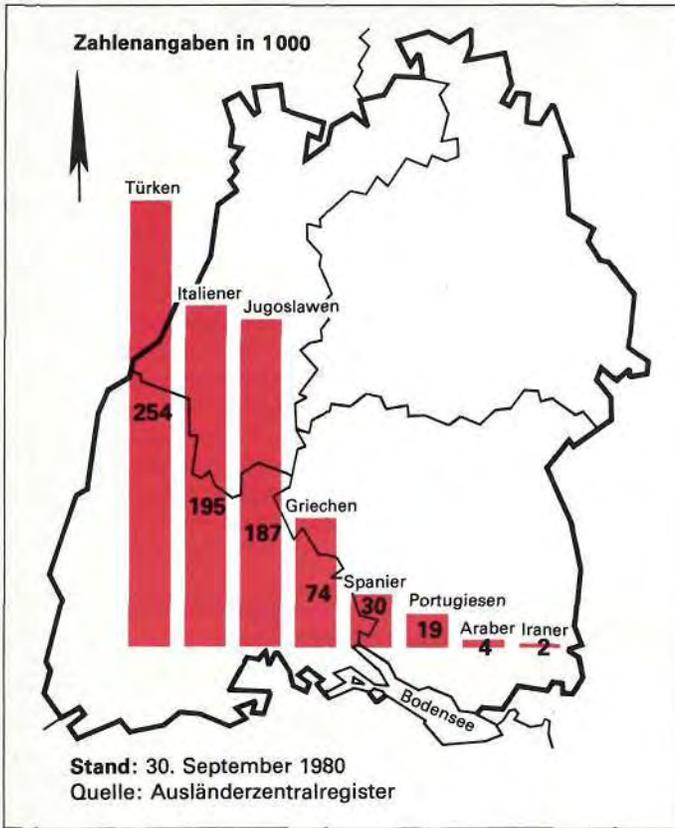
1. Allgemeiner Überblick

Die weit überwiegende Mehrzahl der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer verhält sich gesetzestreu.

Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung ist in Baden-Württemberg von 852 000 im Jahre 1979 auf 912 000 (Stand: 30. September 1980) gestiegen. Auch die Zahl extremistischer Ausländergruppen hat sich gegenüber 1979 erhöht; diesen ist es zugleich gelungen, ihr Mitgliederpotential zu vergrößern. Die Feststellung, daß die weit überwiegende Mehrzahl der im Bundesgebiet lebenden Ausländer sich gesetzestreu verhält, bleibt dennoch uneingeschränkt weiterhin gültig. Insgesamt sind etwa 1,9% (1979: 1,7%) der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer in Vereinigungen mit extremistischer oder terroristischer Zielsetzung organisiert.

Mitgliederstärke ausländischer Extremistengruppen in Baden-Württemberg					
	orthodox-kommunistisch	Neue Linke/ sozialrevolutionär	rechts-extrem	Mitglieder insgesamt	
				1979	1980
Türken	2 700	800	3 500	6 300	7 000
Araber/ Palästinenser	190	460		650	650
Iraner	30	50	120	200	200
Italiener	2 500		1 000	3 700	3 500
Jugoslawen			450	500	450
Griechen	4 750	50	50	2 200	4 850
Spanier	250			250	250
Portugiesen	150			150	150
Sonstige				550	550
				14 500	17 600

Von der Zunahme profitierten vor allem die extrem nationalistischen und orthodox-islamischen türkischen Vereinigungen sowie die orthodox-kommunistisch beeinflussten griechischen Betreuungsorganisationen. Einen – wenn auch geringen – Mitgliederverlust erlitten dagegen die italienischen Rechtsextremisten. Die politisch extremen oder in Ansätzen terroristisch geprägten Ausländerorganisationen werden – dies ist seit Jahren erkennbar – sowohl ideologisch als auch in ihrem taktischen Vorgehen von den politischen Verhältnissen in ihren jeweiligen Heimatländern motiviert. Es fällt auf und gibt zur Besorgnis Anlaß, daß in neuerer Zeit bei vielen von ihnen eine wachsende Neigung zu aggressivem Aktionismus sichtbar wird. Dies trifft insbesondere

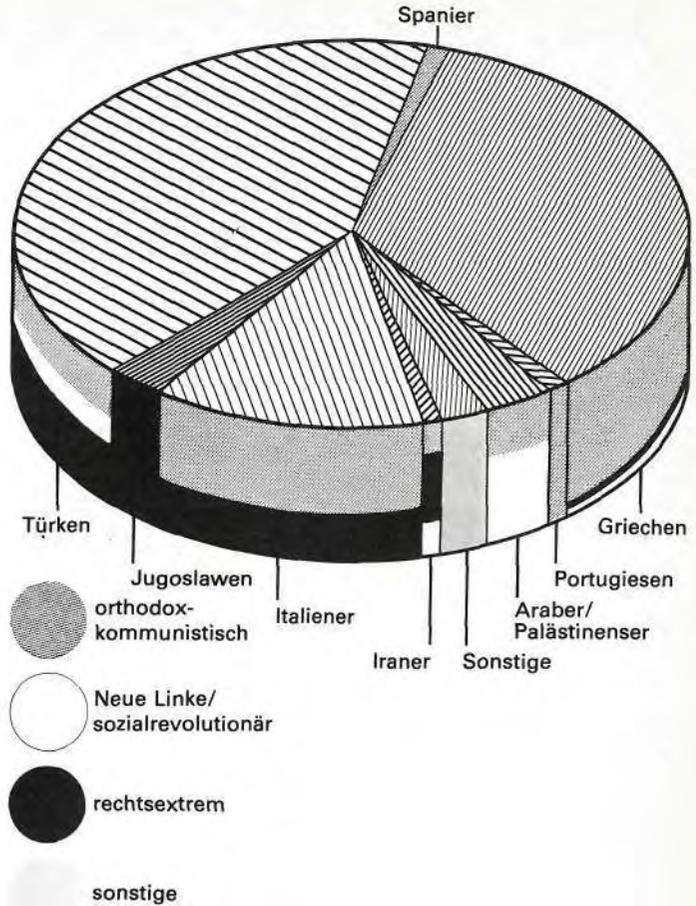


für sozialrevolutionäre und der „Neuen Linken“ zuzurechnende Gruppierungen zu, findet sich inzwischen aber auch bei einigen extrem nationalistischen und religiös-fanatatischen Vereinigungen. Hinzu kommt, daß bei vielen Ausländerorganisationen die früher noch weitgehend wirksam gewesene Hemmschwelle vor Verunglimpfungen und Bedrohungen der Bundesrepublik Deutschland sowie vor unsachlicher Kritik an innen- und außenpolitischen Entscheidungen des Gastlandes heute zunehmend überschritten wird.

Neben dem zusehends militanteren Auftreten einiger ausländischer Extremistengruppen bleibt auch künftig zu berücksichtigen, daß Gewaltakte von kurzfristig einreisenden „Kommandos“ oder Einzelgängern begangen werden können. Baden-Württemberg ist zwar 1980 von Anschlägen ausländischer Terroristen verschont geblieben; dennoch ist nicht zu übersehen, daß sowohl palästinensische Widerstandsgruppen als auch kurdische und armenische Befreiungsorganisationen, die in letzter Zeit vermehrt durch Terrorakte im Ausland in Erscheinung getreten sind, ernstzunehmende Risiken für die Sicherheit unseres Landes darstellen.

Unveränderter Schwerpunkt bei der Beobachtung politisch extremer Bestrebungen von Ausländern sind die **türkischen**

Aufgliederung der extremistischen Ausländervereinigungen in Baden-Württemberg nach Nationalitäten und nach politisch-ideologischer Zielsetzung.

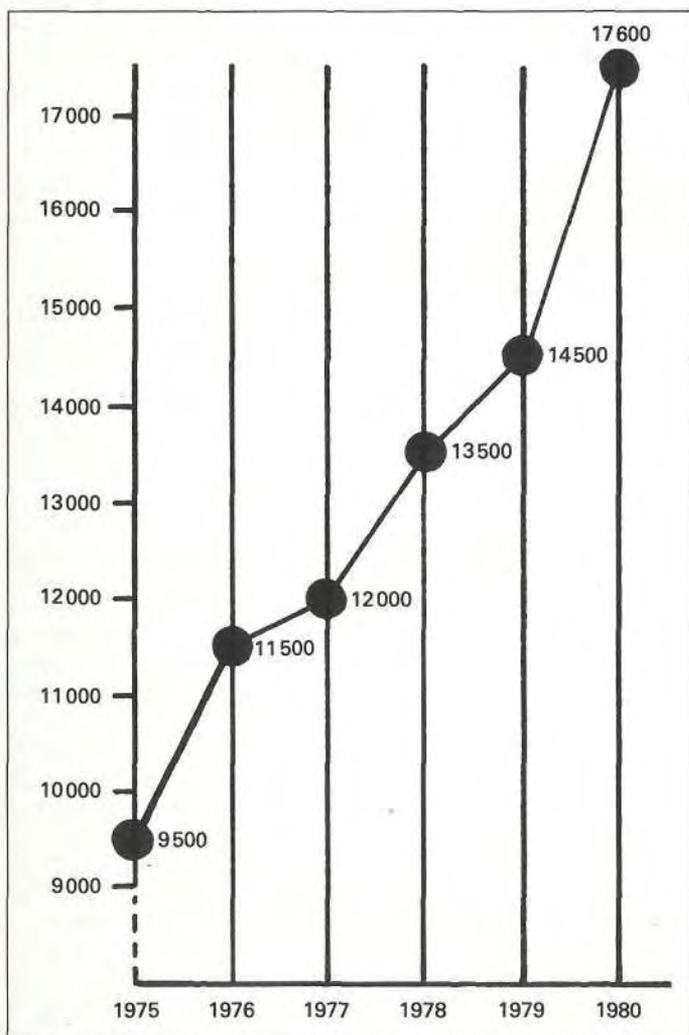


Türkische Extremistengruppen weiterhin Beobachtungsschwerpunkt.

Extremistengruppen, die sich mit anhaltender Heftigkeit untereinander bekämpfen. Anlaß dieser Auseinandersetzung ist noch immer die wenig stabile innenpolitische Situation in der Türkei, die zu einer starken Polarisierung der beiden extremistischen Flügel am Rande des politischen Spektrums geführt hat. Nahezu spiegelbildlich hat sich diese innertürkische Auseinandersetzung auf die im Bundesgebiet lebenden Türken (1980 nahezu 1,5 Millionen) übertragen. Dabei ist die von linksextremistischen Gruppen seit Jahren unter dem Motto „Tod den Grauen Wölfen“ geführte „Antifaschismus-Kampagne“ von wachsender Härte gekennzeichnet, was wiederum bei den extremnationalistischen und orthodox-islamischen Türken die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt weiter verstärkt hat. Die Machtübernahme durch die türkische Armee am 12. September 1980 hat die Auseinandersetzung zwischen den rivalisierenden Extremistengruppen zunächst etwas in den Hintergrund gedrängt und bei ihnen sehr unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während die türkischen Linksextremisten bundesweit mit

Protesten und Demonstrationen an die Öffentlichkeit traten, hatte selbst die Verhaftung des Vorsitzenden der „**Partei der Nationalen Bewegung**“ (MHP), Alparslan TÜRKES, durch die türkischen Militärs bei den rechtsextremistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland zunächst keine hiergegen gerichteten Aktionen zur Folge.

Ihren vorgeblichen Kampf gegen den Faschismus in der Türkei und im Gastland führen die türkischen Kommunisten aller ideologischen Schattierungen bisher nicht gemeinsam; vielmehr kommt es immer häufiger zu Gewalt zwischen rivalisierenden Organisationen. Die türkischen Linksextremisten werden allerdings in zunehmendem Maße von gleichgesinnten deutschen Gruppierungen unterstützt, die hierin eine Chance sehen, ihr schwächer gewordenenes Potential zumindest für bestimmte Zwecke und Anlässe zu vergrößern. Eines von mehreren Ergeb-



*Mitgliederentwicklung
bei den ausländischen
Extremistengruppen
1975–1980.*

nissen dieser „Kampfeinheit mit den deutschen Genossen“ dürfte sein, daß in letzter Zeit deutsche Behörden, Politiker und demokratische Parteien massiv der Untätigkeit gegenüber „fascistischen Organisationen“ beschuldigt werden.

Zunehmende Bedeutung erlangen seit einiger Zeit die Aktivitäten **kurdischer Extremisten**. Als Staatsangehörige der verschiedensten Länder, so der Türkei, des Iran, des Irak, Syriens und der UdSSR, verfolgen die kurdischen Extremisten ein gemeinsames Ziel: die Errichtung eines autonomen Kurdenstaates. Infolgedessen sind auf den jeweiligen Heimatstaat bezogene sonstige Forderungen und Anliegen in der Regel von untergeordneter Bedeutung. Indessen erklärt die Tatsache, daß die Mehrzahl der extremistischen Kurden die türkische Staatsangehörigkeit besitzt und überwiegend orthodox-kommunistischen oder marxistisch-leninistischen Organisationen angehört, ihr häufiges Auftreten bei Protestaktionen türkischer Vereinigungen.

Durch Attentate auf Diplomaten sowie durch Sprengstoffanschläge auf türkische Einrichtungen im In- und Ausland versuchen **armenische Terroristengruppen** in wachsendem Umfang, die türkische Regierung zu zwingen, den in der Türkei lebenden Armeniern Unabhängigkeit zu gewähren. Insbesondere die junge Generation der in Europa und Amerika im Exil lebenden Armenier glaubt, ihr Recht nur noch durch Gewalt erlangen zu können. Ihre besondere Gefährlichkeit liegt in der Brutalität und Häufigkeit der Terrorakte, wobei Menschenleben nicht geschont werden.

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland einer der wichtigsten Bündnispartner der Türkei ist, waren deutsche Einrichtungen im In- und Ausland bisher nicht vorrangiges Ziel armenischer Terroristen. Der einzige armenischen Kommandos zuzuordnende Anschlag im Bundesgebiet, bei dem ein Passant leicht verletzt wurde und Sachschaden in Höhe von DM 50 000,- entstand, richtete sich am 27. August 1979 gegen das Büro der „Turkish-Airlines“ in Frankfurt/Main. Bei Sprengstoffanschlägen am 17. November 1979 in Paris und am 18. Februar 1980 in Rom waren Niederlassungen der „Lufthansa“ betroffen.

Die **arabisch-palästinensischen Gruppen** konnten ihren ideologischen Einfluß und ihre organisatorische Basis bei ihren Landsleuten im Bundesgebiet nicht weiter festigen. Die zu einem gewissen Stillstand gekommenen Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel, die Uneinigkeit der arabischen Staaten, der „Bruderkrieg“ im Libanon sowie das Ausbleiben finanzieller und sonstiger materieller Hilfe aus den kriegführenden Ländern Iran und Irak minderten zunehmend die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in den verschiedenen arabischen Vereinen. Hinzu kamen anhaltende interne Auseinandersetzungen um die Person des offiziellen Vertreters der **PLO** in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. AL FRANGI, die im Grunde nur die Richtungs- und Machtkämpfe im Nahen Osten widerspie-



Publikationen extremistischer palästinensischer Gruppen.

geln. Anschläge und erkannte Vorbereitungen hierzu in Westeuropa, von denen unter anderem auch die Bundesrepublik Deutschland berührt war, zeigen allerdings, daß Risiken für die innere Sicherheit, ausgehend von palästinensischen Terroristen, weiterhin nicht ausgeschlossen werden können.

Im Bereich der vor allem von Studenten getragenen **iranischen Vereinigungen** begannen sich Anhänger und Gegner des KHOMEINI-Regimes zu formieren. Während die Befürworter einer demokratischen, westlich geprägten Regierungsform im Iran sich offenbar um den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Shapur BAKHTIAR sammeln, vertritt die islamisch-nationalistische „**Union der Islamischen Studentenvereine in Europa**“ (**UISEA**) die Politik der derzeitigen iranischen Regierung und ist deren Sprachrohr in der Bundesrepublik Deutschland. Sie konnte freilich ihr Ziel, die politisch in unterschiedlichste Richtungen laufende Entwicklung bei den im Bundesgebiet lebenden Iranern zu verhindern, nicht erreichen. Die zur Zeit des Schah-Regimes auch in unserem Lande sehr aktiven und militanten Gruppierungen der „**Conföderation Iranischer Studenten-National-Union**“ (**CISNU**) haben seit der „Islamischen Revolution“ sichtbar an Bedeutung verloren.

Die **kroatische Emigration** ist derzeit durch die Existenz zweier sowohl in ideologischer als auch in taktischer Hinsicht sich konträr gegenüberstehender Lager gekennzeichnet. Die national-konservative Gruppe der sogenannten „Altemigranten“, die als extrem nationalistisch einzuordnen ist, lehnt angeblich jede Gewaltanwendung ab und will ihrem Ziel, der Errichtung eines freien und unabhängigen Staates Kroatien, auf dem Verhandlungswege näherkommen. Die zweite Gruppe, in der sich vor allem jene Kroaten zusammenfinden, die einen national-kommunistischen Kurs verfolgen und dem sogenannten „Kroatischen Frühling“ zuzurechnen sind, will das gleiche Ziel mit Gewalt, notfalls auch mit Unterstützung der Sowjetunion, zu deren Führung sie eigenen Behauptungen zufolge gute Verbindungen unterhält, erreichen.

Im Mittelpunkt des Interesses stand 1980 die Frage, wie sich die exilkroatischen Extremisten nach dem Ableben des jugoslawischen Staatspräsidenten TITO am 4. Mai 1980 verhalten werden. Die für diesen Zeitpunkt seit langem angekündigten Aktionen gegen Staat und Partei Jugoslawiens sind indes ausgeblieben.

2. Türken

Öffentliche Aufrufe zur Gewalt durch türkische Extremistengruppen.

Der seit Jahren anhaltende Zustrom türkischer Staatsangehöriger in unser Land hat sich fortgesetzt; in Baden-Württemberg lebten am 30. September 1980 254 000 Türken, 1979 waren es noch 216 000. Während sich auch bei dieser Ausländergruppe die weit überwiegende Mehrzahl an Recht und Gesetz des Gastlandes hält, sind jedoch immerhin knapp drei Prozent in extremistischen Gruppierungen organisiert. Die seit langem anhaltenden ernstesten innerpolitischen Konflikte und Schwierigkeiten der Türkei, die auch von den seit dem 12. September 1980 die Macht ausübenden Militärs nicht beseitigt werden konnten, lassen in Verbindung mit fanatischem, religiösem und ideologischem Sendungsbewußtsein die Aggressivität in der Auseinandersetzung zwischen den verfeindeten politischen Lagern weiter wachsen. Dies wird belegt durch eindeutige und unmißverständliche öffentliche Aufrufe in den Publikationen extremistischer Gruppen. So formuliert etwa eine linksextremistische türkische Zeitung:

„Unsere Partei ruft alle Revolutionäre auf, die nachfolgend namentlich aufgeführten Faschisten aus Löchern, in denen sie sich befinden, herauszuholen. Wir rufen alle Revolutionäre auf, die diese Volksfeinde kennen, sehen oder wissen, wo sie sich befinden: Tötet diese Volksfeinde, wo ihr sie seht. Wir rufen das ganze werktätige Volk auf, mobilisiert euch, damit die Todesstrafe, die diese Volksfeinde verdienen, durchgeführt werden kann!“

„Der Tag wird kommen, an dem unsere Fäuste mit Groll und Haß wie ein Schmiedehammer auf ihre Köpfe einschlagen werden. Der Tag der Rache wird kommen, dann werden wir ihnen zeigen, wie Blut gegen Blut, Zahn gegen Zahn und Auge gegen Auge gekämpft wird. Unser Kampf wird bis zum letzten Atemzug weitergehen und zum Sieg führen.“

Solche Äußerungen verstärken die Polarisierung zwischen den sich unversöhnlich gegenüberstehenden Lagern türkischer Extremisten. Die nachstehende Zusammenstellung von Ausschreitungen (vgl. unten Ziff. 2.5) zeigt deutlich die Zunahme und Verschärfung der gewalttätig ausgetragenen Konflikte allein im Jahre 1980.

Die Bundesrepublik Deutschland, ihre Institutionen und die demokratischen Parteien sind vor allem seitens der Organisationen der türkischen „Neuen Linken“, die zumeist proalbanisch orientiert sind, ein Schwerpunkt der Agitation. So wird behauptet, „der westdeutsche Imperialismus“ sei „Quelle der Vorbereitung und Ausübung des Faschismus“, während Maßnahmen insbesondere der Sicherheitsbehörden öffentlich als „faschistischer Terror“ gebrandmarkt werden. Sich selbst bezeichnen die türkischen Linksextremisten als „Vollstrecker legitimer Volksinteressen“.

Zur Verbreitung ihrer politisch extremen Ziele bedienen sich die türkischen Links- und Rechtsextremisten vielfältiger Mittel der Propaganda und der Indoktrination. Mit als Folklore- und Kulturveranstaltungen getarnten Versammlungen, mit Demonstrationen, Hungerstreiks, Flugblattaktionen und Farbschmierereien versuchen sie, Landsleute für ihre Absichten zu gewinnen.

2.1 Orthodox-kommunistische türkische Organisationen

Die von der „**Türkischen Kommunistischen Partei**“ (TKP) (seit 1922 in der Türkei verboten, Exilsitz: Ost-Berlin) im Jahr 1977 gegründete „**Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.**“ (FIDEF) ist unter den orthodox-kommunistisch beeinflussten Betreuungsorganisationen mit etwa 18 400 Mitgliedern die bei weitem stärkste Gruppierung. Mit großem Nachdruck verlangt die FIDEF in zahlreichen Flugblättern und Zeitungsartikeln von der Bundesregierung ein „Verbot der faschistischen Türkföderation“ und der „**Grauen Wölfe**“. Weiter fordert sie ultimativ, die umfangreiche deutsche „Türkeihilfe zu stoppen“ und umgehend den Visumzwang für türkische Staatsangehörige, der eine „kollektive Diskriminierung der Türken darstellt“, aufzuheben. Unverblümt tritt die FIDEF für die „Solidarität mit der TKP“ ein, weil die Kommunisten die Grundlage geschaffen hätten, auf der sich die „gleichberechtigte und freiwillige Zusammenarbeit der türkischen und der kurdischen Werktätigen in den Gewerkschaften, in den anderen Organisationen und nicht zuletzt auch in der FIDEF entwickelt“. Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben bezeich-

FIDEF – von der „Türkischen Kommunistischen Partei“ mit Sitz in Ost-Berlin gegründete Betreuungsorganisation.

net die FIDEF die Sammlung von Geldspenden zur Finanzierung ihrer „vielfältigen Aktivitäten in sozialen und kulturellen Bereichen sowie für den ständigen Einsatz gegen die faschistische Gefahr“.

2.2 Türkische Organisationen der „Neuen Linken“

Türkische Gruppen der „Neuen Linken“ suchen gewaltsame Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Ungeachtet der tiefgreifenden ideologischen Differenzen innerhalb der türkischen „Neuen Linken“ besteht weitgehende Übereinstimmung in dem Hauptziel der gewaltsamen Beseitigung der bestehenden Staatsform in der Türkei und der Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. Zu den mitgliederstärksten Organisationen zählen die von der „**Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten**“ (TKP/ML) beeinflussten Vereinigungen „**Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.**“ (ATIF), die „**Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V.**“ (ATÖF) und die „**Konföderation der Studenten aus der Türkei/Ausland**“ (TÖK-YD).

Plakat von Gruppen der türkischen „Neuen Linken“.

DAS IST „TÜRKEI-HILFE“:

**WESTDEUTSCHE
IMPERIALISTEN UNTERSTÜTZEN
DEN FASCHISMUS IN DER
TÜRKEI und VERFOLGEN
ANTIFASCHISTEN AUS DER
TÜRKEI IN WESTDEUTSCHLAND**



**KAMPF GEGEN JEDLICHE
„TÜRKEI-HILFE“.**

**SOLIDARITÄT MIT DEN VERFOLGTEN
ANTIFASCHISTEN AUS DER TÜRKEI
IN WESTDEUTSCHLAND.**

ATIF/ATÖF (MITGLIED DER TÖK-YD)

In der Öffentlichkeit traten Angehörige der TKP/ML und ihrer „Frontorganisation“, der „**Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee**“ (TIKKO), 1980 vor allem durch Schmieraktionen wie

„Wir werden die herrschende Klasse abschaffen und die Volksregierung gründen“

„Der Sieg ist nur mit dem Gewehrlauf zu erreichen“

„Linke sterben, Linke leiten das Volk zum Krieg, hoch lebe das Volk“

„Heute sind wir eine Bande, morgen sind wir eine rote Armee, den faschistischen Henkern sind wir eine Drohung“

in Erscheinung. Betroffen waren vor allem **Stuttgart, Saugau, Mannheim, Nagold, Balingen, Böblingen, Sindelfingen, Herrenberg** und **Göppingen**. ATIF, ATÖF und TÖK-YD konzentrierten dagegen ihre Aktivitäten vorrangig auf Demonstrationen sowie Plakat- und Flugblattaktionen. Dabei prangerten sie vor allem „die enge Zusammenarbeit des westdeutschen Imperialismus mit türkischen Faschistenbänden“, die „reaktionären Ausländergesetze“ und den „faschistischen westdeutschen Unterdrückungsapparat“ an.

Gleichzeitig forderten sie zum „Kampf gegen jegliche Türkeihilfe“ und zur „Unterstützung des Kampfes gegen die Beschützer und Ziehväter der Faschisten, die (deutschen) Polizei-, Justiz- und Verwaltungsorgane“ auf.

Diesen Parolen wurde in verschiedenen Städten des Bundesgebiets durch Hungerstreiks Nachdruck verliehen, wobei türkische Extremisten mehrfach von Angehörigen deutscher linksextremer Gruppen durch Solidaritätsaktionen unterstützt wurden. In erhöhtem Maße besorgniserregend war aber das über derartige Aktivitäten hinausreichende erkennbare Bestreben, die gewalttätige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, insbesondere mit den Angehörigen und Sympathisanten der pauschal als „Graue Wölfe“ bezeichneten MHP zu suchen.



Publizistischer Kampf linksextremistischer türkischer Gruppen gegen Mitglieder und Sympathisanten der rechtsextremistischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP).

Während die ATIF ihre Aktionen hauptsächlich in den Städten **Mannheim, Heilbronn, Stuttgart, Pforzheim, Böblingen,**

Schwäbisch Gmünd, Aalen, Ulm und Albstadt durchführte, beschränkten sich ATÖF und TÖK-YD im wesentlichen auf die Agitation an den Universitäten **Stuttgart** und **Konstanz**.

Eine Vielzahl weiterer Gruppen und Zirkel der türkischen „Neuen Linken“ trat vor allem durch häufige Flugblattverteilung, durch Beteiligung an Demonstrationen mit unterschiedlichen Begründungen und unter wechselnden Vorwänden sowie durch vereinzelte Schmieraktionen in Erscheinung. Zu nennen sind hier die **„Föderation Türkischer Volksvereinigungen in Europa“ (HBF)**, die Auslandsorganisation der **„Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“ (TIKP)**, die im Februar 1980 gegründete **„Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei“ (TDKP)** mit ihrer Unterorganisation **„HALKIN KURTULUSU“** sowie die neuerdings auftretende **„DEVIRIMCI YOL“** – eine Unterorganisation der **„Türkischen Volksbefreiungspartei-Front“ (THKP-C)**.

Publikation der orthodox-kommunistischen „Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland“ (KOMKAR).

TÜRKEIHILFE - WOFÜR?



DIE MILLIARDEN DES WESTENS

GENEN

DIE VÖLKER DER TÜRKEI?

Berichte und Dokumente

2.3 Linksextremistische kurdische Gruppierungen

Die orthodox-kommunistische „**Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland**“ (**KOMKAR**) mit ihren Mitgliedsvereinen in **Mannheim, Stuttgart** und **Konstanz** sowie die ebenfalls moskauorientierten Studentenorganisationen „**Vereinigung der Kurdischen Studenten in Europa**“ (**KSSE**) und „**Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland**“ (**AKSA**) an den Universitäten **Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Karlsruhe** und **Konstanz**, machten vor allem mit Spendenaufrufen, Publikationen, Flugblättern und durch die Teilnahme an Demonstrationen auf sich aufmerksam. Dabei richteten sich ihre Proteste vorrangig gegen die „Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung“ durch die türkische Regierung; immer häufiger wird aber auch gegen das Gastland, die Bundesrepublik Deutschland, polemisiert. So heißt es in einem Aufruf der KOMKAR anlässlich einer Demonstration in **Mannheim**:

„Die Bundesrepublik ist zum Tummelplatz türkischer und deutscher Faschisten geworden. Wo rechte Kräfte ihre Aktivitäten verstärken und Berufsverbote an der Tagesordnung sind, ist der Frieden in Gefahr. Wo Strauß die Arbeiterorganisationen und alle fortschrittlichen Organisationen und Personen angreift, wo die ausländischen Arbeiter nicht gleichberechtigt sind, sind faschistische Angriffspunkte.“

Zu ideologisch gleichgesinnten türkischen Gruppierungen bestehen enge Verbindungen, die sich unter anderem auch darin manifestieren, daß deren Agitationsparolen übernommen werden.

2.4 Türkische rechtsextremistische und extrem nationalistische Vereinigungen

Die in weiten Teilen der Öffentlichkeit pauschal als „**Graue Wölfe**“ bezeichneten türkischen Rechtsextremisten, die in ihrer Mehrzahl den Mitgliedsverbänden der von der extrem nationalistischen „**Partei der Nationalen Bewegung**“ (**MHP**) gesteuerten „**Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereine in Europa**“ (**ADÜTDF**) angehören, haben ihr Mitgliederpotential weiter verstärken können. Den **dreißig** in der ADÜTDF zusammengeschlossenen sogenannten Idealisten- oder Kulturvereinen in Baden-Württemberg gehören inzwischen etwa 3 200 Mitglieder an; daneben sind in unserem Lande etwa 300 Türken in fünf bislang erkannten, von der fanatischen orthodox-islamischen „**Nationalen Heilspartei**“ (**MSP**) gelenkten Vereinigungen organisiert.

Während bis vor einigen Jahren die Auseinandersetzung mit türkischen Linksextremisten noch meist verbal geführt wurde, nahmen seit dem Jahr 1979 die Gewaltakte zu. Dabei wurden die ausgeprägten politischen Gegensätze von einem durch die „Islamische Revolution“ im Iran beeinflussten, rasch um sich

Zunehmende Gewaltbereitschaft bei extrem nationalistischen Gruppen erkennbar.

greifenden religiös-fanatischen Sendungsbewußtsein weiter gesteigert, das in Verbindung mit einem kompromißlosen Antikommunismus die Militanz der nationalistischen Gruppen noch erheblich verstärkte.

Obwohl die Führung der ADÜTDF offenbar aus taktischen Gründen darauf bedacht war, die Vereinsmitglieder zur Mäßigung anzuhalten und die direkte gewaltsame Konfrontation mit Anhängern linksextremistischer Organisationen zu vermeiden, kam es dennoch vermehrt – etwa bei Flugblattverteilungen, Demonstrationen und Veranstaltungen, zuweilen aber auch aus offenkundig nichtigem Anlaß – zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. Die Mitgliederbasis der türkischen rechtsextremen Gruppen ist, wie immer deutlicher erkennbar wird, nicht mehr bereit, Zusammenstoßen mit den verhaßten „Kommunisten“ jeglicher Schattierung auszuweichen.

Die betont panislamisch, theokratisch-nationalistisch ausgerich-

Publikation der rechts-extremistischen „Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereine in Europa“ (ADÜTDF).



YL: 1

BİZ KAVGA İÇİN DEĞİL, SEVGİ İÇİN GELDİK.



teten Organisationen, also im wesentlichen die der „Nationalen Heilspartei“ (MSP) nahestehenden Vereinigungen, nahmen die länderübergreifende Tendenz der Reislamisierung und die revolutionäre Entwicklung im Iran zum Anlaß, auch die im Bundesge-

biet bereits bestehenden Gebetsstätten und Koranschulen weiter auszubauen und unter ihren Einfluß zu bringen. Ferner wurden zahlreiche „Islamische Vereinigungen“ neu gegründet, deren Mitglieder zumeist strenggläubige Mohammedaner sind, die versuchen, neben der Pflege der religiösen Tradition die Zahl der Anhänger des Islam zu vergrößern. Diese Zusammenschlüsse unterliegen häufig einer politisch extremen Beeinflussung durch MHP und MSP, die in ihnen ein „natürliches Potential“ für ihre Mitgliedergewinnung erblicken.

2.5 Ausschreitungen unter Beteiligung in Baden-Württemberg ansässiger türkischer Staatsangehöriger

19. Januar 1980

Türkische Linksextremisten versuchten in **Balingen**, Agitationsmaterial an Landsleute zu verteilen, die jedoch die Entgegennahme verweigerten. Bei der sich daraufhin entwickelnden Schlägerei wurden 2 Personen erheblich verletzt.

3. März 1980

In **Reutlingen** wurde der türkische Journalist und Dolmetscher Halil TIRELI ermordet. TIRELI war jahrelang Leiter der rechtsextremen „**Türkischen Gemeinschaftsorganisation Reutlingen e. V.**“ und Funktionär der MHP. Das Tatmotiv konnte bisher allerdings nicht geklärt werden; es ist nicht auszuschließen, daß politische Motive bei der Tat eine Rolle gespielt haben.

15. März 1980

Brandanschlag auf das Vereinslokal des „**Nationalen türkischen Kulturvereins in Waiblingen und Umgebung e. V.**“, eines Mitgliedsvereins der ADÜTDF.

10. Mai 1980

Demonstration von etwa 1 000 rechtsextremistischen Türken in **Reutlingen** anläßlich der Ermordung von Halil TIRELI bei gleichzeitiger Gegendemonstration von etwa 200 Personen, darunter zahlreiche Linksextremisten.

17. Mai 1980

Während der Demonstration eines Mitgliedsvereins der ADÜTDF in Hamburg „gegen den linken Terrorismus“ kam es durch linksextremistische Gegendemonstranten zu Ausschreitungen gegen Polizeibeamte. Unter anderem wird ein Türke aus **Konstanz** festgenommen.

30. Mai 1980

In **Pforzheim** gerieten türkische Links- und Rechtsextremisten miteinander in eine tätliche Auseinandersetzung, in deren Verlauf mehrere Personen leicht verletzt werden.

7. Juni 1980

In **Mannheim** wurden Angehörige einer türkischen rechtsextremistischen Vereinigung, die Flugblätter verteilten, von etwa 30 Landsleuten tätlich angegriffen. Nach polizeilichen Feststellungen handelte es sich dabei um Mitglieder orthodox-kommunistisch beeinflusster Organisationen, die mit Eisenstangen und anderen Schlagwaffen auf ihre politischen Gegner einschlugen.

8. Juni 1980

Zwei Angehörige des linksorientierten „**Demokratisch fortschrittlich gesinnten Patriotenbundes Mannheim**“ wurden vor ihrem Vereinslokal von 5 unbekanntem Türken mit Ketten und anderen Gegenständen niedergeschlagen. Beide mußten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Unmittelbar nach dieser Auseinandersetzung formierten sich auf dem Mannheimer Marktplatz etwa 40 Türken und bewegten sich im Laufschrift durch die Innenstadt. Innerhalb kurzer Zeit wuchs die Gruppe auf über 200 Personen an. Vereinzelt kam es zu Schlägereien. Die Polizei nahm 7 Rädelsführer – alle Mitglieder des orthodox-kommunistisch beeinflussten „**Türkischen Arbeiterbunds Mannheim**“ – vorläufig fest. Nach Auflösung der Spontandemonstration wurden mehrere Hieb- und Stichwaffen in Müllbehältern und anderen Verstecken aufgefunden, die offensichtlich beim Einschreiten der Polizei von Demonstranten weggeworfen worden waren.

17. Juni 1980

In Augsburg kam es anlässlich einer Veranstaltung des türkischen „Islamischen Kulturvereins“ zu schweren Auseinandersetzungen mit aus den Räumen Nürnberg und **Ulm** angereisten türkischen Linksextremisten. Die Folgen: 11 zum Teil schwer verletzte Anhänger des „Islamischen Kulturvereins“ und über 100 Festnahmen.

9. August 1980

In **Sigmaringen** wurde ein türkischer Staatsangehöriger, der sich selbst als Kurde und Sozialist bezeichnet, von einem MHP-Mitglied mit einem Springmesser schwer verletzt.

24. August 1980

Etwa 100 Türken versuchten in **Mannheim**, eine Versammlung des orthodox-kommunistisch orientierten „Türkischen Arbeiterbundes Mannheim“ zu sprengen. 16 Personen wurden vorläufig festgenommen.

4. September 1980

In **Ulm** wurden ein türkischer und zwei deutsche Journalisten von Türken überfallen, als sie versuchten, über extrem nationalistische türkische Vereinigungen in Ulm zu recherchieren und Vereinseinrichtungen zu filmen.

6. September 1980

In **Mannheim** wurde ein Türke von mehreren Landsleuten mit einer Holzstange zusammengeschlagen, nachdem er deren Aufforderung, stehenzubleiben, nicht nachgekommen war. In diesem Zusammenhang wurden 5 Personen festgenommen, bei einem von ihnen wird ein Flugblatt der „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ gefunden.

17. September 1980

Tätlicher Angriff auf einen Türken in **Bad Schussenried**, der als Vertrauensmann gewerkschaftlich aktiv ist.

17. Oktober 1980

In **Mosbach** wurde ein Türke von zwei Landsleuten tätlich angegriffen und dabei im Gesicht verletzt. Er hatte sich gewei-

gert, ein offensichtlich von politisch andersdenkenden Türken verteiltes Flugblatt anzunehmen.

18. Oktober 1980

In **Ulm** verletzten türkische Jugendliche den deutschen Leiter des „Zentralen Ulmer Jugendhauses“ mit einem Schlagstock schwer am Rücken. Einige Tage zuvor war gegen Türken ein Hausverbot ausgesprochen worden.

31. Oktober 1980

In **Mannheim** wurde ein Türke, Sympathisant des extrem nationalistischen „**Türkischen Kulturvereins Mannheim**“, von 3 Landsleuten bewußtlos geschlagen. In seinem Fahrzeug werden eine rechtsextreme Propagandaschrift und ein Würgeholz mit Kette sichergestellt.

3. Iraner

Als Folge der tiefgreifenden Umwälzung im Iran haben im Jahre 1980 die das Regime des Ayatollah KHOMEINI unterstützenden iranischen Studentengruppen weiter an Bedeutung gewonnen. Erklärtes Ziel dieser Organisationen ist es, die „Errungenschaften der islamischen Revolution“ zu festigen, die Reste des „verderblichen westlichen Einflusses“ im Iran vollends zu beseitigen und die europäischen Staaten sowie die USA der Feindschaft gegenüber der „Islamischen Republik“ zu überführen. Sammelbecken dieser Gruppierungen ist die „**Union der Islamischen Studentenvereine in Europa**“ (**UISA**), eine Vereinigung religiös-nationalistischer Anhänger des Ayatollah KHOMEINI. 1980 führte die UISA bundesweit mehrere Demonstrationen durch und intensivierte ihre publizistische Tätigkeit. Dabei verteidigte sie ohne jede Einschränkung die Politik KHOMEINIs, richtete heftige Angriffe sowohl gegen die Vereinigten Staaten von Amerika als auch gegen die Bundesrepublik Deutschland und begrüßte die Geiselnahme zum Nachteil der amerikanischen Botschaftsangehörigen durch „revolutionäre Studenten“. In Baden-Württemberg waren – zumeist publizistische – Aktionen der UISA insbesondere in **Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Tübingen** festzustellen.

Obwohl die UISA insgesamt weiter an Einfluß gewonnen hat, gelang es ihr nicht, alle islamisch-nationalistisch ausgerichteten iranischen Gruppen unter ihrem Dach zusammenzuführen. Vielmehr zeichnen sich in jüngster Zeit sogar auseinanderstrebende Tendenzen innerhalb der verschiedenen Organisationen ab.

Andererseits zeigen sich erste Ansätze einer organisatorischen Konsolidierung oppositioneller Gruppen. Gemeinsam ist ihnen allerdings im wesentlichen nur die strikte Ablehnung der derzeitigen Ordnung im Iran; in ihren darüber hinausreichenden Zielvorstellungen unterscheiden sie sich freilich in grundsätzlichen Positionen. Während die ehemaligen Schah-Anhänger unter Führung des in Frankreich im Exil lebenden Generals OWEISSI sich für die Wiederherstellung der Monarchie einsetzen, sammeln sich die Befürworter einer demokratischen Regie-

Kräfteverschiebung unter den extremistischen iranischen Studentenvereinigungen.

rungsform westlicher Prägung um den letzten noch vom Schah eingesetzten Ministerpräsidenten Dr. BAKHTIAR. Vernehmlicher melden sich neuerdings auch wieder die eindeutig linksextremistischen Gruppierungen und Zirkel zu Wort: Die vor der iranischen Revolution in der Bundesrepublik Deutschland sehr aktive Dachorganisation linksextremistischer iranischer Studentenvereinigungen, die sozialrevolutionäre „Conföderation Iranischer Studenten-National-Union“ (CISNU), in der überwiegend Gruppen der militanten „Neuen Linken“ zusammengeschlossen sind, hat insgesamt zwar deutlich an Gewicht verloren, schickt sich aber dennoch an, in der Öffentlichkeit wieder verstärkt in Erscheinung zu treten. Die orthodox-kommunistische „TUDEH-Partei“ des Iran, die von der UISA als „opportunistische Organisation“ abqualifiziert wird, bekennt sich neuerdings – wohl aus vordergründigtaktischen Beweggründen – zu den politischen Zielen des Ayatollah KHOMEINI, ruft zugleich aber zur Bildung einer „Einheitsfront gegen den Imperialismus“ auf.

Plakataufruf einer links-extremistischen iranischen Studentengruppe.

بمناسبت دور روز بزرگ تاریخی ۱۹ بهمن ۴۹ (سرآغاز مبارزه مسلحانه) و ۲۱ بهمن ۵۷ (قیام شکوهمند خلق)

SIAHKAL:
Der Beginn der neuen revolutionären Bewegung des iranischen Volkes

مقاله
 سرود غبار انگیز
 واژه‌های تازه برای جنبش
 کتابچه "عید کارگریان ایران"
 فیلم
 نمایشگاه "مبارزه‌ها"
 کلاس‌های آموزشی برای جوانان
 در زمینه‌های مختلف مبارزه با امپریالیسم

HADIKO (KI)
 Klosterweg 28

۱۹ بهمن ۴۹

۱۹۲۸

4. Palästinenser

Die palästinensischen Widerstandsorganisationen, allen voran die sozialrevolutionär-nationalistische „AL FATAH“, die marxistisch-leninistische „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und die orthodox-kommunistische „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP) sind weiterhin untereinander zerstritten.

Diese gegensätzlichen Auffassungen spiegeln sich auch bei den im Bundesgebiet tätigen palästinensischen Gruppen wider. Insgesamt zeigt sich hier eine Dominanz der Verfechter eines „harten Kurses“. So wurde bei Versammlungen und Demonstrationen in verschiedenen Städten auch unseres Landes wiederholt heftig gegen die Friedensbemühungen Ägyptens und Israels protestiert. Auf einem vom **„Palästinensischen Studentenverband“** an einigen Universitäten Baden-Württembergs verbreiteten Flugblatt wurde unter anderem gefordert:

„Nieder mit dem Camp-David-Abkommen!“

„Nieder mit dem zionistischen Terror!“

„Revolution bis zum Sieg“

„Es lebe der Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung der PLO!“

Auf einer öffentlichen Veranstaltung zum „15. Jahrestag der palästinensischen Revolution“ am 19. Januar 1980 in **Mannheim** rief der inoffizielle Vertreter der PLO beim Bonner Büro der „Liga der Arabischen Staaten“ und Leiter der „Informationsstelle für Palästina“, Dr. AL FRANGI, die Bundesregierung zur „sofortigen Anerkennung der PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes“ auf.

Dr. AL FRANGI, dessen Position durch seine Wahl zum Mitglied des Revolutionsrates der AL FATAH im Mai 1980 gestärkt wurde, setzt sich engagiert für die Aktivierung bestehender und die Gründung weiterer **„Palästinensischer Arbeitervereine“** ein und versucht, seiner politischen Linie dort Geltung zu verschaffen. Häufige vereinsinterne Auseinandersetzungen mit teils politischem, teils persönlichem Hintergrund sowie allgemeines Desinteresse der Mitglieder brachten jedoch die Arbeit in mehreren Vereinen seit einiger Zeit fast völlig zum Erliegen. Auch der im August 1980 von Dr. AL FRANGI im Namen der PLO an Asylbewerber und sonstige in der Bundesrepublik Deutschland lebende Palästinenser gerichtete Aufruf, in den Nahen Osten zurückzukehren, um dort in den Reihen der PLO aktiv für die „palästinensische Sache“ zu kämpfen, fand unter den Angesprochenen lediglich ein geringes Echo. Aus Baden-Württemberg sind dem Appell nur wenige gefolgt.

Die Ortsgruppen der „Palästinensischen Arbeiter- und Studentenvereine“ sowie der **„Generalunion der Arabischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (GUAS)** versuchten deshalb, ihre im Bundesgebiet lebenden arabischen Landsleute neu zu mobilisieren und wieder für

Leichter Rückgang der Aktivitäten extremistischer palästinensischer Organisationen.

das „große Ziel“, die „palästinensische Revolution“, zu begeistern. Der Erfolg dieser Bemühungen blieb freilich nahezu überall bescheiden.

Der **„Palästinensische Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (PSV)**, der sich selbst als „Basis der palästinensischen Revolution“ bezeichnet, hielt im Mai 1980 in **Karlsruhe** seinen 4. Regionalkongreß ab. Dabei wurde unter anderem beschlossen:

„... Alle Regelungsabkommen und Kapitulationspläne, allen voran das Camp-David-Abkommen, werden abgelehnt und darauf hingewirkt, sie zu Fall zu bringen ...“

Im Abschlußkommuniqué wurde unmißverständlich festgestellt:

„... Unser Kongreß bestätigt die Strategie des bewaffneten Kampfes und des nationalen Befreiungskrieges gegen das zionistische Wesen, um den gesamten palästinensischen Boden zu befreien und darauf einen demokratischen Staat zu errichten ...“

Trotz dieser teilweise sehr aggressiven Sprache führender Vertreter der noch im Bundesgebiet agierenden palästinensischen Gruppen sind diese in bezug auf Stärke und Militanz nicht mehr in gleicher Weise wie noch vor wenigen Jahren aufgetreten.

5. Griechen

Verstärkte Unterwanderungsbemühungen der orthodox-kommunistischen KKE-Ausland bei den griechischen Gemeinden.

Von den in der Bundesrepublik Deutschland organisatorisch vertretenen orthodox-kommunistischen Parteien Griechenlands (KKE) entfaltete nur die moskauorientierte KKE-Ausland eine auch in der Öffentlichkeit erkennbare politische Aktivität. Während die eurokommunistisch ausgerichtete KKE-Inland bestrebt war, unter den im Bundesgebiet lebenden Griechen neu Fuß zu fassen und die Zahl ihrer Basisorganisationen zu vergrößern, intensivierte die KKE-Ausland ihre Agitation erheblich. Unter anderem forderte sie die Abschaffung des nach ihrer Ansicht „reaktionären Ausländergesetzes“. Mit besonderem Nachdruck war sie außerdem bemüht, ihren Einfluß auf den **„Verband griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (OEK)** weiter zu verstärken. Durch geschicktes Vorgehen gelang es der Partei vor allem, in der Mehrzahl der über 60 Mitgliedsvereinigungen des OEK, denen insgesamt etwa 16 000 Personen angehören, eigene Mitglieder in die Führungsgremien wählen zu lassen. In Baden-Württemberg existieren insgesamt 12 griechische Gemeinden mit etwa 4 700 Mitgliedern, die dem Dachverband angeschlossen sind. Sowohl die KKE-Ausland als auch die von ihr gesteuerten griechischen Gemeinden haben in jüngster Zeit ihre Zusammen-

arbeit mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), der „deutschen Bruderpartei“, enger gestaltet. Insbesondere auf örtlicher Ebene werden vorhandene Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit genutzt.

Am 10. Mai 1980 veranstalteten mehrere, dem ÖEK angeschlossene griechische Gemeinden zusammen mit dem „Verband der Vereine griechischer Eltern und Erziehungsberechtigter in Baden-Württemberg e. V.“ in **Stuttgart** eine Demonstration, an der nahezu 10 000 Personen teilnahmen. In einem in griechischer Sprache verfaßten und anlässlich der Demonstration verteilten Flugblatt wurden die in unserem Lande lebenden griechischen Eltern aufgefordert, sich für den „gerechten Kampf“ gegen eine Integration ihrer Kinder in den deutschen Schulen und gegen die „schlechte Behandlung“ durch deutsche Behörden zur Wehr zu setzen.

Während bei der „**Kommunistischen Partei Griechenlands/ Marxisten-Leninisten**“ (KKE-ML) eine politische Betätigung in jüngerer Zeit nicht mehr feststellbar war, ist die nach einer

Flugblatt der „Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei Griechenlands“ (ML-KKE).

ΝΙΚΟΣ ΜΠΕΛΟΓΙΑΝΗΣ



30 ΜΑΡΤΗ 1952 30 ΜΑΡΤΗ 1980.

28 χρόνια αρ' την δοξαφονία
του ήρωα κομμουνιστή ήγέτη-
-ΟΙ ΕΛΛΗΝΕΣ ΜΕΤΑΝΑΣΤΕΣ
ΤΙΜΟΥΝ ΤΗ ΜΝΗΜΗ ΣΟΥ ΚΑΙ
ΔΙΔΑΧΚΟΝΤΑΙ ΑΡΟ ΤΟ
ΑΧΩΝΙΣΤΙΚΟ ΤΟΥ ΠΑΡΑΔΕΙΓΜΑ.

**ΑΓΩΝΙΖΟΜΑΣΤΕ ΓΙΑ ΝΑ ΣΗΜΕΡΟΣΟΥΝ ΣΤΟΝ
ΤΟΡΟ ΜΑΣ ΚΑΛΗΤΕΡΕΣ ΜΕΡΕΣ ΧΩΡΙΣ ΠΕΙΝΑ ΚΑΙ ΠΟΛΕΜΟ.**

Είποις από τους άντιπάλους μας έχει να έπι
δειξει παραδείγματα αὐτοθυσίας στὰ εἰδανικά
τους; Μήπως ὁ Τρότσκι καὶ ὁ Άλι; Μήπως ὁ
Τσαλδάρης καὶ ὁ Φράγκο; ἢ μήπως ἡ βασίλισσα
τῆς Ὀλλανδίας ἢ ὁ Τσαγκ Καί - Σέκ; Τὰ εἰδανικά τους, αὐτὰ
ποὺ λένε εἰδανικά εἶναι ψεύτικα, κἀλτικα. Γι'
αὐτὰ καὶ οἱ ἴδιοι εἶναι κἀλτικοὶ καὶ ἡ ἱστορία
θα τους πετάξει στὰ σκουπίδια τῆς
Τους μεγάλους ήρωες τους γαννοῦν τὰ
μεγάλα εἰδανικά, τὸ εἰδανικό του κομμουνισ-
μοῦ. Αὐτοὶ ζοῦν ἀκόμα κι' ὅταν πεθαί-
νουν.
'Απὸ τὴν ἐπιλλία τοῦ Ν. Μπελογιάννη
γιὰ τὰ 70 χρόνια τοῦ Στάλιν



Κ.Ο. Μ.Λ. Κ.Κ.Ε
(ΣΥΝΑΓΩΓΟΚΡΟΣΗΜΕΝΟ)
Δ. ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ

Χτυποῦν τὰς Ἑλληνες χτυποῦν τὸ Μπελογιάννη
μὰ μόνο στὰ κορμιά μπαροῦν καὶ ρίχνουν
τὴ φλόγα τους ἀντίθετη που καίει
αὐτὴ πῆτρε, πῆτρε ξε θὰ τὴ ἀβήρουν
'Αθάνατὴ θὰ μένει στὸν αἶμα!
.....
Τὰ δάκρυά σας ἀκκυσίστε, εἰσὶς μανόδες!
κι' εἰσὶς παιδιὰ καθόλου μὴ φοβάστε!
Παρησίστε ἐνώθετε ὅλου τοῦ κοσμοῦ
πὼς δύναται νῆνῆστε ἐνωμένοι
καὶ θὰ ἀσπάρωμε' ἀπὸ τὴ γῆ τὴν πτωρῆν
νὰ καθάρισαι, νὰ βυθίσει ὁ ἀέρα!
('Απὸ τὸ ποίημα: ὁ Μπελογιάννης εἶναι ἀθάνατος)
τοῦ ΚΟΥΟ ΜΟ-ΓΙΩ Βραδέϊο Στάλιν τῆς εἰρήνης)

weiteren Spaltung neugeordnete „**Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands**“ (ML-KKE) immerhin durch vereinzelt Flugblatt- und Plakatklebeaktionen in einigen Städten des Regierungsbezirks **Tübingen** öffentlich in Erscheinung getreten.

Auch die rechtsextremistische „**Fortschrittliche Vereinigung der Griechen in Deutschland**“ (PEEG) hat 1980 kaum mehr Aktivitäten entfaltet. Ein gemeinsam mit dem italienischen rechtsextremen „**Komitee für Italiener in der Bundesrepublik Deutschland e. V.**“ (CTIM) verfaßtes Flugblatt gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan dokumentierte jedoch erneut den Versuch, miteinander zusammenzuarbeiten.

6. Italiener

Italienische Linksextremisten stagnieren – Rechtsextremisten verlieren an Einfluß.

Die italienischen linksextremistischen Gruppierungen vermochten 1980 kaum mehr nennenswerte Aktivitäten zu entfalten. Die „**Kommunistische Partei Italiens**“ (PCI) unternahm zwar erhebliche Anstrengungen, um neue Mitglieder unter den im Bundesgebiet lebenden Italienern zu gewinnen; Erfolge blieben jedoch weitgehend aus. In einigen Gebieten mußte sie sogar leichte Mitgliederverluste hinnehmen. Bundesweit sind gegenwärtig noch etwas mehr als 4 000 Personen in der PCI organisiert. Versuche, ihre personelle Basis durch Übertritte aus der von ihr beeinflussten mitgliederstarken Betreuungsorganisation „**Italienischer Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien**“ (FILEF) zu ergänzen und zu stärken, gingen ebenfalls ins Leere. Das seit Jahren durch publizistische Aktivitäten ein gewisses Interesse auf sich ziehende rechtsextreme „**Komitee für Italiener in der Bundesrepublik Deutschland e. V.**“ (CTIM) konnte den Ausbau seiner Organisation nicht weiter vorantreiben. Nahezu überall gingen die Mitgliederzahlen vielmehr spürbar zurück: Im Bundesgebiet sind inzwischen noch knapp 3 000 Personen (1979: 3 500) im CTIM aktiv. Baden-Württemberg ist unverändert regionaler Schwerpunkt der Tätigkeit des „Komitees“: **Stuttgart** ist nicht nur Sitz der von Bruno ZORATTO als Generalsekretär geleiteten Zentrale der Organisation; hier erscheint auch das in einer Auflage von 15 000 Exemplaren verbreitete Organ „**OLTRECONFINE**“.

7. Jugoslawen

Spaltung der extremistischen Exilkroaten.

Bei den im Bundesgebiet aktiven Gruppen von Exiljugoslawen, von denen sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen ausgehen, handelt es sich nahezu ausschließlich um kroatische Vereinigungen, die unbeirrt an ihrem Ziel, der Wiederherstellung eines selbständigen Staates Kroatien, festhalten. Obwohl der eindeutige Schwerpunkt der Aktivität militanter kroatischer Gruppierungen im Ausland – vor allem in Australien, Schweden, Kanada und den USA – liegt, ist auch die Bundesrepublik Deutschland unverändert Operationsfeld dieser Extremi-

sten. Allerdings ist es dem wichtigsten Dachverband kroatischer Emigrantenvereinigungen, dem „**Kroatischen Nationalrat**“ (HNV), nicht mehr gelungen, seit langem schwelende persönliche und ideologische Gegensätze innerhalb der eigenen Reihen zu überwinden. Offensichtlich bestanden unüberbrückbare Spannungen zwischen den strikt antikommunistisch eingestellten „Altemigranten“ und den linksorientierten Exilkroaten, die im wesentlichen von den Anhängern des „Kroatischen Frühlings“ – einer oppositionellen kommunistischen Bewegung in Jugoslawien Anfang der siebziger Jahre – repräsentiert werden. Sie führten schließlich Anfang 1980 faktisch zum Auseinanderbrechen des HNV: Zwar gehören die Vertreter des „Kroatischen Frühlings“ offiziell noch dem Dachverband an; indes gründeten sie im März 1980 in Schweden das „**Koordinationszentrum im Ausland lebender Kroaten**“ (KCAK), dessen Sprachrohr die Zeitschrift „HRVATSKI LIST“ ist. Darin kündigte die Organisation bereits mehrfach an, ihr Ziel, den Vielvölkerstaat Jugoslawien mit allen Mitteln zu zerschlagen und notfalls auch mit Unterstützung der Sowjetunion ein „Vereinigtes Kroatien“ zu errichten, unbeirrt weiterverfolgen zu wollen.

Die Führungspositionen im Rumpfverband HNV sind nach dem Ausscheren des linken Flügels zwischenzeitlich alle mit konservativ orientierten Exilkroaten besetzt worden.

Die seit Jahren von allen kroatischen Extremistengruppen für die Zeit nach dem Tode des Staatspräsidenten TITO angekündigten Aktionen mit der erklärten Absicht, den jugoslawischen Staatsverband zu sprengen, sind weitgehend unterblieben. Die im Bundesgebiet operierenden Vereinigungen versuchten, dies durch eine gesteigerte Agitation gegen das Herkunftsland und durch vereinzelt Anschläge auf seine Einrichtungen im Ausland zu kompensieren. So kam es in Baden-Württemberg, das 1980 im Gegensatz zu früheren Jahren kein Schwerpunktbereich exilkroatischer Aktivitäten war, am 8. November 1980 zu Sprengstoffanschlägen gegen Räumlichkeiten jugoslawischer Vereine in **Villingen-Schwenningen** und **Furtwangen**, bei denen Sachschaden entstand.

Der spürbare Rückgang gewalttätiger Ausschreitungen kroatischer Extremisten in Baden-Württemberg dürfte nicht zuletzt darauf beruhen, daß die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie die Gerichte des Landes in den zurückliegenden Jahren energisch gegen die von kroatischen militanten Gruppen propagierten und mehrfach auch durchgeführten Terroraktionen eingeschritten sind. So verurteilte etwa das Oberlandesgericht Stuttgart am 9. Oktober 1980 den kroatischen Extremisten Pero SEKERKO unter anderem wegen zweier Verbrechen des versuchten Mordes, der schweren und versuchten Brandstiftung sowie gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß SEKERKO in der Zeit von April 1978 bis Februar 1979 Pistolen- und Brandanschläge auf jugoslawische Einrichtungen in Baden-Württemberg verübt und dabei in mehreren Fällen die Tötung arg- und wehrloser Menschen billigend in Kauf genommen hatte.

IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

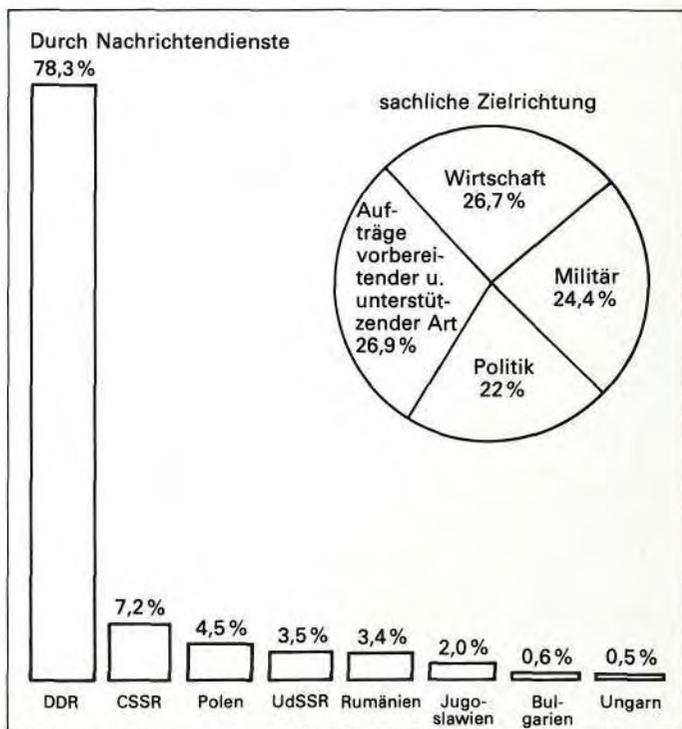
1. Allgemeiner Überblick

DDR-Nachrichtendienste nach wie vor Hauptträger der Aus-spähungsbemühungen.

Die Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereiches waren 1980 in besonderem Maße bemüht, die nach dem Übertritt des ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiters des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Oberleutnant Werner STILLER, eingetretenen Rückschläge durch verstärkte geheimdienstliche Aktivitäten wieder auszugleichen. Dies läßt sich erkennen an der im Vergleich zum Vorjahr erheblichen Zunahme der Zahl

- der Werbungsversuche durch Angehörige der Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereiches (Zunahme um 50 %)
- derjenigen Personen, die von sich aus bereit waren, Kontakte zu einem gegnerischen Nachrichtendienst zu offenbaren (Zunahme um 19 %)

Erkannte Aufträge gegen Baden-Württemberg Zeitraum 1970-1980.

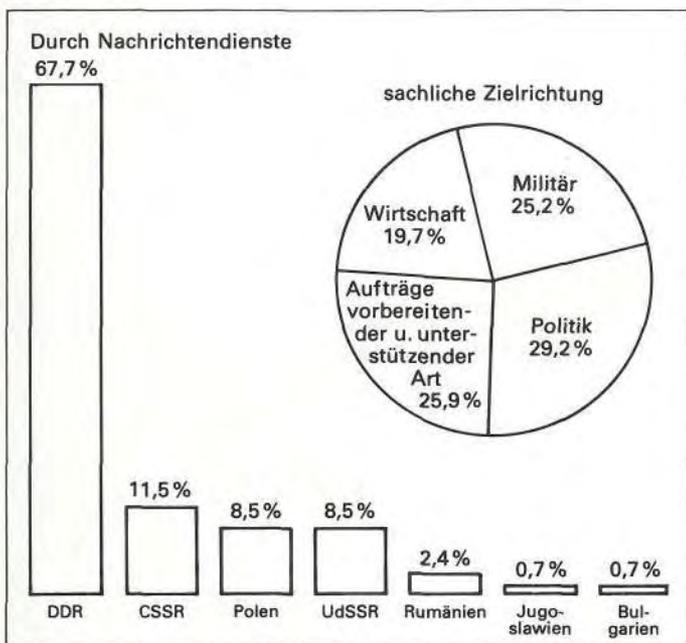


– der erkannten Kontakte von Personen zu einem Nachrichtendienst des kommunistischen Machtbereiches (Zunahme um 22%).

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung hält der bereits 1979 festzustellende Rückgang der bei den Verfassungsschutzbehörden anfallenden allgemeinen Verdachtshinweise an.

Ein Vergleich der Intensität der Spionagetätigkeit der Ostblock-Nachrichtendienste gegen unser Bundesland läßt erkennen, daß die DDR-Dienste noch immer die Hauptträger aller Ausspähungsbemühungen sind.

Auffällig ist jedoch, daß im Jahre 1980 der Anteil der erkannten, durch Nachrichtendienste der DDR erteilten Aufträge deutlich zurückgegangen ist: Nachdem er 1979 noch 84% betragen hatte, reduzierte er sich nun auf rund 68%. Dafür intensivierten die Dienste der CSSR, Polens und der Sowjetunion ihre Tätigkeit.



Erkannte Aufträge gegen Baden-Württemberg im Jahr 1980

Das sachliche Schwergewicht der erkannten Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereiches lag 1980 in Baden-Württemberg erstmals wieder seit 1975 mit knapp 30% bei der **politischen Spionage**, gefolgt von der **militärischen Spionage** mit etwa 25% und der **Wirtschaftsspionage** mit nahezu 20%. Die übrigen Aufträge waren vorbereitender und unterstützender Art. In den einzelnen Bereichen konzentrierte sich die Spionagetätigkeit der gegnerischen Dienste auf folgende Schwerpunkte:

Politik

- Parteien
- Verwaltungsbehörden
- Ostemigration

Militär

- Bundeswehr
- NATO-Dienststellen

Wirtschaft

- Forschungseinrichtungen
- Energieversorgungsunternehmen
- Datenverarbeitung

Die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden mit den im Blickfeld gegnerischer Nachrichtendienste stehenden sicherheitsempfindlichen und deshalb in besonderem Maße ausspähungsgefährdeten Behörden, Unternehmen und Institutionen (Zielobjekte) sowie die sonstigen breitgefächerten Abwehrmaßnahmen hatten insgesamt zur Folge, daß verstärkt nachrichtendienstlich relevante Hinweise und Aufklärungsergebnisse anfielen und daß Ermittlungsverfahren eingeleitet werden konnten; außerdem nahm die Zahl der Personen, die Kontakte zu gegnerischen Geheimdiensten einräumten, weiter zu.

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte im Jahre 1980 insgesamt 11 Personen (1979: 2) wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen zwischen 4 Monaten und 4 Jahren. In diesen Fällen konnten die Nachrichtendienste der DDR und der UdSSR in je 5 Fällen sowie derjenige Bulgariens in einem Fall als Auftraggeber festgestellt werden.

2. Der Umfang der erkannten Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste

Werbungsversuche, Werbungen und Aufträge sind **operative Spionageaktivitäten**; sie verdeutlichen die von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Spionagebedrohung. **Erkenntnisfälle** schließen die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete nachrichtendienstliche Tätigkeit ein, berücksichtigen darüber hinaus aber auch Verbindungen zu gegnerischen Nachrichtendiensten, bei denen es weder zu Werbungen noch zur Erteilung von Aufträgen gekommen ist.

2.1 Werbungen und Werbungsversuche 1980

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent
DDR	73,6 (81)
CSSR	9,7 (9)
UdSSR	8,3 (6)
Polen	– (2)
Jugoslawien	2,8 (2)
Rumänien	2,8 (–)
Bulgarien	1,4 (–)
Ungarn	1,4 (–)

2.2 Aufträge

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent
DDR	67,7 (84,0)
CSSR	11,5 (7,0)
UdSSR	8,5 (3,0)
Polen	8,5 (2,0)
Rumänien	2,4 (1,5)
Ungarn	– (1,5)
Jugoslawien	0,7 (1,0)
Bulgarien	0,7 (–)

2.3 Erkenntnisfälle 1980

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent
DDR	46,5 (41)
Rumänien	25,2 (29)
CSSR	12,4 (10)
Polen	7,3 (10)
UdSSR	4,1 (7)
Ungarn	1,6 (2)
Jugoslawien	1,6 (1)
Bulgarien	1,3 (–)

() Zahlen des Vorjahres

3. Werbung von Agenten

3.1 Kontaktnässe

Die gegnerischen Nachrichtendienste nutzen für eine Anbahnung vorwiegend folgende Anlässe:

- Aufenthalte** von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland **im kommunistischen Machtbereich** (z. B. Verwandtenbesuche, Messe- und sonstige Geschäftsaufenthalte),
- Anträge von Bewohnern kommunistischer Staaten auf Übersiedlung** in die Bundesrepublik Deutschland,
- Stellengesuche** in überregionalen Tageszeitungen der Bundesrepublik Deutschland.

Werbungsmethoden der gegnerischen Nachrichtendienste nur unwesentlich verändert.

3.2 Kontaktaufnahme

Bei Reisen in Staaten des „sozialistischen Lagers“ bleibt den jeweiligen Nachrichtendiensten vor der Einreise von Besuchern noch ausreichend Zeit, um anhand der eingereichten Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung die für ihre Zwecke interessanten und geeignet erscheinenden Personen auszuwählen. Die zu verwendenden Antragsformulare enthalten Fragen nach allen für die Kontaktierung wichtigen Daten des Einreisewilligen.

Während eines Aufenthaltes von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland im Ostblock erfolgen die Kontaktaufnahmen durch die dortigen Dienste grundsätzlich in Form persönlicher Gespräche, die teils unter Offenlegung, teils auch unter Verschleierung der wirklichen Absichten geführt werden.

Bei den Personen, die außerhalb des kommunistischen Machtbereiches angesprochen werden sollen, wird der erste nachrichtendienstliche Kontakt immer häufiger auf brieflichem oder telefonischem Wege gesucht.

3.3 Zielpersonen

Die kommunistischen Nachrichtendienste zeigen weiterhin besonderes Interesse an Personen, die aufgrund ihrer Ausbildung, ihres Tätigkeitsgebietes oder ihrer gesellschaftlichen Position Zugang zu nachrichtendienstlich bedeutsamen Erkenntnissen haben oder erhalten könnten. Zielpersonen waren 1980 insbesondere Angehörige des öffentlichen Dienstes sowie Architekten, Journalisten, Juristen und Wissenschaftler.

3.4 Werbungsverfahren

Die in den letzten Jahren angewandten Werbungsverfahren der gegnerischen Nachrichtendienste, wie

- Inaussichtstellen oder Gewähren von Vorteilen verschiedenster Art,
- Ausnutzung menschlicher Beziehungen oder charakterlicher Schwächen,
- Nötigung,
- Drohungen und Täuschungen,

haben sich auch 1980 nur unwesentlich verändert.

Die Ansprachen unter „falscher Flagge“ und unter Legende, wie sie vorwiegend durch die Nachrichtendienste der DDR praktiziert werden, haben zum Ziel, den Angesprochenen über den wahren Auftraggeber und die wirkliche Natur der ihm angesonnenen Tätigkeit zu täuschen. Zu diesem Zweck werden bei den Werbungsversuchen die verschiedensten Tarnbezeichnungen, so beispielsweise

„Institut für wirtschaftliche Zusammenarbeit“

„Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“

„Presse- und Informationsbüro, Bezirk . . .“

„Unternehmensberatung HINZ und Partner“,

verwendet, die häufig einen Bezug zum jeweiligen Tätigkeitsgebiet der Zielperson erkennen lassen.

3.5 Hinweise für das Verhalten . . .

3.5.1 . . . vor Antritt einer Reise in den kommunistischen Machtbereich:

Grundsätzlich bietet sich die Möglichkeit, vor Antritt einer Reise im Rahmen eines Gesprächs mit dem Geheimschutz-/Sicherheitsbeauftragten des Arbeitgebers oder in besonderen Fällen mit einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes^{*} Informationen über die Arbeitsmethoden gegnerischer Nachrichtendienste sowie über das zweckmäßige eigene Verhalten im Falle einer Ansprache einzuholen.

^{*} Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg ist unter der Anschrift: „7000 Stuttgart 1, Breitscheidstraße 4, Gebäude 23“, sowie unter der Fernsprechnummer (Vorwahl: 07 11) 29 98 91 erreichbar.

3.5.2 . . . nach Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland:

Der nachrichtendienstliche Hintergrund vieler, oft als „zufällig“ angesehener Kontakte ist nicht immer eindeutig zu erkennen. Es ist deshalb, nicht zuletzt auch im Interesse des Betroffenen selbst, ratsam, die bereits oben (Ziff. 3.5.1) genannten sachkundigen Stellen alsbald über alle erwähnenswert erscheinenden Vorgänge zu unterrichten, damit eine beabsichtigte, bevorstehende oder bereits versuchte Ansprache entweder erkannt oder zweifelsfrei ausgeschlossen werden kann. Nur auf diesem Wege ist einer nachrichtendienstlichen Verstrickung und ihren Folgen wirksam vorzubeugen.

4. Die Führung von Agenten

Die Ostblock-Nachrichtendienste setzen neuerdings für ihre Ausspähungsbemühungen in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu früheren Jahren überwiegend Einzelagenten ein. Diese werden grundsätzlich von ihren Zentralen innerhalb des kommunistischen Machtbereichs geführt.

Die Betreuung von Agenten durch „legale Residenturen“ – das sind nachrichtendienstliche Stützpunkte in amtlichen und halbamtlichen Auslandsvertretungen – ist eine von gegnerischen Diensten in unterschiedlichem Maße praktizierte Führungsmethode. Die Enttarnung nachrichtendienstlicher Aktivitäten von Angehörigen solcher „legaler Residenturen“ führt oft zu einer vorübergehenden Einschränkung oder gar zu einer zeitweiligen Einstellung der geheimdienstlichen Tätigkeit dieser Führungsstellen.

Betreuung und Steuerung der Agenten erfolgen bei persönlichen Treffs durch „Führungsoffiziere“ (dieser Begriff ist nicht im militärischen Sinne zu verstehen), die wiederum eng an ihre

Überwiegend Einsatz von Einzelagenten.

jeweilige Zentrale angebunden sind. Der Führungsoffizier bedient sich außer routinemäßiger Kontaktaufnahmen mit seinen Agenten der verschiedensten Führungsmittel. Diese sind in erster Linie:

- Instrukteure,
- Kuriere,
- Tote Briefkästen.

Im Anfangsstadium einer nachrichtendienstlichen Verbindung bevorzugen gegnerische Dienste um ihrer Sicherheit willen zunächst im Regelfall Trefforte im eigenen Machtbereich. Mit zunehmendem Vertrauen zu dem neu geworbenen Agenten und falls dieser sich durch Reisen in den Ostblock verdächtig machen würde (etwa weil er Geheimnisträger ist), werden Treffs zumeist in das neutrale westliche Ausland verlegt. Ein Treffort im Bundesgebiet wird allgemein erst dann gewählt, wenn sich ein besonders enges Vertrauensverhältnis zwischen den unmittelbar beteiligten Personen entwickelt hat.

5. Einzelfälle

Beispiele der Arbeitsweise gegnerischer Nachrichtendienste.

Nachstehend werden, um einen konkreteren Eindruck von der Arbeitsweise der kommunistischen Nachrichtendienste zu vermitteln, zwei aktuelle Einzelfälle dargestellt:

5.1 Nachrichtendienste der DDR

Nach umfangreichen nachrichtendienstlichen Ermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz konnte Dr. A. am 5. Juli 1980 durch Beamte des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg festgenommen werden.

Aufgrund des vorliegenden Beweismaterials sah es das Oberlandesgericht Stuttgart als erwiesen an, daß Dr. A. für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR geheimdienstlich gegen die Bundesrepublik Deutschland tätig gewesen war. Er wurde im Dezember 1980 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu 2 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Im Jahre 1978 hielt sich ein Bürger (B.) der Bundesrepublik Deutschland zu Besuch bei Verwandten in der DDR auf. Während dieses Aufenthaltes wurde B. von Dr. A. unter Verschleierung der tatsächlichen nachrichtendienstlichen Absichten aufgesucht. Er versuchte, von B. Auskünfte über seine qualifizierte berufliche Tätigkeit zu erlangen. Erst im Frühjahr 1980 nahm Dr. A. bei einem erneuten Besuch des B. in der DDR wieder Kontakt zu diesem auf und bat ihn um technische Unterlagen, die er für seine Dissertation benötige. An den Universitäten Bochum und Stuttgart seien diese nicht greifbar gewesen. Nach seiner Rückkehr beschaffte B. einen Teil der erbetenen Unterlagen und unterrichtete hierüber Dr. A. Anfang Juli 1980. Wenige Tage später suchte dieser B. zu Hause auf und teilte ihm mit, daß er den Doktorgrad bereits erworben habe, indes weiterhin der Unterstützung bedürfe, um auch

künftig schnell an technisches Informationsmaterial gelangen zu können. Unter Hinweis darauf, daß er nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland reisen dürfe, lud er B. nach Innsbruck/Österreich ein.

Dr. A. wurde auf der Rückfahrt von Stuttgart nach Berlin (Ost) festgenommen.

5.2 Nachrichtendienst der Sozialistischen Republik Rumänien

Ermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz führten am 11. Oktober 1980 zur Festnahme des Agenten C. und dessen Führungsoffizier durch Beamte des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg.

Der Führungsoffizier konnte als U., Angehöriger einer legalen Residentur der Sozialistischen Republik Rumänien identifiziert werden.

Aufgrund seines Geständnisses und des weiter vorliegenden Beweismaterials besteht der dringende Verdacht, daß C. seit dem Jahre 1972 für den rumänischen Nachrichtendienst Securitate tätig gewesen ist. Die nachrichtendienstliche Anbahnung erfolgte im Zusammenhang mit seiner Übersiedlung von Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland. In mehr als 20 Treffs mit verschiedenen Führungsoffizieren im neutralen westlichen Ausland und im Bundesgebiet hatte C. von ihm gefordertes Material geliefert und über die jeweils gewünschten Themenbereiche berichtet.

6. Folgerungen

Den verstärkten Aktivitäten der Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereiches konnte die Spionageabwehr im Jahre 1980 wirksam entgegentreten. Dies wird nicht nur durch die Aufklärung spektakulärer Spionagefälle und die Festnahme von Agenten offenkundig, sondern ist auch an Erfolgen abzulesen, die der Öffentlichkeit mitunter aus zwingenden Geheimhaltungsgründen verborgen bleiben müssen.

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg hat gerade im vergangenen Jahr durch ihre Aufmerksamkeit und die Informationsbereitschaft gegenüber dem Verfassungsschutz wesentlich zu den Erfolgen der Spionageabwehr beigetragen. Die sachgerechte Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ausspähungsziele und die Methoden gegnerischer Nachrichtendienste hat sich als ein geeignetes Mittel erwiesen, die Sensibilität der Bürger dieses Landes für nachrichtendienstlich relevante Sachverhalte zu erhöhen und die Bereitschaft zur rechtzeitigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu steigern.

**Verfassungsschutz:
Erster Ansprechpartner
in Sachen Spionage-
abwehr.**

Gruppen-, Organisations- und Publikationsregister

	Seite
A	
AL FATAH	124
Arbeiterkampf	53
Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIKP)	117
B	
Bewegung 2. Juni	20, 31, 35
British Movement (BM)	93
Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI)	86 f., 93
Bund für Deutsche Einheit – Aktion Oder-Neiße e. V. (AKON)	99, 101
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	103
Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)	52
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	54
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	18, 38, 43 ff., 76
Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. – Kreisgemeinschaft Ostalb (HIAG)	103 ff.
C	
Circulo Espanol de Amigos de Europa (CEDADE)	91
Column 88	93
Conföderation Iranischer Studenten-National-Union (CISNU)	112, 123
Courrier du Continent	93
D	
Dansk Nationalsocialisk Ungdom (DNSU) – Nordland Forlag	93
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	124
Demokratischer fortschrittlich gesinnter Patriotenbund Mannheim	121
Deutsch-Völkische Gemeinschaft (DVG)	87, 88
Deutsche Aktionsgruppen	80 ff., 86, 87, 88, 90
Deutsche Bürgerinitiative (DBI)	82, 86, 87
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)	71, 73 f.
Deutsche Friedensunion (DFU)	71 ff.
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	19, 54 ff., 126
Deutsche National-Zeitung (DNZ)	99, 100, 105

	Seite
Deutsche Reichspartei (DRP)	103
Deutsche Stimme	106
Deutsche Volksunion (DVU)	99
Deutsche Volkszeitung	64
Deutsche Wochenzeitung (DWZ)	105
Deutscher Anzeiger (DA)	100, 105
Deutschland in Geschichte und Gegenwart	106
DEVIRIMCI YOL	117
Die Bauernschaft	86, 87
die tat	64
DKP-Informationen	61
DKP-Pressedienst	61
E	
elan	68
Europäische Kameradschaft ehemaliger Soldaten (EKS)	104
Europäische Neuordnung (ENO)	93
F	
Fantasia-Druckkollektiv	25 f., 31
Fédération d'Action Nationale et Européenne (F.A.N.E.)	91
Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereine in Europa (ADÜTDF)	118 ff.
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)	115, 116
Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland (KOMKAR)	118
Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)	114
Föderation Türkischer Volksvereinigungen in Europa (HBF)	117
Fortschrittliche Vereinigung der Griechen in Deutschland (PEEG)	127
Freiburger Stadtzeitung	36
Freies Landvolk	49
Freiheitlicher Rat	99, 101
FUERZA NUEVA	91
G	
Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter – Bundesverband e. V. (GOG-BV)	99
Generalunion der Arabischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin (GUAS)	124 f.
Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)	102, 103
Graue Wölfe	114, 116, 118
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)	53
Gruppe Revolutionärer Studenten (GRS)	54
Gruppe Z	19

	Seite
H	
HALKIN KURTULUSU	117
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	84
HNG-Information	84
HRVATSKI LIST	128
I, J	
Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID)	35
Initiative für Ausländer-Begrenzung (I.f.A.)	78, 99, 100
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA)	54
Irische Republikanische Armee (IRA)	30 f.
Italienischer Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien (FILEF)	127
Jugendbund Adler (JBA)	99
Junge Front (JF)	85
Junge Nationaldemokraten (JN)	94, 96 ff., 103
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP)	69 f.
K	
Kampfgruppe PRIEM e. V. (KGP)	87
Kampfgruppe Zündel	92
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	71
Komitee für Italiener in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (CTIM)	127
Komitees für Demokratie und Sozialismus (KDS)	19, 45
Kommunismus und Klassenkampf (KUK)	39
Kommunistische Hochschulgruppe (KHG)	38, 45, 75 f.
Kommunistische Liga (KL)	54
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	18, 46 ff.
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) – KPD –	18, 46 ff.
Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) (Ausland)	125
Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) (Inland)	125
Kommunistische Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten (KKE-ML)	126
Kommunistische Partei Italiens (PCI)	127
Kommunistische Studentengruppe (KSG)	52, 76
Kommunistische Volkszeitung (KVZ)	40, 41, 42
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	50 ff., 76
Kommunistischer Bund (KB)	19, 52 f.
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	18, 38 ff., 64, 76
Kommunistischer Jugendbund (KJB)	43

	Seite
Konföderation der Studenten aus der Türkei/Ausland (TÖK-YD)	115, 116, 117
Koordinationszentrum im Ausland lebender Kroaten (KCAK)	128
Kroatischer Nationalrat (HNV)	128
L	
Landrevue – Informationen für die Landbevölkerung	61
Liberty Bell Publications	92
M	
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands (ML-KKE)	127
Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI)	76
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	62
Marxistische Blätter	61
Marxistische Gruppen (MG)	76
Marxistische Studenten-Zeitung (MSZ)	76
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	74 f.
MUT	106
N	
NATION EUROPA	106
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	79, 93 ff.
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	99
National-Freiheitliche Rechte	78, 99 ff.
National Front	93
Nationale Heilspartei (MSP)	118 ff.
Nationaler türkischer Kulturverein in Waiblingen und Umgebung e.V.	120
Nouvelle Droite (ND)	90
NS-Gruppe NEUFELD	87
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	91
NSDAP – Gau Württemberg-Hohenzollern	88
O	
OLTRECONFINE	127
P	
Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)	111, 124
Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PSV)	124, 125
Partei der Nationalen Bewegung (MHP) – türkische –	110, 116, 118, 120
Politische Berichte	43, 44
Praxis	61

	Seite
R	
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)	48, 49
Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP)	117
Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB)	47, 49
Revolutionäre Soldatenzeitung	45
Revolutionäre Zellen (RZ)	17, 31 ff.
Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)	52
Revolutionärer Zorn	32
Rote Armee Fraktion (RAF)	17, 20 ff.
Rote Fahne	52
Rote Garde	47, 48
Rote Hilfe Deutschlands (RHD)	47, 48
Roter Morgen	46
Roter Rebell	48
S	
Samisdat Publishers Ltd.	92
s' Blättle – Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung	31
Soldatengruppe Immendingen	45
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	54
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	66 ff.
Sozialistischer Hochschulbund (SHB)	75
Sozialistischer Jugendbund (SJB)	54
Spartacus	53
Spartacusbund	53
Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V. (ATÖF)	115, 116, 117
T	
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)	53
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	116
Türkische Gemeinschaftsorganisation Reutlingen e. V.	120
Türkische Kommunistische Partei (TKP)	114
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP-ML)	115
Türkische Volksbefreiungspartei-Front (THKP-C)	117
Türkischer Arbeiterbund Mannheim	121
Türkischer Kulturverein Mannheim	122
TUDEH-Partei	123
U	
Union der Islamischen Studentenvereine in Europa (UISA)	112, 122
Unsere Zeit (UZ)	55, 60

V

Verband griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (OEK)	125 f.
Vereinigung der Kurdischen Studenten in Europa (KSSE)	118
Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland (AKSA)	118
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	71, 73
Vereinigung für revolutionäre Volksbildung (VRV)	39, 45
Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten (VRV-SR)	43
Vlaamse Militanten Orde (VMO)	92
Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)	78, 99, 100, 101
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	124
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden (Volksfront)	47, 49, 64
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)	84 f.

W

Was tun	53
Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)	83, 85
White Power Publications	92
Wiking-Jugend (WJ)	88, 99, 101 f.
Willibald	70

Z

Zentrales Komitee (ZK)	43
------------------------	----

Nachträge:

Impressum

**Herausgeber und
verantwortlich
für den Inhalt:**

Innenministerium
Baden-Württemberg
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Layout und Produktion:

Klaus Grundgeiger
Welfenstraße 54a
7000 Stuttgart 70

Fotos:

Joachim Bertsch
Olgastraße 31
7000 Stuttgart 1

Druck:

Druckhaus Waiblingen
7050 Waiblingen

Nachdruck nur
mit Genehmigung
des Herausgebers

ISSN 0720-3381